# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode

# Plenarprotokoll

47. Sitzung 26.02.2019

# 47. Sitzung

am Dienstag, dem 26. Februar 2019

# Inhalt

Fragestunde		7.	Umbaumaßnahmen in der Donandt-
1.	Fahrraddiebstähle in Bremen Anfrage der Abgeordneten Remkes, Leidreiter und Gruppe BIW vom 16. Januar 2019		straße Anfrage der Abgeordneten Frau Grobien, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2019
2.	Gefahr durch steigendes Grundwasser? Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2019	8.	Höhe der Kita-Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 24. Januar 2019
3.	MOIA allerorten – nur nicht in Bremen?  Anfrage der Abgeordneten Senkal, Frau Sprehe, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2019	9.	Zukunft des Hachez-Geländes Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Januar 2019
4.	Zwischennutzungen auf Flächen der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) Anfrage der Abgeordneten Frau Strunge, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. Januar 2019	10.	Wie weiter mit dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums Am Nonnenberg? Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 31. Januar 2019
5.	Escape-Room-Locations in Bremen Anfrage des Abgeordneten Leidreiter und Gruppe BIW vom 22. Januar 2019	11.	Übergangswohnheim Am Rastplatz Anfrage der Abgeordneten Remkes, Leidreiter und Gruppe BIW vom 7. Februar 2019
6.	Immobilie "Bunte Eiche" Anfrage des Abgeordneten Leidreiter und Gruppe BIW vom 22. Januar 2019		(zurückgezogen)2754

12. Umgang mit der Dokumentation von	Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die
<b>MRE-Patienten</b> Anfrage des Abgeordneten Tassis	Grünen)
(AfD)	Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)2794
vom 14. Februar 20192808	Abgeordnete Grotheer (SPD)2796
	Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die
Aktuelle Stunde	Grünen)
"Personaldecke zu dünn – Kitas wieder	
am Limit"	Abstimmung
Abgeordnete Ahrens (CDU)2754	Einführung von Abbiegeassistenten:
Abgeordneter Güngör (SPD)2757	Bremen muss mit gutem Beispiel
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)2758	vorangehen
Abgeordneter Remkes (BIW)2761	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
Abgeordneter Dr. Güldner (Bündnis	vom 23. Oktober 2018
90/Die Grünen)2763	(Drucksache 19/857 S)
Abgeordnete Steiner (FDP)2765	
Abgeordnete Ahrens (CDU)2767	Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives
Abgeordneter Schäfer (LKR)2768	und smartes Warnsystem erhöhen –
Abgeordneter Güngör (SPD)2769	Einführung des Pilotprojektes Bike-Flash
Senatorin Dr. Bogedan (SPD)2769	in Bremen
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)2772	Antrag der Fraktion der FDP vom 3. Dezember 2018
Sporthallenkrise im Bremer Westen –	(Drucksache 19/883 S)
vom Grambke bis Gröpelingen sind	Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)2799
Schul- und Vereinssport bedroht	Abgeordnete Sprehe (SPD)2800
Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)2774	Abgeordneter Buchholz (FDP)2802
Abgeordneter Zenner (FDP)2776	Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)2803
Abgeordnete Rosenkötter (SPD)2777	Abgeordneter Strohmann (CDU)2804
Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)2779	Senator Dr. Lohse
Abgeordneter Lübke (CDU)2781	Abstimmung
Senatorin Dr. Bogedan	Abstillining2000
C .	Flächennutzungsplan Bremen
Abgeordneter Strohmann (CDU)	8. Änderung
Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)2785	Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf)
Abgeordnete Rosenkötter (SPD)2786	Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
Konsensliste	(Drucksache 19/910 S)2806
Mitteilung des Präsidenten der	
Bremischen Bürgerschaft	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 142
vom 25. Februar 20192787	(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
Bremen soll eine Solidarity City werden!	zur Errichtung von vier
Antrag der Fraktion DIE LINKE	mehrgeschossigen Büro- und
vom 22. Januar 2019	Wohngebäuden in Bremen-Walle,
(Drucksache 19/909 S)	Ortsteil Überseestadt, am Ludwig-
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)2787	Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt- Straße, Hansator und Hoerneckestraße
Abgeordnete Grotheer (SPD)2789	Mitteilung des Senats vom 29. Januar
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)2790	2019
Abgeordneter Lübke (CDU)2791	(Drucksache 19/911 S)2807

Bericht des städtischen	
Petitionsausschusses Nr. 35	
vom 15. Februar 2019	
(Drucksache 19/920 S)280	)7

# **Anhang zum Plenarprotokoll**

Schriftlich vom Senat beantwortete		
Anfragen aus der Fragestunde der		
Stadtbürgerschaft vom 26. Februar 20192808		
Konsensliste2809		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Grobien, Kastendiek, Frau Peters-Rehwinkel, Saffe

Vizepräsidentin Dogan Vizepräsident Imhoff Schriftführerin Ahrens Schriftführer Dr. Buhlert Schriftführerin Böschen Schriftführer Mustafa Öztürk Schriftführer Senkal Schriftführer Tuncel

**Bürgermeister Dr. Sieling (SPD)**, Präsident des Senats, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und für Kultur

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres Mäurer (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Professor Dr. Quante-Brandt (SPD)

Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Dr. Lohse (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung Günthner (SPD)

Senatorin für Bildung und Kinder **Dr. Bogedan** (SPD)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Strehl (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Ehmke (Senator für Inneres)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Staatsrat Fries (Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport)

Staatsrat Meyer (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat Schulz (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat Pietrzok (Senatorin für Kinder und Bildung)

Vizepräsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

**Vizepräsident Imhoff:** Die 47. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien ganz herzlich.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Konsensliste Tagesordnungspunkt 21, die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 6 und 7, der Tagesordnungspunkt 15, der Tagesordnungspunkt 16 und der Tagesordnungspunkt 24 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können. Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich hierbei um Tagesordnungspunkt 32.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 18, 26, 27 und 31.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll, und bitte um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

#### Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden. Die Konsensliste wird damit entsprechend § 58a der Geschäftsordnung nach der Aktuellen Stunde aufgerufen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingang gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

 Wie viele Flächen hat Bremen noch? Entwicklung des öffentlichen Flächenbestands in der Stadtgemeinde Bremen Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2019 (Drucksache 19/926 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

#### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

- Dachbegrünungsverpflichtung sorgfältig abwägen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 30. Oktober 2018
- Gut erhaltene Gebäudesubstanz in Kleingärten weiter nutzen?
   Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2018
- Weserquerung durch zusätzlichen Fährverkehr –
   Entlastung für den privaten und gewerblichen Verkehr?
   Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
   vom 4. Dezember 2018
- Wohnen auf dem Wasser auch in Bremen endlich möglich?
   Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 10. Dezember 2018
- Wohnraumschutz zeitnah scharfstellen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Dezember 2018
- Sitzplätze ohne Verzehrzwang im Flughafen Bremen
  Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
  vom 8. Januar 2019
  Dazu
  Antwort des Senats vom 12. Februar 2019
  (Drucksache 19/916 S)
- Interkulturelle Erziehung in der Kita Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 8. Januar 2019 Dazu Antwort des Senats vom 12. Februar 2019 (Drucksache 19/917 S)

 Wann zieht endlich wieder Leben ins alte Hartmannstift?
 Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 15. Januar 2019

9. Kurze Grünphase – weite Wege? Probleme für Fußgängerinnen und Fußgänger beim Überqueren der
Horner und Leher Heerstraße
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. Januar 2019
Dazu
Antwort des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache 19/925 S)

10. Bremen braucht Wohnraum – auch in Seehausen? Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Januar 2019 Dazu Antwort des Senats vom 26. Februar 2019 (Drucksache 19/928 S)

 "Roses in a Forbidden Garden" – Erinnerung hat viele Facetten Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Januar 2019

12. Sachstand der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf im Bereich soziale und emotionale Entwicklung Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. Febraur 2019

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Sükrü Senkal zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Fahrraddiebstähle in Bremen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Remkes, Leidreiter und Gruppe BIW.

Bitte, Herr Remkes!

**Abgeordneter Remkes (BIW):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Fahrraddiebstähle wurden zwischen 2014 und 2018 in der Stadt Bremen zur Anzeige gebracht, wie viele dieser Diebstähle wurden aufgeklärt, und wie hoch ist die geschätzte Dunkelziffer in diesem Deliktbereich? Bitte die Zahlen getrennt nach Jahren ausweisen!

Zweitens: In welchen Bremer Stadtteilen war die Zahl der Fahrraddiebstähle in den Jahren 2017 und 2018 besonders hoch? Bitte die Zahlen für die drei jeweils am stärksten betroffenen Stadtteile benennen!

Drittens: Wie viele gesicherte Stellplätze für Fahrräder und wie viele Fahrradbügel gibt es derzeit im Stadtgebiet von Bremen, und in welchem Umfang soll dieses Angebot vonseiten des Senats in den kommenden drei Jahren ausgeweitet werden?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Ehmke.

**Staatsrat Ehmke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Jahr 2014 wurden in der Stadt Bremen laut Polizeilicher Kriminalstatistik 5 984 Fahrraddiebstähle angezeigt. Die Aufklärungsquote betrug 5,4 Prozent.

Im Jahr 2015 waren es 5 710 Fälle mit einer Aufklärungsquote von 4.4 Prozent. Im Jahr 2016 waren es 5 848 Fälle mit einer Aufklärungsquote von 4,4 Prozent. Im Jahr 2017 waren es 4 901 Fälle mit einer Aufklärungsquote von 4,2 Prozent. Im Jahr 2018 waren es 6 080 Fälle mit einer Aufklärungsquote von 3,6 Prozent.

Dunkelfeldstudien über das Deliktfeld Fahrraddiebstahl sind für Bremen nicht bekannt. Dunkelfeldstudien aus Baden-Württemberg aus dem Jahr 1997, Sachsen aus dem Jahr 2012, Niedersachsen aus den Jahren 2012 und 2014 und Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2015 gehen von einem Dunkelfeld in Höhe von circa 50 Prozent aus.

Zu Frage zwei: Eine entsprechende Auswertung liegt nicht auf Stadtteilebene, aber auf Revierebene vor, wobei die Reviergrenzen in weiten Teilen den Stadtteilgrenzen folgen. Im Jahr 2017 handelte es sich bei den drei am stärksten belasteten Revierbereichen um die Revierbereiche Innenstadt mit 685 Fällen, Walle/Findorff mit 462 Fällen sowie Neustadt mit 416 Fällen.

Im Jahr 2018 handelte es sich bei den drei am stärksten belasteten Revierbereichen um die Revierbereiche Innenstadt mit 1 335 Fällen, Walle/Findorff mit 728 Fällen sowie Neustadt mit 630 Fällen.

Zu Frage drei: Fahrradstellplätze werden von Privaten, von staatlichen Trägern, wie zum Beispiel Bildungseinrichtungen und der öffentlichen Hand im öffentlichen Straßenraum aufgestellt. Die Gesamtzahl ist nicht bekannt.

In einem vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beauftragten Gutachten "Fahrradparken in Bremen" wurden für das Jahr 2013 10 100 öffentliche Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in zentralen Bereichen und an wichtigen Zielen des Radverkehrs in der Stadtgemeinde Bremen erfasst, davon 3 600 in der Innenstadt. Die circa 1 700 gebührenpflichtigen Stellplätze in der Radstation am Bremer Hauptbahnhof sind hierin nicht enthalten. Nicht enthalten waren auch die Bike-and-ride-Plätze an den Bahnhöfen, diese wurden gesondert vom Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen erhoben.

Im Jahr 2014 wurden etwa 600 neue Abstellplätze in den genannten Bereichen mit hoher Nachfrage geschaffen. Darüber hinaus wurde das Bike-andride-Angebot an hochfrequentierten Bahnhöfen und Haltepunkten des ÖPNV erweitert. Es wurden teilweise auch die vorherigen Vorderradhalterungen durch Fahrradanlehnbügel ersetzt, die einen verbesserten Diebstahlschutz bieten. In der Altstadt hat die BREPARK darüber hinaus Anfang des Jahres 2018 ein Fahrradparkhaus mit 90 Plätzen, davon 42 in abschließbaren Fahrradgaragen, am Standort Violenstraße eröffnet.

Im Zuge der weiteren Entwicklung der Stadt Bremen werden die Standorte im Stadtgebiet fortlaufend überprüft und angepasst. Dabei werden auch zusätzliche öffentliche und private Fahrradstellplätze gemäß dem Stellplatzortsgesetz geschaffen.

Die in Bremen aufgestellten Fahrradbügel gewährleisten einen hohen Diebstahlschutz, da sowohl die beiden Laufräder eines Fahrrades als auch der Rahmen angeschlossen werden können. Zunehmend kommen bei den Bike-and-ride-Stationen auch Fahrradschließboxen und Fahrradsammelgaragen mit noch weiter gehendem Diebstahlschutz zum Einsatz. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Remkes, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Remkes (BIW):** Gibt es für das Deliktfeld Fahrraddiebstähle bei einer Aufklärungsquote von rund vier bis fünf Prozent in der Zukunft Möglichkeiten zur Verbesserung?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Ehmke:** Das ist ausgesprochen schwierig, weil die Aufklärungsquote in der Tat ja im Wesentlichen dann zustande kommt – von Zufallstreffern jetzt einmal abgesehen –, wenn Lager ausgehoben werden, die Schlussfolgerungen auf einen Täter zulassen. Sonst ist das ausgesprochen schwierig.

**Vizepräsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Zenner! – Bitte sehr!

Abgeordneter Zenner (FDP): Mich würde noch einmal der Wert der Fahrräder interessieren, die im Fokus der Diebe stehen. Gibt es Anhaltspunkte, dass es besonders kostbare Fahrräder sind, oder wird genommen, was man in die Finger bekommt? Wie hoch ist der Gesamtschaden in etwa für ein Jahr zu beziffern?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Zenner, ich bitte um Verständnis, dass ich solche Fragen nicht aus dem Kopf beantworten kann! Wir können gern schauen, ob wir da noch weiter gehende Erkenntnisse haben, was die Gesamtschadenshöhe angeht. In Bezug auf die Fokussierung auf bestimmte Tatobjekte würde ich die Vermutung äußern, dass wir von ganz günstig bis ganz teuer alles dabei haben. Ob es bestimmte Schwerpunkte gibt, müssten wir auch noch einmal weiter aufhellen. Das können wir Ihnen gern in der Deputation noch einmal berichten, das kann ich hier an dieser Stelle nicht.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir immer gewisse Wellenbewegungen zwischen dem Bereich des Fahrraddiebstahls und dem anderer Deliktfelder wahrnehmen. Regelmäßig ist es so, wenn die Zahl der Delikte beim Fahrraddiebstahl steigt, dann haben wir häufig einen Rückgang bei anderen Eigentumsdelikten zu verzeichnen, wie bei Autoaufbrüchen oder Ähnlichem. Das spricht dafür, dass es in einem gewissen Umfang durchaus organisierte Beschaffungskriminalität gibt, die tatsächlich darauf schaut, womit man ordentlich Geld verdienen kann, und die würde dann wahrscheinlich eher auf hochwertige Fahrräder schauen. Daneben ist der Gelegenheitsdiebstahl eher konstant, das wäre jetzt meine Interpretation, aber wenn wir die Interpretation der Zahlen noch weiter vertiefen wollten, dann würde ich um Verständnis bitten, dass wir das an anderer Stelle noch einmal ausführlicher mit den Experten tun sollten.

**Vizepräsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

Abgeordneter Zenner (FDP): Eine Frage noch anschließend, Sie hatten es vorhin im Zusammenhang mit dem Auffinden von Diebesgut ja schon angesprochen: Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass hinter diesen Fahrraddiebstählen auch Banden stehen, die das konzentriert machen, Absatzfelder haben und richtig die müde Mark damit machen, wie man so schön sagt, oder sind das wirklich im Wesentlichen Einzeltäter und Gelegenheitstäter?

## Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Wir hatten ja im letzten Jahr über 6 000 Fälle, deshalb würde ich sagen, von allem ist etwas dabei. Immer dann, wenn die Zahlen besonders hoch sind, ist davon auszugehen, dass auch organisierte Beschaffungskriminalität, also organisierte Kriminalität, eine Rolle gespielt hat, und das merkt man dann ja in der Tat auch, wenn man einmal so einen Laster oder so eine Garage mit ganz vielen Fahrrädern findet.

Es ist dann allerdings nicht immer ganz einfach, auch tatsächlich nachzuweisen, dass es sich dabei um Diebesgut handelt, denn das setzt voraus, dass der Diebstahl vorher zur Anzeige gebracht wurde. Das ist bei Fahrraddiebstahlsdelikten in einer hohen Anzahl dann der Fall, wenn sie auch versichert sind, weil die Versicherung sonst nicht zahlt, aber wenn man keinen Versicherungsschaden geltend machen kann und weiß, dass die Aufklärungsquote sehr gering ist, dann ist die Motivation zur Anzeige oft auch nicht so groß. Das heißt, wenn man eine

Garage findet, in der 20 Fahrräder stehen, und keines von ihnen ist als gestohlen gemeldet, dann hat man möglicherweise einen Verdacht, aber wenn der Betroffene sagt, er habe sie sich auf Flohmärkten gekauft, dann wird man kaum valide dagegen vorgehen können. Insofern gibt es sicherlich dieses Moment. Welche Rolle es spielt, kann ich Ihnen im Detail nicht sagen, aber es ist so, wenn die Zahlen insgesamt hoch sind, dann ist der Anteil der organisierten Beschaffung wahrscheinlich größer.

**Vizepräsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Hamann! – Bitte sehr!

Abgeordneter Hamann (SPD): Zunächst einmal vielen Dank für die ausführliche Auskunft bisher! Vielleicht können Sie noch eine weitere Frage beantworten, es gibt die Möglichkeit, sein Fahrrad durch Codierung registrieren zu lassen: Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, ob diese Codierungsmaßnahmen abschreckend wirken und es eine Wirkung zeigt, sodass andere Fahrräder genommen werden?

#### Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Das machen ja wir, das ist also bestimmt eine total sinnvolle Sache. Es erhöht mit Sicherheit auch die Wiederbeschaffungsmöglichkeiten im Fall eines Diebstahls. Ansonsten glaube ich, dass das in einem hohen Maß davon abhängig ist, was denn der Dieb mit dem gestohlenen Fahrrad vorhat. Wenn er damit nur von X nach Y fahren will, um es dort stehen zu lassen, dann ist es ihm wahrscheinlich ziemlich egal. Wenn das Ganze ins Ausland transportiert werden soll, ist es ihm wahrscheinlich auch noch egal, ob darauf irgendein Siegel ist. Wenn er damit in Bremen jeden Tag zur Arbeit fahren möchte, dann spricht einiges dafür, dass zumindest der schlaue Dieb sich ein anderes Fahrrad aussuchen würde.

Insgesamt ist natürlich die Codierung eine sinnvolle Sache, insbesondere auch, damit wir, wenn wir größere Mengen Diebesgut finden, die Zuordnung und die Rückgewähr zum Eigentümer organisieren können, aber zum anderen auch den Tatnachweis führen, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in der letzten Woche auf dem Flohmarkt gekauft worden ist, weil es erst gestern gestohlen wurde.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Gefahr durch steigendes Grundwasser?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grotheer, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Grotheer!

**Abgeordnete Grotheer (SPD):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Rechnet der Senat damit, dass das Grundwasser in Bremen mittel- bis langfristig so sehr steigen wird, dass dadurch Häuser in ihrer Substanz angegriffen werden?

Zweitens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, der sich um die Deicherhöhung intensiv kümmert, um den Grundwasserspiegel auf dem heutigen Niveau zu halten?

Drittens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Hauseigentümerinnen und -eigentümer in Bremen auf notwendige Schutzmaßnahmen aufmerksam zu machen, und wie schützt der Senat öffentliches Eigentum diesbezüglich?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr unterhält seit Mitte der Fünfzigerjahre des vorigen Jahrhunderts ein Grundwasserniveaumessnetz mit umfangreichem Datenbestand. Aktuell wird der Grundwasserstand mittels circa 200 Grundwasserniveaumessstellen überwacht.

Die Frage, ob der anthropogen verursachte beschleunigte Klimawandel in Bremen bereits zu höheren Grundwasserständen geführt hat, wurde bereits 2016 zusammen mit dem Geologischen Dienst für Bremen untersucht. Dabei wurden sämtliche seit 1953 vorhandenen Daten ausgewertet. Demnach ist ein Anstieg der mittleren Grundwasserstände derzeitig nicht erkennbar

Zu Frage zwei: Das Monitoring des Grundwasserniveaus war, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe der Wasserwirtschaft. Dafür wird das vorhandene Grundwassermessnetz weiter ertüchtigt. Zusammen mit dem Geologischen Dienst für Bremen werden die Daten weitergehend auch vor dem Hintergrund des Klimawandels modelliert und analysiert.

Im Zusammenhang mit den langfristig prognostizierten Niederschlagsverschiebungen in Bremen sollen durch weitere Messpunkte sowie durch die weitergehende Optimierung der Messnetze flächendeckend die gefährdeten Gebiete für Vernässungen identifiziert werden. Das Monitoring des Grundwassers ist als Schlüsselmaßnahme Bestandteil der Klimaanpassungsstrategie.

Zu Frage drei: Eine Gefährdung öffentlicher Gebäude ist aufgrund der bisherigen Erkenntnisse, nach denen ein eindeutiger flächendeckender Trend zu steigenden Grundwasserniveaus nicht zu erkennen ist, nicht zu erwarten. Allerdings erhöhen Alterungsvorgänge von Gebäudeuntergeschossen und Bauwerksgründungen die Gefahr von Feuchtigkeitsschäden. Über diese Zusammenhänge und mögliche Schutzmaßnahmen werden Grundstücksverantwortliche umfassend in der Broschüre "Bremer Häuser im Klimawandel" informiert. Den Weblink lese ich Ihnen jetzt nicht vor, Sie haben ihn in der Hand. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Herr Senator, ich habe gehört, dass der Stadtpark in Delmenhorst im wahrsten Sinne des Wortes ertrunken ist, nachdem dort die Trinkwasserentnahme in der Stadt Delmenhorst eingestellt worden war. Besteht die Möglichkeit, dass so etwas auch in Bremen passiert?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir haben kaum Trinkwasserförderung in Bremen. Mir ist bekannt, dass es in Bremerhaven – ich glaube, in Wulsdorf – ähnliche Probleme gibt, wo Anwohner sich beklagen, dass aufgrund der eingestellten Förderung dort Keller vernässen. Hier in Bremen haben wir ja nur in Bremen-Nord die Förderung, in Blumenthal und in Vegesack. Das ist aber ein erhöhtes Gelände, da ist man auf der Geest, soweit ich weiß, sodass man nicht so nah am Grundwasser ist wie im Stadtgebiet Bremen. Im Stadtgebiet Bremen kann ich mir solche Probleme nicht vorstellen.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Herr Senator, ich bin natürlich ein großer Fan dieser Broschüre und habe selbstverständlich sorgfältig darin gelesen, und ich habe einen Passus gefunden, der jedenfalls bei mir genau diese Frage aufgeworfen hat. Was ist eigentlich mit Bremer Häusern? Ich zitiere einmal mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten aus Ihrer Broschüre, auf Seite acht steht:

"Die potenziell niederschlagsreicheren Wintermonate führen eher zu höheren Grundwasserständen, die je nach Situation Auswirkungen auf Bauobjekte haben können. Mögliche Auswirkungen vermehrter Niederschläge treffen städtische Infrastrukturen genauso wie private Grundstücke oder Anlagen."

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das nicht selbst geschrieben haben. Ich wollte bloß den Hinweis geben und Sie fragen, ob bei einer Überarbeitung eine Änderung beabsichtigt ist, weil ich diesen Passus etwas missverständlich finde, da er sehr darauf hindeutet, dass es eben doch Schäden durch Grundwasser geben könnte.

#### Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Da wird zunächst einmal eine Möglichkeit beschrieben, die eintreten kann, wenn ich es richtig verfolgt habe. Sie haben recht, ich habe das nicht alles selbst geschrieben, es gibt durchaus Veröffentlichungen unseres Hauses, die auch von anderen geschrieben werden. Ich kann das gern noch einmal mit in meine Verwaltung nehmen.

Was man wissen muss, ist, dass wir in Bremen insgesamt sehr nah am Grundwasser sind und auch ohnehin schon schwankende Grundwasserstände haben, natürlich auch bedingt durch den Tidenhub, der Grundwasserstand wird in Teilen des Stadtgebiets auch durch den Tidenhub beeinflusst, sodass man insgesamt mit vielen Gebäuden sehr nah am Grundwasser ist. Gerade bei den Bremer Häusern, die Sie ansprechen, die oft 80, 100 oder 120 Jahre alt sind, kann es natürlich sein, dass die Sohlplatte, die einmal entsprechend imprägniert gewesen ist, dies heute nicht mehr ist, sodass Keller eben auch aufgrund schwankender Grundwasserspiegel vernässen können. Daher halte ich die Aussagen, wie ich sie eben gehört habe, für nicht falsch, aber wir können gern schauen, ob man das in einer künftigen Auflage dieser Broschüre noch präziser formuliert.

**Vizepräsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Dr. Schaefer! – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Grundwasserspiegel schwanken ja nun in der Tat klimatisch bedingt. Wenn der Sommer heiß ist,

dann sinkt sicherlich der Grundwasserspiegel, selbst wenn es in der kälteren Jahreszeit dann wieder mehr regnet. Sind Sie mit mir nicht auch einer Meinung, dass Starkregenereignisse im Rahmen des Klimawandels vielleicht die Häuser sehr viel mehr gefährden als steigendes Grundwasser in Bremen?

#### Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Starkregenereignisse haben in der Tat mehrfach zur Überflutung zahlreicher Keller geführt, auch darüber informieren wir ja mit dieser Broschüre "Bremer Häuser im Klimawandel". Es gibt ja auch von hanseWasser entsprechende Programme, die eben auch von der Stadt gefördert werden.

Ich hatte gesagt, dass die Grundwassermessungen seit dem Jahr 1953 bis jetzt noch keine systematisch steigenden Grundwasserpegel erkennen lassen, das heißt, bisher ist es tatsächlich so, dass die Starkregenereignisse eindeutig die stärkeren Effekte auf die Bremer Häuser haben. Wie gesagt, für die Zukunft kann ich Dinge nicht ausschließen. Starke Binnenhochwasser, die auch über mehrere Tage oder mehrere Wochen andauern können, können dann auch in den entsprechend tief gelegenen Stadtteilen, in Horn-Lehe beispielsweise, zu steigenden Grundwasserspiegeln führen, es ist durchaus so, dass die Dinge miteinander zusammenhängen.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage befasst sich mit dem Thema "MOIA allerorten – nur nicht in Bremen?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Frau Sprehe, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Senkal!

#### **Abgeordneter Senkal (SPD):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Das in Hannover laut Presseberichten erfolgreiche MOIA-Ridesharing-Angebot beginnt nun auch in Hamburg mit einer Testphase. Sind dem Senat die durch den Hamburger Senat gesetzten Rahmenbedingungen für diesen gewerblichen Personentransport bekannt?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat diese Bedingungen, und hält der Senat vergleichbare Ridesharing-Bedingungen auch für Bremen für sinnvoll? Drittens: Steht der Senat im Austausch mit diesem Anbieter oder den genannten Städten, um in Bremen mit Hamburg und Hannover vergleichbare Ridesharing-Modelle perspektivisch zuzulassen?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Ja, dem Senat sind die Rahmenbedingungen bekannt. Die Genehmigung mit den Auflagen liegt den entsprechenden Fachreferaten in Bremen vor. In Hamburg verfügt MOIA seit dem 1. Januar 2019 über eine Genehmigung nach der sogenannten Experimentierklausel des Personenbeförderungsgesetzes für vier Jahre und eine Genehmigung für den Verkehr mit Mietwagen.

Zu Frage zwei: Grundsätzlich steht der Senat neuen Angebotsformen im ÖPNV aufgeschlossen gegenüber. On-Demand-Angebote können unter bestimmten Voraussetzungen eine sinnvolle Ergänzung zum Umweltverbund darstellen.

Im Masterplan Green City ist daher ein solches Projekt in Kooperation mit der BSAG verankert. Hier prüfen der ZVBN, die BSAG und die Abteilung Verkehr des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zurzeit gemeinsam geeignete Einsatzmöglichkeiten für ein On-Demand-Angebot in Bremen.

Ob das Angebot von MOIA dem Ziel des Senats dient, Verkehre vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund zu verlagern, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Es könnte eine Verlagerung vom Umweltverbund zu MOIA eintreten und somit zusätzliche Pkw-Fahrten entstehen. Studien in sieben amerikanischen Städten haben eine solche Verlagerung nachgewiesen. Diese Angebote sollen eine Ergänzung zum ÖPNV-Angebot darstellen und nicht Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad ersetzen. Außerdem ist in Bremen im Gegensatz zu Hamburg und Hannover der Taximarkt nicht ausgelastet, weshalb auch deshalb hier negative Auswirkungen eintreten könnten.

Zu Frage drei: Der Senat steht in Kontakt mit den genannten Städten, um sich über deren Erfahrungen mit diesem neuen Angebot auszutauschen. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Senkal (SPD): Können Sie uns diese Studien, die in der Antwort dargestellt worden sind, noch einmal zur Verfügung stellen, vielleicht in der Deputation für Verkehr? Diese Studien scheinen ja die Grundlage dafür zu sein, warum man in Bremen davon absieht. Es wäre vielleicht interessant, wenn wir uns diese Studien ansehen könnten. Haben Sie eine Erkenntnis, warum Hamburg und Hannover trotzdem mit MOIA zusammenarbeiten, obwohl die Studien bekannt sind? Können Sie einschätzen, wieso das trotzdem der Fall ist?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Die erste Frage war, ob ich das zur Verfügung stellen kann. Selbstverständlich, was uns vorliegt, ist ein Übersichtsartikel, der praktisch Untersuchungen in sieben amerikanischen Städten in einem Artikel zusammenfasst. Das kann ich per E-Mail zuschicken, das können wir auch in der Deputation noch einmal erörtern. Dann kann man natürlich die Frage stellen, inwieweit das eins zu eins auf deutsche oder europäische Verhältnisse übertragbar ist, denn wir wissen ja, dass die Situation im ÖPNV und im Radverkehr in amerikanischen Städten häufig anders ist als hier, vielfach auch schlechter.

Warum Hamburg und Hannover sich im Moment dafür öffnen, kann ich allenfalls vermuten. Es muss einem aber eines klar sein, wir arbeiten ja auch an diesen Themen: Ein gewerblicher Anbieter – und das ist MOIA – wird natürlich dahin gehen, wo er eine hohe Kundendichte und eine hohe Nachfragedichte hat, das heißt, er wird in die Städte hineingehen und sein Angebot zu den Tageszeiten, zu denen eine hohe Nachfrage besteht, intensiv anbieten.

Eine sinnvolle Ergänzung für den ÖPNV ist es immer in den Randzeiten und in den Randgebieten. Wie komme ich nach 23.30 Uhr nach Farge oder von dort weg? Das ist für viele die eigentlich interessante Frage. Da werde ich aber voraussichtlich keine hohe Fahrzeugdichte haben. Das wird auch den Flächenländern so gehen. Es besteht ja auch im ländlichen Raum die Schwierigkeit, mit regelmäßigem Busverkehr oder Bahnverkehr ein gutes Angebot zu haben, nur ist es für gewerbliche Anbieter in der Regel nicht attraktiv, genau dorthin zu gehen, wo dieser Bedarf ist. Deswegen glaube ich, dass wir eine Rahmensetzung und auch eine Steuerung brauchen werden, und das ist das, was wir

mit der BSAG versuchen. Ich habe ja mit dem Vorstand auch vereinbart, dass dieses Thema sehr ernsthaft verfolgt werden muss.

Wie gesagt, wir sprechen mit On-Demand-Anbietern. Das muss jetzt nicht MOIA sein, im Moment sprechen wir mit anderen Akteuren. Wir wollen solche Angebote hier entwickeln, und wir wollen aber auch, dass die BSAG praktisch das Rückgrat des Systems bildet, damit sie nicht von allen Seiten sozusagen von solchen Angeboten kannibalisiert wird, die letztlich dahin gehen, wo derzeit die Busse und Straßenbahnen ausgelastet sind. Am Ende fahren dort noch zusätzliche Autos, und die Straßenbahnen sind nur noch zur Hälfte gefüllt. Das kann nicht unser Ziel sein.

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Senkal (SPD): Ich bin gespannt. Diese Studie, von der Sie gerade gesprochen haben, scheint ja eher ein Bericht zu sein, oder wie ist das einzuschätzen? Ich würde mich freuen, wenn wir diese Studie oder diesen Bericht, den Sie eben gerade erwähnt haben, zur Verfügung gestellt bekämen, und ansonsten würden wir eben beim nächsten Mal erneut nachfragen oder das in der Deputation vertiefen.

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Die Studie ist eine Datenauswertung aufgrund von Kundenbefragungen, in denen gefragt wurde, wie viele von denen, die diese Angebote von MOIA nutzen, sonst mit dem privaten Pkw, mit der Bahn, dem Bus oder zu Fuß unterwegs gewesen wären. Es sind ungefähr 60 Prozent, die von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf die Angebote wechselten, und nur 40 Prozent, die vom eigenen Pkw dahin wechselten. Sie haben auch Personenbesatzguoten von ungefähr 1,3, die in derselben Größenordnung liegen, wie wir es aus dem Individualverkehr kennen. Daraus ergibt sich, dass zusätzlicher Pkw-Verkehr auf den Straßen entsteht. Das sind also schon relativ gut gemachte Erhebungen. Ich schicke Ihnen das zu, Sie können es dort nachlesen, und wir können das in der Deputation noch einmal erörtern.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage steht unter dem Betreff "Zwischennutzungen auf Flächen der Wirtschaftsförde-

**rung Bremen, WFB".** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Strunge, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Strunge!

**Abgeordnete Strunge (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Zwischennutzungen durch kulturelle Initiativen hat die WFB in den letzten zwei Jahren ermöglicht?

Zweitens: Nach welchen Kriterien entscheidet die WFB über Anfragen auf Zwischennutzung?

Drittens: Haben diese Kriterien sich in jüngster Zeit verändert, und wenn ja, in welcher Weise?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Siering.

**Staatsrat Siering:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die durch die WFB ermöglichten Zwischennutzungen werden nicht systematisch erfasst.

Die WFB ermöglicht Zwischennutzungen als Geschäftsbesorgerin der sonstigen Sondervermögen Gewerbeflächen sowie Überseestadt. Maßgeblich durch das Wirtschaftsressort initiiert und intensiv durch die WFB begleitet, wurde seit dem Jahr 2007 zunächst lediglich auf die Überseestadt begrenzt unter dem Projekttitel "Landlotsen" mit der Etablierung von Zwischennutzungen in der Stadt Bremen begonnen. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen mündeten in die seit dem Jahr 2009 durch den Senat für die Gesamtstadt eingerichtete Zwischennutzungsagentur. Die Arbeit der Zwischennutzungsagentur wird intensiv durch die WFB insbesondere in Bezug auf die Bereitstellung von geeigneten Immobilien, aber auch in der Ansprache privater Immobilieneigentümer begleitet.

Der Kulturbeutel e.V. im Bereich Airport-Stadt, das Dreizehn°Festival und weitere Veranstaltungen im Gewerbegebiet Bremer Wollkämmerei sowie der Red Bull Flugtag, Golden City und weitere Zwischennutzungen im Bereich der Überseestadt sind einige der in den Jahren 2017 und 2018 durch die WFB ermöglichten kulturellen Veranstaltungen und Initiativen. Daneben wurden in den Immobilien Lloydhof und Güterbahnhof sowie im Umfeld

des Vegesacker Hafens kulturelle Veranstaltungen sowie kulturelle Initiativen ermöglicht.

Zu Frage zwei: Anfragen von Zwischennutzern werden maßgeblich durch die Zwischennutzungsagentur für die Stadt Bremen aufgenommen. Durch die eingebundenen Senatsressorts Finanzen, Bau und Wirtschaft sowie die jeweiligen die Immobilien verwaltenden Einheiten Immobilien Bremen und WFB werden die für eine Zwischennutzung geeigneten Immobilien der Zwischennutzungsagentur benannt. Diese prüft anhand der konkreten Anforderungen der Zwischennutzer und unter Einbindung der Beteiligten, inwiefern eine passgenaue Fläche angeboten werden kann. Hierbei spielen neben der Lage der Immobilie auch bauordnungsrechtliche Fragestellungen eine wesentliche Rolle. Die Zwischennutzung muss durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr als bau- und ordnungsrechtlich zulässig bewertet werden.

Grundsätzlich ist bei den durch die WFB verwalteten Immobilien zu berücksichtigen, dass diese in erster Linie einer gewerblichen Nutzung dienen und in diesem Sinne aktiv vermarktet werden. Mittel- beziehungsweise längerfristige Nutzungen sind nur in Ausnahmefällen, wie beispielsweise am Güterbahnhof, möglich.

Zu Frage drei: Die Kriterien haben sich nicht verändert. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin Strunge, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Strunge (DIE LINKE): Sie haben gesagt, es bestehe das Interesse, diese Flächen in erster Linie gewerblich zu nutzen. Sieht die WFB denn eine Problematik, dass es schwieriger wird, diese Flächen gewerblich zu nutzen, wenn auf ihnen kulturelle Initiativen zur Zwischennutzung sind?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Siering:** Grundsätzlich würde ich das nicht bejahen, sondern ganz im Gegenteil, grundsätzlich ist das sicherlich möglich. Keine Beeinträchtigung: Ein Stück weit kommt es natürlich auf die Art der Nutzung an, insbesondere im kulturellen Bereich sehe ich da aber wenige Hinderungsgründe.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Escaperoom-Locations in Bremen.** Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Leidreiter und Gruppe BIW.

Bitte, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Leidreiter (BIW):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele kommerziell betriebene Escaperoom-Locations, in denen kleine Personengruppen eingesperrt werden, um Aufgaben zu lösen, gibt es derzeit in der Stadt Bremen, und um welche Kategorie von Betrieben handelt es sich?

Zweitens: Welche gesetzlichen beziehungsweise behördlichen Vorgaben, insbesondere zum Brandschutz, haben die Betreiber solcher Räume zu erfüllen, um die Sicherheit der Teilnehmer an solchen Events zu gewährleisten und eine Tragödie wie im polnischen Koszalin am 4. Januar dieses Jahres zu verhindern?

Drittens: In welchen Abständen werden solche Betriebe von den zuständigen Aufsichtsbehörden der Stadt Bremen kontrolliert, um die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften zu gewährleisten, und in wie vielen Fällen kam es bei solchen Kontrollen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Dezember 2018 zu Beanstandungen? Bitte getrennt nach Jahren ausweisen!

**Vizepräsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In Bremen existieren, wie eine Internetrecherche ergeben hat, zurzeit drei Betriebsstätten von Escaperooms. Es handelt sich hierbei um Betriebe mit zwei bis fünf Spielräumen. Für keinen der Betriebe wurde bislang eine Genehmigung dieser Nutzung bei der Bauaufsicht beantragt. Laut Gewerberegister haben aktuell zwei der Betreiber ein Gewerbe bei der Gewerbebehörde des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angezeigt. Der dritte mutmaßliche Betreiber eines Escaperooms wurde zur Gewerbeanzeige aufgefordert.

Eine abschließende Beurteilung, ob die jeweilige Einrichtung als Vergnügungsstätte oder sonstige Anlage einzustufen ist, ist im Einzelfall im bauaufsichtlichen Verfahren – abhängig von Größe, Öffnungszeiten und Zielgruppen – zu treffen.

Derzeit befindet sich eine weitere Escaperoom-Location im Genehmigungsverfahren. Hierbei handelt es sich um die Nutzungsänderung von Räumen in einer bestehenden Lasertag-Arena. Aufgrund der bestehenden Nutzung ist die Gesamtanlage als Vergnügungsstätte einzustufen.

Zu Frage zwei: An die Betriebsstätten von Escaperooms werden hinsichtlich der Rettungswege grundsätzlich dieselben Anforderungen gestellt wie an sonstige Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen. Die Escaperooms müssen von den Nutzern jederzeit selbstständig verlassen werden können. Weitere Anforderungen an den Brandschutz, wie Flucht- und Rettungswegbeschilderung, Rauchwarnmelder und so weiter, werden im Genehmigungsverfahren nach den Gegebenheiten des Einzelfalls, unter anderem Lage und Größe des Betriebes, festgelegt. Darüber hinausgehende gewerberechtliche Voraussetzungen für den Betrieb von Escaperooms gibt es nicht.

Kontrollen der in Betrieb befindlichen Escaperäume wurden kurzfristig eingeleitet. Hierbei wurden keine Brandschutzmängel festgestellt, die eine Stilllegung der Betriebe erforderten. Die Gebäudeeigentümer beziehungsweise die Betreiber wurden aufgefordert, prüffähige Unterlagen einzureichen, um die Nutzungsänderung nachträglich zu legalisieren.

Zu Frage drei: Die Verantwortung für die Sicherheit von Personal und Besuchern liegt beim Betreiber. Regelmäßige, nicht anlassbezogene bauaufsichtliche Kontrollen solcher Betriebe sind gesetzlich nicht vorgesehen. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Kollege Leidreiter, haben Sie eine Nachfrage?

(Abgeordneter Leidreiter [BIW]: Nein, Herr Präsident! Vielen Dank für die ausführliche Antwort!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Immobilie "Bunte Eiche".** Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Leidreiter und Gruppe BIW.

Bitte, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Leidreiter (BIW):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Art von Vertrag liegt der Nutzung der Immobilie "Bunte Eiche" zugrunde, wie sieht die vertragliche Gestaltung konkret aus, und mit welcher Frist kann die Vereinbarung gekündigt werden?

Zweitens: Was hat der Senat unternommen, um den unzureichenden Brandschutz und weitere Mängel des Objektes abzustellen, und wurde im Vorfeld der fristlosen Kündigung eine juristische Beratung in Anspruch genommen?

Drittens: Wurden vonseiten des Senats schriftliche Nachfristen gesetzt oder die Miete gemindert, um die Möglichkeit einer fristlosen Kündigung in Anspruch nehmen zu können?

**Vizepräsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Fries.

**Staatsrat Fries:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Objekt "Bunte Eiche" wurden ab Oktober bis Ende 2015 unbegleitete minderjährige Geflüchtete im Rahmen einer Hotelnutzung zu den für den Hotelbetrieb geltenden Konditionen untergebracht.

Mit dem Eigentümer der Immobilie wurde mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport am 11. September 2015 eine Projektvereinbarung zur Nutzung als Jugendhilfeeinrichtung durch die Träger Caritas, DRK, Alten Eichen, JUS ab dem 1. November 2015 geschlossen. In der Projektvereinbarung ist die Mietgarantie durch Soziales für den vereinbarten Nutzungszeitraum und das zu nutzende Objekt "Horner Eiche" geregelt. Die Projektvereinbarung wurde für den Zeitraum vom 1. November 2015 bis 1. November 2025 abgeschlossen. Sie endet nach Ablauf ohne vorherige Kündigung.

Zu Frage zwei: In der Projektvereinbarung haben sich die Eigentümer des Objektes verpflichtet, die bauordnungsrechtlich vorgegebenen Voraussetzungen für eine Nutzung als Jugendhilfeeinrichtung herzustellen. Dazu gehört auch der Brandschutz für diese vertraglich vereinbarte Nutzung.

Zur Behebung der Brandschutzmängel wurden durch die Bauaufsicht sowohl Sofortmaßnahmen für die weitere Nutzung als auch die vollständige Umsetzung des Brandschutzkonzepts gefordert. Da nicht alle erforderlichen Maßnahmen umgesetzt wurden und weiterhin brandschutztechnische Mängel vorlagen, wurde eine Nutzungsuntersagung des Gebäudes zu Wohnzwecken ausgesprochen.

Im Vorfeld der fristlosen Kündigung erfolgte eine rechtliche Prüfung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und Immobilien Bremen. Es wurde eine externe juristische Beratung hinzugezogen und mandatiert.

Zu Frage drei: Mieter des Objekts "Bunte Eiche" sind die Träger Caritas, Alten Eichen, DRK und JUS. Seitens des mietenden Trägerkonsortiums wurden die Eigentümer vor der fristlosen Kündigung des Mietvertrags zur Beseitigung der Brandschutzmängel aufgefordert. Da das Gebäude für den vereinbarten Zweck jenseits von Duldungen und Ausnahmeregelungen nicht weiter genutzt werden kann, erfolgte eine fristlose Kündigung des Mietverhältnisses durch die Träger sowie der Projektvereinbarung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.

Eine Mietminderung ist nicht erfolgt, weil die Eigentümer des Gebäudes die bauordnungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nutzung als Jugendhilfeeinrichtung gemäß Projektvereinbarung seit dem 1. November 2015 zu keiner Zeit herstellten. Es wäre daher ohnehin zu einer Mietminderung um 100 Prozent gekommen. Nachdem im Zuge der Prüfung von Nachnutzungen für die im Zuge der Ausnahmesituation 2015 angemieteten Objekte in dauerhafte und reguläre Angebote der Jugendhilfe festgestellt wurde, dass die Eigentümer ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkamen, ist die fristlose Kündigung durch den Mieter sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ausgesprochen worden. - So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Leidreiter (BIW):** Vonseiten des Senats gibt es also keine rechtlichen Bedenken, dass die fristlose Kündigung unwirksam ist?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Fries:** Nein, wir gehen davon aus, dass es zulässig ist, wenn wir fristlos kündigen. Im Moment finden Verhandlungen mit dem Eigentümer statt,

der angekündigt hat, dagegen Klage einzureichen. In dem Rahmen wird sondiert, ob es noch eine Vergleichsmöglichkeit gibt. Wir schätzen aber unsere Rechtsposition als gut ein, was entweder in der Vergleichssumme oder im Eingehen des Prozessrisikos seinen Niederschlag finden wird.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Umbaumaßnahmen in der Donandtstraße". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grobien, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Umbaumaßnahmen in der Donandtstraße?

Inwiefern wurden die Maßnahmen mit dem örtlichen Beirat und den Anwohnern abgestimmt?

Welche Kosten sind durch die Umbaumaßnahmen entstanden, und wer trägt diese?

**Vizepräsident Imhoff:** Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es handelt sich bei der Umbaumaßnahme in der Donandtstraße um die Herstellung von Baumschutz, der aufgrund des widerrechtlichen Parkens erforderlich war. Sie wurde vom Beirat initiiert und aus dem Stadtteilbudget des Beirats finanziert.

Der Senat hält die Maßnahme fachlich für richtig. Er begrüßt die Initiative des Beirats und die Finanzierung der Maßnahme aus dem Stadtteilbudget.

Zu Frage zwei: Die Maßnahme ist nach den Vorgaben des Beirats und in enger Abstimmung mit dem Ortsamt sowie dem Umweltbetrieb Bremen vom Amt für Straßen und Verkehr umgesetzt worden.

Der Verkehrsausschuss des Beirats Schwachhausen hat mehrfach über die Maßnahme beraten, zu der drei mögliche Planungsvarianten vorlagen. Es

wurde vereinbart, vor der endgültigen Entscheidung eine Anwohnerversammlung durchzuführen. Alle Anwohnerinnen und Anwohner wurden vom Ortsamt per Hauswurfsendung eingeladen. Auf der Anwohnerversammlung am 27. August 2018 sprachen sich die Anwesenden einstimmig für die jetzt realisierte Variante aus, weil diese eine größere Fahrbahnbreite für Begegnungsverkehre zwischen Kraftfahrzeug und Fahrrad bietet. Die Donandtstraße wird als Schulweg genutzt, sodass diese Variante mehr Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler bietet. Der Beirat hat sich in seiner Sitzung am 27. September 2018 dem Bürgervotum angeschlossen und ebenfalls einstimmig die Umbaumaßnahme in dieser Variante beschlossen.

Die Umsetzungsplanung erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem ASV und dem Beirat sowie den Anwohnerinnen und Anwohnern. Neben den Baumschutzbügeln wurden aus städtebaulichen Erwägungen abweichend der vorgestellten Variante auch Poller gesetzt. Darüber wurde das Einvernehmen mit dem Koordinierungsausschuss des Beirats hergestellt.

Zu Frage drei: Die Kosten der Maßnahme betragen rund 14 000 Euro. Sie werden aus dem Stadtteilbudget des Beirats Schwachhausen finanziert. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Eine konkrete Frage zu Ihren letzten Ausführungen, ich habe es mir selbst angesehen: Macht es, um Parken zu Recht zu verhindern, eigentlich Sinn, noch zusätzlich Poller einzusetzen, wenn Fahrradbügel aufgestellt werden?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Über den Sinn dieser Maßnahmen kann man natürlich diskutieren. Ich glaube, an dieser Stelle ist wichtig, dass es sich um eine Maßnahme zur Regelung des örtlichen Verkehrs handelt, was diese Stadtbürgerschaft durch das Ortsgesetz über die Beteiligung der Beiräte in die Entscheidungskompetenz der Beiräte gegeben hat. Das heißt, wenn sich ein Beirat in seiner Kompetenz, über diese örtliche Verkehrsfrage zu entscheiden, für eine Lösung entscheidet und diese aus seinem Stadtteilbudget finanziert, dann neige ich an der Stelle dazu, mich einer eigenen Beurtei-

lung zu enthalten. Ich hätte vielleicht eine Meinung dazu, aber ich muss sie nicht hier zum Besten geben.

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Kollege Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Also hat der Beirat das so entschieden?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Lohse:** Das hat sich ja aus der Antwort des Senats, die ich Ihnen gerade verlesen habe, so ergeben.

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Strohmann? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Also, von Teilnehmern dieser Sitzung wurde berichtet, dass die Maßnahmen, die im Beirat beschlossen worden waren, anders umgesetzt wurden, als der Beirat es wollte. Ist das jetzt falsch?

**Vizepräsident Imhoff:** Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das hat mich auch erreicht, und deswegen habe ich das noch einmal recherchiert. Interessant ist in dem Zusammenhang das Beiratsprotokoll der Ortsamtsleiterin, Frau Mathes, vom 6. Februar 2019, als dies noch einmal intensiv auf einer Abendveranstaltung erörtert worden ist.

Zunächst einmal gab es Klagen der Anwohner, dass das eben nicht richtig umgesetzt sei und es Nachteile gebe, und Frau Mathes stellte fest, dass das seit Juni 2017 im Beirat beraten worden sei und dann der Fachausschuss von drei Varianten, die das ASV vorgeschlagen hatte, zwei Varianten den Anwohnern zu der Versammlung, für die per Hauswurfsendung die Menschen eingeladen wurden, vorgestellt hat. Die beiden Varianten wurden auf der Anwohnerversammlung am 27. August 2018, zu der das Ortsamt per Hauswurfsendung geladen hatte, beraten.

Die dort anwesenden Anwohner haben sich einstimmig für Variante eins ausgesprochen, das ist dann an den Beirat gegangen, der sich auch für Variante eins ausgesprochen hat, und dann ist etwas Interessantes passiert: Bei der Übermittlung des Beschlusses vom Ortsamt an das ASV – die Richtung ist wichtig! – habe es jedoch ein kommunikatives Missverständnis gegeben, sodass aus den bereits vom Fachausschuss Verkehr gewünschten

Baumschutzbügeln eine Mischung aus Baumschutzbügeln und Metallpollern geworden sei. "Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass die Maßnahme gegenwärtig noch nicht abgeschlossen sei und noch nicht endgültig beurteilt werden könne."

Am Ende war noch eine weitere Klage, dass manche dieser Poller auch noch zu dicht an die Grundstückseinfahrten gesetzt worden seien. Das ist, glaube ich, inzwischen korrigiert worden, es ist verabredet, das zu korrigieren, sodass ich der Meinung bin, dass das tatsächlich so seine Richtigkeit hat und es aber zwischen Beirat, Ortsamt und ASV möglicherweise ein Bermudadreieck bei dem Bestreben aller Beteiligten, dem Wunsch des Beirats nachzukommen, gegeben hat. Alle sind aber bester Dinge, das irgendwie vernünftig miteinander zu regeln.

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Strohmann, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ja, eine abschließende Frage hätte ich noch, immer die entscheidende: Der Beirat hat das ja aus seinem Budget bezahlt. Wer bezahlt denn jetzt die Veränderungen oder den Rückbau von Teilen dieser Poller?

**Vizepräsident Imhoff:** Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich bin noch gar nicht sicher, ob jetzt Poller zurückgebaut werden. Zunächst einmal wird die Maßnahme umgesetzt, dann wird sie abgenommen, und falls dann Änderungen erforderlich werden, auf wessen Veranlassung auch immer, muss man sehen, ob es ein Ausführungsmangel der Baufirmen ist – dann ist es eine Gewährleistungsfrage –, und wenn ich zu einem Auftrag, den ich erteilt habe, einen Änderungsauftrag erteile, dann muss ich den möglicherweise auch bezahlen. Ich kann Ihnen das an dieser Stelle nicht genau sagen, weil ich das Ergebnis der Abnahme noch nicht kenne.

**Vizepräsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kottisch! – Bitte sehr!

Abgeordneter Kottisch (SPD): Welchen organisatorischen Weg müssen Anwohner gehen, um auf Probleme hinzuweisen, die vielleicht im Rahmen dieser Maßnahme entstanden sind? Als Hintergrund für Sie: Ich wohne selbst in der Donandtstraße. Dort werden in der Tat Bäume richtigerweise mit einem Baumschutz geschützt, dann wurden aber zusätzlich Poller aufgestellt, und andere

Bäume allerdings, die auch eines Baumschutzes bedürfen, haben keine Baumschutzmaßnahme und auch keine Aufstellung von Pollern erfahren. Also, da scheint es, zumindest das Thema Baumschutz betreffend, nicht so richtig zu 100 Prozent eine Lösung gegeben zu haben. Was macht man jetzt als Anwohner?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich stelle fest, dass Sie die Gegebenheiten vor Ort besser kennen als ich. Ich habe mir heute sehr detaillierte Planungen angesehen, drei Planungsvarianten, in denen das ASV dem Ortsamt und dem Beirat vorgeschlagen hat, wie diese Dinge gesetzt werden können. Jetzt wäre ja die Frage, ob die Planung nicht sachgerecht ist – ich stelle Ihnen das gern zur Verfügung – oder ob es nicht richtig umgesetzt ist.

Wenn die Anwohner nicht mit dem zufrieden sind. wie der Beirat diese Dinge entschieden und beim ASV in Auftrag gegeben hat, dann ist das eine Sache zwischen den Anwohnern und dem Beirat, sich da Gehör zu verschaffen, ob der Beirat seine Entscheidung noch einmal überdenkt. Wenn es ein Ausführungsmangel aufseiten des ASV ist, dann haben Sie jederzeit die Möglichkeit, auf der Internetseite des ASV gibt es direkt, wenn Sie auf die Startseite gehen, ein Kontaktformular für solche Mängel im Verkehrswesen, die einem auffallen, und dann können Sie das dort melden. Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen in der Verwaltung einmal nicht weiterkommen sollten, was ja gelegentlich vorkommt, haben Sie auch die Möglichkeit über den persönlichen Referenten des Senators - das ist bei mir Herr Jan Brüning -, damit wir uns auch in der Hausspitze noch einmal ein unabhängiges Bild von der Sachlage machen können, weil wir häufig keine Kenntnis von solchen kleinräumigen Angelegenheiten in den Stadtteilen erlangen.

**Vizepräsident Imhoff:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Kottisch [SPD]: Nein, vielen Dank, ich gebe das einmal so weiter!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Höhe der Kita-Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch war im Jahr 2018 die Entlastung des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen durch Elternbeiträge für die Betreuung drei- bis sechsjähriger Kinder in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und in Elternvereinen?

Zweitens: Wie hoch war im Jahr 2018 die Entlastung des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen durch Elternbeiträge für die Betreuung null- bis dreijähriger Kinder in Krippen, Kindertagespflege und in Elternvereinen?

Drittens: Wie hoch war im Jahr 2018 die Entlastung des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen durch Elternbeiträge für die Betreuung sechs- bis zehnjähriger Kinder in Horten?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Pietrzok.

**Staatsrat Pietrzok:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen eins, zwei und drei werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

In der Stadtgemeinde Bremen werden die Beiträge derzeit noch von den Trägern festgesetzt und auf der Grundlage ortsgesetzlicher Regelungen auch von dort erhoben. Die Abrechnung erfolgt im Rahmen der Zuwendung, das heißt, erst, wenn alle Verwendungsnachweise vorliegen, können konkrete Einnahmen beziffert werden. Die Fristen zur Einreichung der Verwendungsnachweise sind für referenzwertfinanzierte Träger der 30. Juni 2019 und für richtlinienfinanzierte Einrichtungen, also im Wesentlichen für die Elternvereine, der 28. Februar 2019.

Da erfahrungsgemäß nicht alle Verwendungsnachweise fristgerecht eingehen, können vor den diesjährigen Sommerferien keine validen Aussagen zu den Entlastungen des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen im Jahr 2018 getroffen werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sie sagen, dass das noch nicht abgerechnet ist. Das mag zwar zutreffend sein, aber bei der Haushaltsaufstellung hatten Sie ja eine Prognose. Wie hoch war denn Ihre Prognose jeweils für die einzelnen Altersgruppen?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Pietrzok: Zu der Prognose bei der Haushaltsaufstellung kann ich Ihnen jetzt keine Antwort geben. Ich kann Ihnen sagen, dass wir eine Prognose im Hinblick auf den Gesetzentwurf für die Beitragsfreiheit gehabt haben, und ich kann Ihnen auch eine Antwort im Hinblick auf die Einnahmesituation im Jahr 2017 geben. Im Hinblick auf die Prognosen haben wir vor dem Hintergrund der veränderten Beitragsordnung, die wir eingeführt haben, ja noch das Problem, dass wir noch kein gesamtes Jahr abgerechnet haben, in dem die neue Beitragsordnung gegolten hat, die nun wieder geändert wird. Deswegen haben diese Prognosen gewisse Risiken hinsichtlich ihrer Aussagekraft.

Ich kann Ihnen anbieten, dass ich Ihnen jetzt die Zahlen aus dem Jahr 2017 nenne, aber weil mir der Entwurf der Antwort auch erst kurzfristig vorgelegt wurde, ist es so, dass ich Ihnen das jetzt nicht nach den einzelnen Betreuungsstufen unterteilt vortragen kann, weil sich das aus den Verwendungsnachweisen so einfach nicht ergibt. Wir haben aber für das Jahr 2017 Einnahmen in Höhe von 7 082 526,15 Euro bei KiTa Bremen gehabt, und bei den freien Trägern hatten wir Einnahmen in Höhe von 12 552 538 Euro. Die Elternvereine und die Tagespflege sind dabei noch nicht erfasst.

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Das beantwortet natürlich unsere Frage nicht, das wussten Sie auch selbst. Können Sie denn sagen, was es kosten würde, auch die Horte und die Krippen von den Beiträgen zu befreien?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Pietrzok: Also, das hat sich jetzt aus der Frage für mich nicht erschlossen, dass Sie darauf hinauswollten, aber wir können dazu natürlich eine entsprechende Prognose erstellen und dazu eine Aussage treffen. Das kann ich jetzt hier nicht aus dem Stegreif.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Leonidakis, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Wann können Sie das denn nachliefern?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Pietrzok: Das muss ich mit meiner Verwaltung klären, wie lange sie braucht, um dazu eine Aussage zu treffen. Ich habe Ihnen ja schon zu erläutern versucht, dass das Erarbeiten von Prognosedaten deswegen nicht so einfach ist, weil wir im Hinblick auf die Kinderzahlen Abweichungen haben und weil wir im Hinblick auf die Beitragsordnungen Abweichungen haben, die es im vergangenen Jahr gegeben hat, und das muss dann eben auch alles rechnerisch berücksichtigt werden.

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Herr Staatsrat, wie haben Sie denn dann die Kosten für die Beitragsbefreiung der Drei- bis Sechsjährigen errechnet?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Pietrzok: Ich habe ja gerade versucht, das zu erläutern, über eine Prognose, die mit bestimmten Faktoren umgehen muss, und deswegen habe ich Ihnen ja gesagt, dass ich Ihnen auch eine Prognose für die anderen Betreuungsarten geben kann. Ich konnte Ihnen jetzt nur keine Antwort geben, wie viele Tage die Erarbeitung einer solchen Prognose erfordert.

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Können Sie das denn für die nächste Sitzung des Unterausschusses liefern?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Pietrzok: Ich bemühe mich.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Danke schön!)

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage betrifft die **Zukunft des Hachez-Geländes.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wem gehört das Grundstück in der Westerstraße, auf dem sich der Hachez-Stammsitz befindet?

Zweitens: Welche Nutzungen sind nach dem derzeitigen Baurecht auf diesem Grundstück zulässig?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Option, das Grundstück durch die Stadt anzukaufen?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Grundstücke, auf denen die Betriebsgebäude von Hachez stehen, befinden sich im Firmeneigentum.

Zu Frage zwei: Es gilt der Staffel- und Gewerbeplan 93 vom 28. Oktober 1954. Im Innenbereich gilt Gewerbeklasse II, vergleichbar mit einem Gewerbegebiet. Erlaubt sind Gewerbebetriebe, die keine für die Nachbarschaft erhebliche Belastung durch Staub, Qualm, Lärm, Erschütterungen oder erhöhte Feuergefahr auslösen.

Für die Randbebauung entlang der Straßen gilt Gewerbeklasse III, das entspricht im Wesentlichen der heutigen Kategorie Mischgebiet. Hier ist die Liste nicht erlaubter Betriebe umfangreicher. In diesem Bereich darf auch gewohnt werden.

Zu Frage drei: Die Stadt strebt eine einvernehmliche Flächenentwicklung mit dem Eigentümer an. Dabei bestehen für die Entwicklung einer Fläche grundsätzlich unterschiedliche Optionen. Auf die Entwicklung der Fläche durch den Eigentümer kann die Stadt auf der Grundlage von durch die Stadt definierten städtebaulichen Rahmenbedingungen – Bauleitplanung, städtebaulicher Vertrag et cetera – Einfluss nehmen. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE): Insbesondere die dritte Frage zielte ja darauf ab, ob der Senat die Option erwägt, das Grundstück beziehungsweise Teile davon anzukaufen und das Gelände entsprechend selbst zu entwickeln. Ist das als Option überhaupt angedacht oder nicht?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das ist eine Option, die auch angedacht wird. Man will es ja auch überwiegend gewerblich nachnutzen, und dann könnte zum Beispiel ein Ankauf durch das Sondervermögen Gewerbe oder die WFB erfolgen, das ist an der Stelle eine mögliche Handlungsweise. Das ist in den Gesprächen mit dem derzeitigen Eigentümer auch zu klären, ob er verkaufsbereit ist.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie zu dem Themenbereich eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE):** Ich hätte noch eine Frage, und zwar: Ab wann würde das denn überhaupt infrage kommen?

(Senator Dr. Lohse: Ab wann würde was infrage kommen?)

Dass die Stadt das quasi mitentwickelt beziehungsweise die andere Nutzung! Es ist meines Erachtens so, dass es aktuell, also im Jahr 2019, noch nicht zur Debatte steht, aber ab dem Jahr 2020 wäre es möglich. Ist das richtig?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich kann Ihnen die Verhältnisse jetzt so genau nicht sagen, aber der Eigentümer ist ein privater Eigentümer, und Voraussetzung ist immer dessen Bereitschaft, bestimmte Änderungen dann auch mit der Stadt herbeizuführen. Ich stecke jetzt nicht im Einzelnen persönlich in den Verhandlungen an der Stelle, deswegen kann ich Ihnen das hier nicht näher beantworten.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE):** Ich entnehme Ihrer Antwort, dass diese Option offensteht. Ist dann auch darüber nachgedacht worden, im

Mischgebiet, das es ja derzeit ist, Kultureinrichtungen mit einzuplanen beziehungsweise auch Wohnen in die Überlegungen einzubeziehen?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Nach dem, was mir hier jetzt von der Bauordnung aufgeschrieben worden ist, ist eine Nachnutzung, wie Sie sagen, als urbanes Mischgebiet mit verschiedenen Nutzungsbausteinen der produktiven Stadt möglich, Forschung, Kreativwirtschaft, Hochschuleinrichtungen, Coworking Spaces, Dienstleistungsangebote und Wohnen. Es geht auch um die Frage der Bausubstanz. Wie nutzt man sie nach? Man könnte sie unter Umständen auch preisgünstig in einen nutzbaren Zustand bringen, aber all das setzt, wie gesagt, die Bereitschaft des Eigentümers voraus, in diese Richtung mit der Stadt dann auch zu verhandeln.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Bernhard [DIE LINKE]: Nur die Bitte, uns darüber in der Baudeputation auf dem Laufenden zu halten! – Senator Dr. Lohse: Das können wir gern machen!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Wie weiter mit dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums Am Nonnenberg?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Seit wann wird der Neubau des Kinderund Familienzentrums Am Nonnenberg geplant?

Zweitens: Warum ist erst jetzt das Erfordernis eines Artenschutzgutachtens bekannt geworden?

Drittens: Wann können die Kinder, Beschäftigten und Eltern endlich mit dem Neubau rechnen?

**Vizepräsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Dezember 2015 hat Immobilien Bremen den Auftrag zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie erhalten. Problematisch waren von Beginn an das tiefer liegende Gelände des neuen Kita-Gebäudes hinsichtlich der Barrierefreiheit und die Anbindung des Hauses an die Müllentsorgung beziehungsweise die Zu- und Abfahrt durch die Müllfahrzeuge. Hier mussten diverse Varianten untersucht werden.

Zu Frage zwei: Im Oktober 2018 wurden die Pläne für eine Nachnutzung des bestehenden Kita-Geländes für schulische Zwecke aufgegeben. Unabhängig davon wurde eine nochmalige Anpassung der Außenanlagen und eine geänderte Positionierung des Neubaus erforderlich, um sowohl die Zuund Abfahrt für die Müllfahrzeuge zu regeln, den barrierefreien Zugang zu ermöglichen als auch die Anzahl der zu fällenden Bäume zu verringern. Zu diesem Zeitpunkt wurde das für Artenschutz zuständige Referat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beteiligt. Dieses forderte aufgrund der im Gebiet vorhandenen umfangreichen Gehölzbestände umgehend die Erstellung eines Artenschutzgutachtens ein.

Zwischenzeitlich liegen Zwischenergebnisse der artenschutzrechtlichen Potenzialeinschätzung zum Vorkommen von Brutvogel- und Fledermausarten vor. Die abschließende Potenzialeinschätzung sowie deren Bewertung durch den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr werden im März 2019 erwartet.

Zu Frage drei: Die Umsetzung des Neubaus am geplanten Standort hat weiterhin Priorität. Dieser Aussage haben sich die Fachausschüsse Bildung und Bau des Beirats Gröpelingen angeschlossen.

Die Fertigstellung der ES-Bau steht unmittelbar bevor. Gemäß dem Rahmenterminplan ist die Übergabe des Neubaus Ende März 2021 vorgesehen. Aufgrund des ergebnisoffenen Ausgangs der Artenschutzuntersuchung muss der Rahmenterminplan gegebenenfalls aktualisiert werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, Sie haben angegeben, dass im Jahr 2015 eine Machbarkeitsstudie angefordert wurde. Die Abgängigkeit des Gebäudes und das Erfordernis, dort neu zu bauen oder umzubauen, sind aber schon sehr viel länger bekannt. Warum wurden

durch die Behörde erst im Oktober 2018, wie Sie gerade angegeben haben, artenschutzrechtliche Aspekte geprüft?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich glaube, Sie wollen zweierlei fragen. Sie wollen zum einen fragen, warum wir, obwohl man schon ganz lang weiß, dass da etwas passieren muss, erst im Jahr 2015 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben haben. Das hängt damit zusammen, dass man vorher immer wissen muss, was die Machbarkeitsstudie überprüfen soll.

Dann wollen Sie wissen, warum erst im Jahr 2018 die Prüfung für den Artenschutz in Auftrag gegeben wurde. Das hängt damit zusammen, dass wir eine ganze Reihe von Umplanungen vornehmen mussten. Das ist, wie gesagt – das wissen Sie besser als ich -, ein äußerst problematisches Grundstück, das viele Fragen aufwirft. Wie kommt man dahin, wie kommt man von dort weg? Dann gab es Überlegungen, ob man nicht doch ein Alternativgrundstück nehmen kann, dann war die Kirche nicht bereit, es zu verkaufen. Es ist eine ziemliche Leidensgeschichte dort, nicht nur für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie den Beirat, sondern auch für die beteiligten Behörden. Solange man nicht weiß, welche Bäume gefällt werden müssen, ist es auch ganz schwierig mit der Untersuchung hinsichtlich des Artenschutzes. Das ist der Grund, warum das erst dann gemacht werden konnte.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Ist es üblich, dass Artenschutzgutachten erst so weit am Ende eines Verfahrens angefertigt werden?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das ist eine gute Frage. Darüber werden wir jetzt auch gemeinsam mit der Senatorin für Bildung und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nachdenken. Für Immobilien Bremen kann ich sagen – ich spreche hier für den Senat –, dass das nach der Recherche, die auch mich eher ein bisschen überrascht hat, das erste Mal seit sehr langer Zeit ist, dass so eine Potenzialeinschätzung angefertigt werden musste. Das heißt, dass Immobilien Bremen bei all den vielen Bautätigkeiten, die sie bislang hatte, keine Grundstücke hatte,

wo so ein Baumbestand war, wo Brutvögel und Fledermausarten vorkommen, und deshalb ist das keine eingeübte Praxis gewesen.

Der Senat sieht, dass das sehr lang und in vielerlei Hinsicht unbefriedigend ist, und wir müssen jetzt schauen, wie man solche Gutachten zum frühestmöglichen Zeitpunkt einbezieht. Im Moment gibt es ja nur eine Potenzialanalyse, und sie wird von der Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr bewertet.

Wie gesagt, formal mache ich Immobilien Bremen und auch anderen Beteiligten da keine Vorwürfe, denn solange man nicht ganz genau weiß, welche Bäume gefällt werden müssen und welche Biotope betroffen sind, kann man nicht wissen, welche Tiere dort vorkommen beziehungsweise wie wir sie schützen, umsiedeln oder was da jetzt passieren muss. Ich würde aber nach dem, was ich jetzt erfahren habe, auch sagen, dass wir das wenigstens früher auf dem Zettel haben müssen, also das Geld, was so eine Potenzialanalyse für das ganze Gelände gekostet hätte, es wäre, glaube ich, sinnvoll gewesen, früher tätig zu werden, das räume ich hier auch ein. Das Ergebnis jedenfalls ist unbefriedigend, weil es zu lang dauert.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Ist es zutreffend, dass es schon in der Machbarkeitsstudie ein Prüfkästchen für den Artenschutz gab und das auch als erledigt abgehakt wurde? Warum hat es dann drei Jahre gedauert? Sie haben eben Ihr Bedauern darüber geäußert, aber ich habe es immer noch nicht richtig verstanden, warum es dann weitere drei Jahre dauert, bis man zu dem Artenschutzgutachten kommt. Über drei Jahre!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Da kennen Sie ein Formular, das ich nicht kenne. Also, das ist eine Standardüberprüfung, und, wie gesagt, für die letzten Bauvorhaben, die Immobilien Bremen hatte, tauchte so eine Fragestellung nicht auf. Wenn das so ist, dann hat man sich da möglicherweise geirrt, oder es ist so, dass bei dem damaligen Stand der Planungen – es gab, wie gesagt, mehrfach Diskussionen im Beirat, in der Öffentlichkeit, was da eigentlich genau gebaut werden soll – wirklich keine naturschutzrechtlichen Belange berührt waren. Das kann ich jetzt aber von hier aus nicht sagen, dafür müsste ich mir die Akte ziehen lassen und

schauen, warum da ein Häkchen gemacht wurde. Jedenfalls ist im Herbst 2018 klar gewesen, dass man eine Potenzialeinschätzung zum Vorkommen von Brutvögeln und Fledermausarten braucht.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Wie ist das denn dann im Herbst 2018 deutlich geworden, aufgrund welcher neuen Entwicklungen?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Linnert:** Die Machbarkeitsstudie war in einem Zustand, dass man das beurteilen konnte, und es gab eine Kita-Runde der Staatsräte am 5. Dezember 2018. Dort ist zugesagt worden ---. Moment einmal!

"IB erläutert, dass nach vorliegendem Schreiben des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr die zur Artenschutzprüfung erforderlichen Maßnahmen bis in den Oktober 2019 hineinreichen würden." Dann geht es um die Frage, wie schnell die Potenzialanalyse von der entsprechenden Behörde beurteilt werden kann.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Die Frage ist vielleicht bei Ihnen falsch, aber der Staatsrat für Bildung ist ja auch hier. Die Staatsräterunde beziehungsweise das Bildungsressort weiß ja nicht erst seit Dezember 2018, dass wir in Gröpelingen einen erheblichen Platzbedarf haben und die betreffende Kita erhebliche Baumängel aufweist. Insofern frage ich mich nach wie vor, warum das erst bei diesem Gespräch deutlich geworden ist.

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich habe auch noch viele Fragen bei dieser Angelegenheit, aber dies habe ich verstanden: Solange man nicht weiß, wie genau das Bauwerk ist – Machbarkeitsstudie, was ist genau da geplant, wie groß ist die Kita, wie soll die Bewegungshalle sein, wie bekommen wir die Entsorgung und die Versorgung hin, und wo läuft der Weg für die Feuerwehr und die Müllfahrzeuge entlang? –, weiß man auch nicht, welche Bäume gefällt werden müssen. Dass das am Ende eines Planungsprozesses steht, der in der Tat sehr lang gedauert hat, das kann ich einsehen, das ist für mich nicht das Problem. Die Frage ist, ob man schon früher im

Prozess der Machbarkeitsstudie einen Zeitpunkt hätte finden können, zu dem man mit der zuständigen Abteilung beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr darüber spricht. Die Frage ist berechtigt, aber wie gesagt: Erst einmal mache ich allen drei Verwaltungen gar keinen Vorwurf. Dass man erst wissen muss, um welche Bäume es geht und welche Fledermäuse darin wohnen, leuchtet mir ein.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Ahrens! – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich habe jetzt gelernt, wir wissen, was mit den Fledermäusen ist und wie lange das dauert, wir wissen, was eventuell Bäumen passieren könnte. Was passiert denn mit den betroffenen Kindern, sowohl mit denjenigen, die jetzt im Kindergarten sind, als auch mit denjenigen, die vor der Tür stehen und gern hinein möchten, aber im Moment eine Absage erhalten müssen, weil der Platz für sie nicht da ist? Gibt es dafür einen Plan B? Das Ganze wird sich ja, wie Sie dargestellt haben, noch ein bisschen länger hinziehen. Gibt es einen Alternativstandort? Gibt es Zwischenlösungen mit Containern, oder macht man das jetzt einfach so weiter?

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das waren ziemlich viele Fragen auf einmal. Ich versuche es: Die Frage nach dem Artenschutz und ob wir den eigentlich einhalten, ist, glaube ich, unstrittig. Ich würde nicht auf die Idee kommen, Kinder gegen Fledermäuse auszuspielen. Der Senat muss jedenfalls Gesetze einhalten, und das werden wir auch tun. Dass die Kinder ein Recht darauf haben, eine artenreiche Umwelt auch in der Stadt vorzufinden, darüber sind wir uns ja vielleicht auch einig.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Da sind wir uns völlig einig!)

Gut!

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Es ist nur nach Kindern gefragt worden!)

Es ist nach Kindern gefragt worden. In Bremen bemühen sich die Senatorin für Kinder und Bildung und der ganze Senat gemeinsam mit Hochdruck. Wir prüfen zig Grundstücke für den Kita-Bau. Sie wissen, dass das Sonderprogramm für Mobilbauten mit einer riesigen Anstrengung finanzieller Art mit Immobilien Bremen gebaut wurde, und Sie wissen

ganz genau, dass wir alles tun, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auch eingehalten werden kann. Trotzdem kann man, was diesen Fall betrifft, jetzt nicht einfach sagen, uns interessieren die Naturschutzgesetze nicht. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird sicherstellen, dass der Rechtsanspruch auch dort gilt.

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Ich glaube, Sie haben mich da eben bewusst missverstanden. Es geht mir überhaupt nicht um die Einhaltung des Artenschutzes, das ist auch für uns als Fraktion der CDU selbstverständlich. Es geht mir darum, was wir mit den betroffenen Kindern, die sich in einem unzureichenden Gebäude befinden, machen. Was machen wir mit denjenigen, die jetzt keinen Platz haben? Gibt es noch freie Grundstücke, wo wir Zwischenlösungen mit Containern realisieren können, oder haben wir keine Chance, eine Verbesserung der Situation bis zur Klärung des Neubaus zu erreichen? Beim Schwedenhaus in Osterholz gab es ja auch Zwischenlösungen.

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Da müsste ich die beteiligte Arbeitsgruppe der Staatsräte fragen. Ich weiß, dass auch eine ganze Reihe Alternativen zum Nonnenberg geprüft wurde, aber vielleicht ist das auch ein Teil des Problems und weniger der Lösung. Wenn ich mir die gesamte Geschichte des Nonnenbergs ansehe und anschaue, wie viele Ideen des Beirats, aus der Öffentlichkeit, aus dem politischen Raum kamen, was man noch alles prüfen, hinbekommen und machen sollte: Das hat nicht unbedingt zur Beschleunigung beigetragen.

Wir wollen das. Ob es sich jetzt wirklich verzögert, werden wir sehen, wenn der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das Artenschutzgutachten ausgewertet hat, und dann werden wir, wenn wir wissen, ob und inwieweit durch die Erstellung des Gutachtens eine Verzögerung eintritt, die ja für Vögel und für Fledermäuse die Phase über den Sommer braucht, um es zu bewerten, wer da so haust und fliegt, zusammen mit Senatorin Dr. Bogedan einen Weg finden – dann müssen wir die Anmeldezahlen kennen –, wie wir sicherstellen können, dass alle Kinder einen Kindergartenplatz bekommen.

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

Die elfte Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

#### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens, auf Antrag der Abgeordneten Frau Ahrens, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU, das Thema "Personaldecke zu dünn – Kitas wieder am Limit" und zweitens, auf Antrag der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE, das Thema "Sporthallenkrise im Bremer Westen – von Grambke bis Gröpelingen sind Schul- und Vereinssport bedroht".

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan, ihr beigeordnet Staatsrat Pietrzok.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themen verfahren. – Ich stelle Einverständnis fest.

Ich rufe jetzt das erste Thema der Aktuellen Stunde auf. Es lautet wie folgt:

# "Personaldecke zu dünn – Kitas wieder am Limit"

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU)': Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Früher traten Gruppenschließungen und Notdienste bei den Kitas nur während der Hochphasen von Krankheitswellen auf. Inzwischen schleichen sich diese Gruppenschließungen, Notdienste oder auch schlicht der Wegfall von Bildungsangeboten immer stärker im gesamten Kindergartenjahr ein. Die Personaldecke ist schlicht zu dünn.

Viele unbesetzte Stellen und die von Rot-Grün in den letzten Jahren vorgenommenen massiven Mehrbelastungen des Personals durch zwei zusätzliche Kinder pro Krippengruppe ohne Personalausgleich, Viertes-Quartal-Kinder, also Wickelkinder in den Elementargruppen ohne eine mengenmäßige Höchstgrenze, und die bundesweit am stärksten umgesetzte Inklusion fordern neben dem Ausbau ihren Tribut, und der ist hausgemacht, meine Damen und Herren!

Neben dem in den Jahren 2013 bis 2015 völlig unzureichenden Ausbau an Betreuungsplätzen in den Krippen und Kindergärten kommt der bewusst herbeigeführte Fachkräftemangel an fertigen Erzieherinnen und Erziehern. Ich erinnere mich noch gut, wie ich hier gemeinsam mit Frau Vogt gegen die Schließung von drei Erzieherklassen im Jahr 2013 in einer Aktuellen Stunde gefochten habe.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Letztlich haben wir es geschafft. Ich erinnere mich auch an die Nachfragen von Petra Krümpfer, man sollte doch endlich mehr bezahlte Plätze für Anerkennungspraktikanten einrichten.

Das Ergebnis erleben die Kinder, die genervten Eltern und die verbliebenen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit arbeitenden Erzieher und die Arbeitgeber in Bremen tagtäglich, und das, meine Damen und Herren, haben sie nicht verdient.

(Beifall CDU)

Zwischen 60 und 80 Stellen sind bei KiTa Bremen dauerhaft unbesetzt, bei der evangelischen Kirche sind es inzwischen über 30, pädagogisches Personal, das nicht mehr gefunden werden kann. Statt eines Springerpools für Krankheitsausfälle haben wir also schon im Normalbetrieb viel zu wenig Personal in fast jeder Kita, ohne dass eine einzige Person Urlaub nimmt oder dass eine Person krank ist. Mir ist dabei wichtig zu betonen, dass die Erzieherinnen und Erzieher oder die Sozialassistentinnen und Sozialassistenten für diese Notlage nicht verantwortlich sind. Sie arbeiten am Limit. Viele verzichten auf ihre Pausen. Einige trinken kaum noch etwas, um für die Kinder da zu sein und sie nicht allein lassen zu müssen, wenn sie auf die Toilette gehen. Bei eins zu 20 wären die Kinder sonst unbeaufsichtigt. Ihnen gebührt, und das sage ich, glaube ich, im Namen aller hier, unser aller Dank!

#### (Beifall CDU)

Eltern mussten gerade über Wochen ihren Arbeitgebern erklären, dass sie leider nicht in Vollzeit arbeiten konnten, weil ihre Betreuungszeit auf 14 Uhr oder 14.30 Uhr verkürzt wurde. Andere konnten gar nicht mehr in die Kita kommen. Doch auch für die Kinder, die noch betreut wurden, war es eben vorrangig nur noch eine Betreuung. Bildungsangebote, Turnstunden oder Ausflüge entfielen. Die Bezugspersonen der Kinder wechselten im Zweifel ständig. Gute und gelingende Beziehungsarbeit muss aber anders aussehen, damit Kinder

auch etwas lernen können. Die Zentralelternvertretung stellte fest, dass die inhaltliche pädagogische Arbeit, also das Vorbereiten der Kinder auf die Schulzeit, in der Konsequenz viel zu kurz kommt. Bildungsnahe Eltern können dies auffangen. Alle anderen Kinder werden in der Schule von vornherein weniger Chancengerechtigkeit erfahren, weil sie dies nicht lernen konnten. Das, meine Damen und Herren, ist doch eine sozialpolitische Bankrotterklärung!

#### (Beifall CDU)

Es gipfelte in einem Aushang in einer Kita von KiTa Bremen in Schwachhausen. Diese fragte ihre Eltern, ob sie nicht die Reinigung der Sanitärräume übernehmen könnten, weil eine Krankheitswelle ihre Reinigungskräfte zu sehr dezimiert hätte. Ansonsten käme es zu einer Schließung. Da fühlt man sich als Elternteil wie in Schilda. Es ist völlig unproblematisch, eine Fremdreinigungsfirma zu beauftragen - die kann auch kurzfristig kommen, ich habe das recherchiert –, und gereinigt wird in den meisten Kitas ohnehin außerhalb der Öffnungszeiten. Es werden also keine Kinder direkt mit den Reinigungskräften in Kontakt treten. An mangelndem Geld liegt es laut Frau Dr. Bogedan ja auch nicht. Dann erwarte ich, dass hier für den Eigenbetrieb in Bremen klargestellt wird, dass es so etwas nie wieder geben kann. Diese Familienunfreundlichkeit, meine Damen und Herren, schadet dem gesamten Standort Bremen.

## (Beifall CDU)

Das reine Bedauern des Fachkräftemangels löst jedoch nicht das Dilemma, vor dem in diesen Tagen die Eltern stehen. Wir brauchen Lösungen. Auch hier finde ich, dass sich der rot-grüne Senat nicht mit Ruhm bekleckert. Bereits Anfang letzten Jahres forderte der Jugendhilfeausschuss, das Thema Fachkräftemangel umfassend im gesamten Senat zur Schwerpunktaufgabe zu machen.

Am 7. Februar mussten wir dann alle leicht fassungslos im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis nehmen, dass noch nicht einmal die Arbeitsgruppe, die den Bearbeitungsprozess zum Fachkräftemangel koordinieren soll – noch nicht lösen, nur koordinieren! – gegründet hat. Warum? Das Bildungsressort und das Sozialressort streiten sich seitdem um die Federführung. Gelöst ist das Thema immer noch nicht. Deswegen wird der Jugendhilfeausschuss jetzt beide Senatorinnen anschreiben und sie bitten, das zu lösen.

Das macht mich ehrlicherweise sprachlos. Frau Dr. Bogedan muss aus unserer Sicht auf Bundesebene dafür werben, dass der Beruf der Erzieherin und des Erziehers zu einem offiziellen Mangelberuf anerkannt wird. Dann haben das Arbeitsamt und die Jobcenter ganz andere Möglichkeiten, bezahlte Umschulungen et cetera anzubieten.

Wir brauchen, wie es auch Dr. Carsten Schlepper von der BEK gerade wieder erneut gefordert hat, mehr Unterstützung der Stadt, um Berufsumsteigern eine bezahlte Qualifikation für die Arbeit in Kindertagesstätten zu ermöglichen. Dazu müssen den Kita-Trägern Freiräume für Weiterbildung zugestanden werden und öffentliches Geld zur Verfügung gestellt werden.

Vorarbeiten hierzu gab es ebenfalls schon in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Stadt und der Träger. Diese erstellte einen Katalog mit kitanahen Fachkräften wie Heilerziehungspflegern, Sozialarbeiterinnen, Kinderkrankenpflegerinnen und so weiter, die bereits wichtige Vorqualifikationen haben

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Die gibt es heute auch zuhauf!)

Dieser Katalog muss jetzt schnellstmöglich festgeschrieben werden, um Personal zu gewinnen und dann weiterzuqualifizieren.

In der Vergangenheit – das muss man auch sagen – scheiterten viele Qualifizierungsanpassungen daran, dass die Betroffenen ihren regulären Lebensunterhalt dann nicht mehr ausreichend finanzieren und sicherstellen konnten. Mehrfach hatten sich auch die Elternvereine an den Staatsrat oder an das Haus gewandt und um finanzielle Unterstützung gebeten. Die Antwort war jedes Mal: Wir wollen keine Präzedenzfälle schaffen, lieber eine generelle Lösung. Die generellen Lösungen liegen aber immer noch nicht vor, meine Damen und Herren! Die betroffenen Personen aber sind abgesprungen und konnten damit tatsächlich nicht mehr für den Beruf der Erzieherin gewonnen werden.

Setzen Sie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen Ihres Hauses um! Holen Sie den Arbeitssenator mit ins Boot, und präsentieren Sie uns Lösungen, wie man Quereinsteiger- und Anpassungsqualifizierung in Voll- und Teilzeit finanzieren kann, meine Damen und Herren! Nutzen Sie die guten Ansätze des Berufsausbildungsgesetzes, das in Teilen auch auf die Kindertagesbetreuung übertragbar ist! Hier gibt es

verbesserte Möglichkeiten, wie man Teilzeitausbildung bei Mindestvergütung finanzieren kann, und damit können wir auch einen Teil des Quereinstiegs finanzieren. Dazu braucht es aber erst einmal diese Arbeitsgruppe, um für Bremen passgerechte Lösungen erarbeiten zu können.

(Abgeordneter Güngor [SPD]: Wir haben ja auch noch gar keine Quereinsteiger!)

PiA, bei der Erzieherinnen und Erzieher dual ausgebildet werden und von Anfang an eine Vergütung erhalten, muss weiter ausgebaut werden.

Auch die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, spielen bei der Gewinnung von Fachkräften eine Rolle. Eingangs habe schon erwähnt, wie sich die Bedingungen bei uns in Bremen verschlechtert haben. Durch die finanzielle Unterausstattung, die Sie hier als Stadtgemeinde Bremen im Bereich der Inklusion vornehmen, werden uns die theoretisch versprochenen Zusatzkräfte in den sogenannten sozialen Brennpunkten inzwischen fast komplett aufgezehrt, sodass sie gar nicht mehr tatsächlich dort ankommen, wo sie wirklich zwingend und dringend gebraucht werden. Hier brauchen wir dringend eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit die Erzieherinnen und Erzieher nicht weiterhin nach Niedersachsen abwandern, weil sie sagen, da sind die Arbeitsbedingungen besser.

Auch beim Platzausbau sieht es leider nicht viel besser aus. Seit 2016 ist es Ihnen nicht gelungen, für alle angemeldeten Kinder zu Beginn eines Kindergartenjahres oder wenigstens noch in den laufenden zwölf Monaten dieses Kindergartenjahres einen Platz zu schaffen. Seit dem Jahr 2016 – ich habe mir die Zahlen herausgesucht – blieben immer zwischen 650 und 830 Kinder unversorgt, und zwar für die ganzen zwölf Monate. Den Rest habe ich abgezogen.

Das Erschreckendste daran ist jedoch, dass zwischen 300 und 424 Kinder – manche davon mehr als zwei Jahre hintereinander, auch das habe ich recherchiert –, die älter als drei Jahre alt waren, unversorgt geblieben sind. Wer sich das stadtteilscharf ansieht, stellt fest, dass das überproportional die sogenannten sozialen Brennpunkte betraf. Das heißt, wir nehmen diesen Kindern, die es sowieso schon schwer haben, von vornherein die Möglichkeit, einen gelingenden Schulerfolg zu erreichen. Das ist hausgemacht, und das ist politisch verantwortet, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Diesen Kindern nehmen wir die Chancen, sich ebenso wie ihre späteren Klassenkameraden adäquat auf die Schule vorzubereiten. Hier erwarten wir schnellstmöglich kreative Lösungsvorschläge – ich habe das im letzten Unterausschuss der senatorischen Behörde auch noch einmal angekündigt –, wie wir diesen Kindern, die keinen Kindergartenplatz bekommen, Spiel- und Gruppenerlebnisse, Bastelangebote, Stift- und Scherentraining sowie das Beibringen der deutschen Sprache in einem spielerischen Setting anbieten können, denn wenn sie keinen Kindergartenplatz finden, müssen wir eine andere Lösung finden.

Damals, als wir die großen Bewegungen der Geflüchteten hatten, die zu uns gekommen sind, gab es auch unkonventionelle Lösungen. Wenn wir es nicht anders schaffen und der Senat es nicht hinbekommt, müssen wir auch hier eine Lösung für diese Kinder finden, damit der Bildungserfolg garantiert werden kann und wir uns hinterher in bestimmten Stadtteilen nicht wieder mit Krokodilstränen über die schlechten Cito-Testergebnisse ärgern oder aufregen.

(Beifall CDU)

Für all das, was wir heute nicht tun, wird uns in zwei Jahren in harten Zahlen dargestellt, dass wir versagt haben!

Wir haben uns die neuen Anmeldezahlen noch nicht komplett geben lassen. Doch das, was bisher angekommen ist, hat uns schon ziemlich erschreckt. So haben wir einen Hilferuf aus Huchting, 260 unversorgte Kinder, aus Hemelingen, das zweite Mal 200 unversorgte Kinder, in Obervieland sind es 170 unversorgte Kinder. Hätten wir im Jahr 2013 auf die Fachkräfte aus Obervieland gehört, die uns das schon im Jahr 2013 in Beiratssitzungen vorausgesagt haben, wären wir heute nicht mit diesem Problem konfrontiert.

Es ist in der Dimension ziemlich heftig, wenn man weiß, dass das Ortsamt Huchting uns mitgeteilt hat, dass 260 Plätze fehlen. "Das sind bislang" – ich zitiere aus dem Originalbrief der Ortsamtsleiterin – "unbekannte Dimensionen, die sich von den Vorjahren exorbitant unterscheiden." Sie rücken sich auch nicht mehr zurecht, denn auch der geplante Ausbau, der bisher für die nächsten zwei Jahre feststeht, kann diese 260 Platznachfragen nicht auffangen. Dazu kommen die weiteren Anmeldungen in den nächsten zwei Jahren. Das heißt, hier

sind die nächsten Kinder, die zwei Jahre lang keinen Kindergartenplatz erhalten werden, und das, meine Damen und Herren, muss sich dringend ändern! – Danke schön!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abgeordneter Güngör (SPD)<sup>1</sup>: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ahrens, ich bin sehr froh, dass heute die Sonne scheint, denn wenn ich Ihren Ausführungen folge, dann dürfte in Bremen eigentlich nie wieder die Sonne aufgehen, so ein düsteres Bild haben Sie hier gezeichnet.

(Unruhe CDU)

Anscheinend ist aber hier jetzt der Wahlkampf auch ganz offiziell in der Aktuellen Stunde eingeläutet.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Ist er ja gerade nicht!)

Sie schreiben ja in Ihrer Pressemitteilung, ich zitiere einmal: "Der jährlich wiederkehrende Notstand ist für berufstätige Eltern, aber auch für die Erzieher eine unzumutbare Situation." Wenn Sie sich – und Sie sitzen ja selbst im Betriebsausschuss – die Notdienststatistik von KiTa Bremen einschließlich Januar 2019 anschauen, dann werden Sie sehen, dass es gegenüber dem Vorjahreszeitraum etwas besser aussieht. Was also, außer vielleicht wirklich Wahlkampf, ist jetzt der Anlass für Ihre Aktuelle Stunde, einmal abgesehen von dem Begriff oder von ihrer Wortwahl "der jährlich wiederkehrende Notstand"? Ich finde den Begriff "Notstand" hier völlig fehl am Platz.

(Beifall SPD – Zurufe CDU)

Auch der Begriff – und da sind wir uns vielleicht einig – "Notdienst", der ja nichts anderes bedeutet als den Ausfall von Personal und die Maßnahmen, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten, ist kein guter und kein passender Begriff.

Meine Damen und Herren, KiTa Bremen hat im Jahr 2017/2018 begonnen, die sogenannte Notdienststatistik zu führen. Wir haben also keine langfristigen Entwicklungen, die wir diskutieren können, aber wie gesagt, in diesem Jahr sieht es besser aus als im letzten Jahr.

Meine Damen und Herren, insbesondere im Winterhalbjahr sind die krankheitsbedingten Ausfälle besonders hoch. Das ist im gesamten Arbeitsleben so, das ist in der Schule so, und das muss mit möglichst vielen Vertretungsmöglichkeiten auch aufgefangen werden. Übrigens deshalb haben wir im Kita-Bereich eine Personalversorgung von 110 Prozent. Das bedeutet, wenn alle Stellen besetzt sind, haben wir für Krankheitsfälle und Fortbildungen 10 Prozent an Reservestunden.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Es fehlen bloß 60 Erzieher!)

Dazu haben wir noch den inzwischen erweiterten Vertretungspool mit bis zu 50 Personen, die nach Priorität und je nach Entscheidung der Regionalleitung dann teilweise auch für mehrere Monate in den Einrichtungen als Vertretungskräfte eingesetzt werden.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Der ist doch geringer als die 60 Stellen, die fehlen, Herr Kollege!)

Hören Sie bitte zu, Frau Ahrens, ich habe Ihnen auch geduldig zugehört! Trotzdem sind in der Praxis für die letzten zwei Jahre doch zwei Probleme zu benennen: Erstens haben wir teilweise eine höhere Krankheitsquote als zehn Prozent, und wir schaffen es zweitens nicht, alle Stellen zu besetzen, weil ein Mangel an Fachkräften besteht. Übrigens ist das trägerübergreifend ein Problem, wobei nicht alle Träger eine Statistik führen. Das macht KiTa Bremen, es wäre wünschenswert, wenn die anderen Träger hier auch für eine Transparenz sorgten.

Jetzt schreiben Sie in Ihrer Pressemitteilung, ich zitiere, "den Fachkräftemangel bei Erziehern nur zu bedauern", löse nicht das Dilemma, das haben Sie eben ja selbst auch noch einmal gesagt. Ihre Wortwahl ist auch hier nicht angemessen, wir würden den Fachkräftemangel nur bedauern. Frau Ahrens, ist Ihnen vielleicht entgangen, dass wir - ich fange einmal damit an - zum Beispiel, wie andere Bundesländer auch, eine Werbekampagne zur Gewinnung von Fachkräften gestartet haben, KiTa Bremen einen eigenen Aus- und Fortbildungsgang entwickelt, wir allein durch Quereinsteiger - deshalb habe ich eben ironisch dazwischengerufen -18 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt haben, den Vertretungspool, wie genannt, auf 50 Stellen erhöht haben und sogar weniger ausländische Kräfte akquiriert haben?

Zusätzlich haben wir 70 Entlastungskräfte, Pensionäre und Bundesfreiwilligendienstler, zur Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher, wir haben die Zahl der Anerkennungspraktikanten und die Plätze für berufsbegleitende Weiterbildung erhöht. Die Schulplätze für die Ausbildung, die zum anerkannten Einsatz in der Kindertagesbetreuung führen, haben wir um circa 200 Plätze aufgestockt. Dazu kommt noch, dass KiTa Bremen alle geeigneten Erzieherinnen und Erzieher einstellt, und zwar sofort, meine Damen und Herren.

Dass diese ganzen Maßnahmen in Ihrem Framework nur "bedauern" bedeuten, das ist das eigentlich zu Bedauernde, liebe Frau Ahrens!

#### (Beifall SPD)

Jetzt räumen Sie in ihrer Pressemitteilung ja auch noch der praxisorientierten Ausbildung einen prominenten Platz ein. Sie schreiben, die CDU-Fraktion habe bereits im vergangenen Jahr den Ausbau des Programms PiA gefordert, und daraufhin seien dann die 50 Plätze auf 100 Plätze ausgebaut wurden.

#### (Abgeordneter Senkal [SPD]: Lächerlich!)

Hören Sie bitte auf, sich selbst einzureden und die Öffentlichkeit zu täuschen, wir würden etwas machen, weil Sie das gefordert haben! Ähnliches behaupten Sie oder auch gern einmal die Fraktion DIE LINKE, und wir belassen es meistens dabei, dass wir nur die Augen verdrehen, aber, Frau Ahrens, sich permanent und ständig mit fremden Federn zu schmücken, daraus entsteht auch nicht unbedingt ein schöner Vogel, glauben Sie mir!

## (Beifall SPD)

Die praxisorientierte Ausbildung ist eine Initiative der rot-grünen Koalition. Mit 50 Plätzen haben wir das Programm begonnen, und vor Kurzem haben wir 50 weitere Plätze zusätzlich beschlossen. Insgesamt wollen wir doch alle, dass der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher auch attraktiver gestaltet wird. Es ist nicht so, dass permanent Kräfte nach Niedersachsen abwandern, wir gewinnen auch Kräfte, und im Übrigen fehlen auch im Land Niedersachsen Tausende Plätze für Kindergarten- und Krippenkinder.

Meine Damen und Herren, vielleicht nehmen Sie neben dem bundesweiten Fachkräftemangel die umfangreichen Maßnahmen, die ich eben aufgezählt habe, einfach einmal zur Kenntnis!

# (Beifall SPD)

Vielleicht stört es Sie politisch aber auch, weil Sie ja gesagt haben, das sei alles politisch hausgemacht. Vielleicht stört es Sie aber auch, dass wir es geschafft haben, inzwischen 3 200 zusätzliche Plätze zu schaffen oder die 600 weiteren, die in diesem Kita-Jahr dazukommen werden oder die 20 seit Mitte 2016 neu gebauten Kitas oder der Umbau oder der Anbau von 67 Standorten und dazu noch 27 Mobilstandorte. Das sind 66 Millionen Euro zusätzlich zwischen den Jahren 2016 und 2018. Rund 80 weitere konkrete Projekte sind in der Pipeline für das kommende Kita-Jahr, das wissen Sie eigentlich auch, und zusätzlich haben wir 1,14 Millionen Euro für die Inklusion in den Kitas. Alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf profitieren davon, meine Damen und Herren! Zusätzlich haben wir 2,3 Millionen Euro für Kitas in Stadtteilen mit schwieriger Lage. 61 Kitas profitieren von den neuen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Zuletzt haben wir noch Verbesserungen für Sprachförderung, eine Aufstockung von 615 000 Euro jährlich beschlossen. Nehmen Sie diese Bilanz bitte einmal zur Kenntnis, liebe Frau Ahrens, und hören Sie bitte auf, immer vom "Notstand" zu sprechen!

Was aber auf jeden Fall nicht geht – das will ich an dieser Stelle zum Schluss auch gern erwähnen –, ist, dass Einrichtungen bei Infektionskrankheiten alleingelassen werden und es anscheinend keine klaren Zuständigkeiten gibt, mindestens eine Einrichtung nach zwei Monaten Kampf gegen eine hochansteckende Krankheit sogar eine Woche schließen muss, weil auch das Personal sich angesteckt hat. Das wollen wir aber hoffentlich in der nächsten Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung im Sinne der Kinder, im Sinne der Erzieherinnen und Erzieher und im Sinne der Eltern gemeinsam klären. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

#### (Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)': Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gleicht ja mittlerweile einem Ritual, wie jedes Jahr im Winter gibt es Schließungen oder Teilschließungen von Kitas. Grund sind zum einen die Grippewellen – das ist kein Geheimnis – und

zum anderen eine inzwischen so dünne Personaldecke, dass jeder Krankheitsausfall die Aufrechterhaltung der Betreuung gefährdet.

Letztes Jahr, Herr Kollege Güngör, haben die Eltern den Hashtag "Kita-Notstand" geprägt. Das waren keine Abgeordneten aus diesem Hause, das waren die Eltern, die von Notstand geredet haben. Sie können die Realität absprechen, aber das ist die empfundene Realität der Eltern in dieser Stadt.

(Beifall DIE LINKE, CDU, BIW – Abgeordneter Güngör [SPD]: Das macht den Begriff nicht richtiger!)

In diesem Jahr gab es weniger Notdienste, da haben Sie völlig recht, aber die Stellenvakanzen bleiben alarmierend hoch. Noch immer sind ohne Weiteres 100 Erzieherinnen- und Erzieherstellen unbesetzt, und das hat fatale Auswirkungen. Das Personal fehlt nämlich zum Beispiel in den benachteiligten Stadtteilen, wo die vorgesehene Indexausstatung längst zur Ausnahme geworden ist. Der Personalmangel hier geht auf Kosten der Kinder, die die Förderung am dringendsten benötigen, und das ist inakzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen!

#### (Beifall DIE LINKE)

Der Personalmangel ist auch zur größten Ausbaubremse geworden und gefährdet inzwischen den Kita-Ausbau. Wir haben erfahren, dass mehrere Gruppen, die fertiggestellt sind oder frei werden und betrieben werden könnten, es aber nicht können, weil das Personal dafür fehlt. So steht zum Beispiel in der Kapitän-Dallmann-Straße eine neue Kita bereit, es können aber Gruppen nicht eröffnen, weil das Personal nicht verfügbar ist. Gleichzeitig warten im Stadtteil Blumenthal 128 Eltern nach wie vor auf Plätze für ihre Kinder. Sie haben sie angemeldet und bekommen keinen Platz. Das zeigt doch, wie dramatisch der Erzieherinnen- und Erzieher-, der Fachkräftemangel inzwischen in der Stadt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deutschlandweit übrigens auch!)

Auch die Anmeldungen für das nächste Kita-Jahr ab August lassen ja Böses erahnen. In Hemelingen – es wurde erwähnt – gehen die Stadtteilpolitikerinnen und -politiker und die Träger von 200 unversorgten Kindern aus, in Huchting waren es gar 260. Der dortige Ortsamtsleiter hat ja Alarm geschlagen und prognostiziert, dass die Anmeldungen nicht aufgefangen werden können und es sich

auch nicht irgendwie zurechtrücken wird. Er redet davon, dass das Kind in den Brunnen gefallen sei, und mahnt dringendes Handeln an.

Ich habe das dann im Unterausschuss aufgegriffen, weil der Ortsamtsleiter auch konkrete Vorschläge gemacht hat, zum Beispiel eine Fläche genannt hat, die zum Verkauf steht. Auf meine Frage sagte man daraufhin, man schließe Flächenankäufe für Kita-Bauten zwar nicht aus, aber ich habe dann noch einmal nachgehakt: Was heißt das eigentlich? Da wurde dann gesagt, ja, da wären Lärmschutzmaßnahmen nötig, und das würde ja mehr kosten, deswegen hat man das im Moment nicht auf der Liste der Ausbauvorhaben. Ich sage Ihnen, das ist ein Schlag ins Gesicht für jede Alleinerziehende in Huchting, die weiterhin einen Platz für ihr Kind sucht, das ist ein Schlag in das Gesicht der Berufstätigen und der Eltern, deren Rechtsanspruch nach wie vor gebrochen wird, und das ist nicht in Ordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

#### (Beifall DIE LINKE, CDU, BIW)

Aber auch für die Eltern, die das Glück hatten, ein Kita-Platz zu ergattern, ist es so, dass die bestehenden Einrichtungen am Limit sind, darüber haben wir geredet. Sie sind derart knapp ausgestattet, dass die Ausfälle kaum noch kompensiert werden können. Das merken die Eltern, die die Notdienste auffangen, das merken aber natürlich auch die verbleibenden Erzieherinnen und Erzieher, die unter hoher Belastung arbeiten und auszubrennen drohen. Diese Spirale muss durchbrochen werden, und zwar entschiedener, als die Koalition das aus unserer Sicht tut.

Wir haben ja schon im Juni 2017 an dieser Stelle über den Fachkräftemangel diskutiert. Wir hatten damals eine Große Anfrage gestellt, und damals hatte die Koalition sich dahingehend geäußert, dass es bis zum Jahr 2020 einen Fachkräfteüberschuss von 1 400 Erzieherinnen und Erziehern gibt, dass Sie quasi mehr ausbilden, über den Durst ausbilden, als Fachkräfte benötigt würden. Damals wurde ein Bild - ich wiederhole, im Juni 2017, das noch nicht so lange her! - von Friede, Freude, Eierkuchen gezeichnet, und auch heute hat mir noch niemand von der Koalition sagen können, wie hoch eigentlich der Fachkräftebedarf für die Erzieherinnen und Erzieher ist, wenn man sich einmal die Situation im Hinblick auf die Pensionierungen et cetera anschaut.

Ich habe einmal nachgefragt, womit eigentlich die Koalition so kalkuliert. Da wurde mir gesagt: Wir kalkulieren mit den Antworten aus der Großen Anfrage von Juni 2017. Da kann ich mir nur an den Kopf fassen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Ihre Datenbasis ist, dann gute Nacht, dann kann das nichts werden!

(Beifall DIE LINKE, CDU, BIW – Zuruf: Die Sonne scheint trotzdem!)

Ich sage ja nicht, dass Sie nichts tun. Sie tun jede Menge, das wurde auch schon aufgezählt. Herr Güngör, das ist alles kein Pappenstiel, was Sie gemacht haben. Leider müssen wir aber feststellen – so ehrlich müssen wir es machen! –, es reicht nicht aus. Es gibt, wie gesagt, bereits eröffnete Kitas, die teilweise nicht betrieben werden können. Die Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben, zum Beispiel die Erhöhung der Ausbildungsplätze um 240 auf inzwischen 680, die begrüßenswert ist, die Einführung von Teilzeitausbildungsgängen, die Einführung der praxisintegrierten Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, das ist alles super, aber es greift leider zu spät, das ist doch das Problem.

Deswegen haben wir im Juni 2018 vorgeschlagen, eine Höhergruppierung für die Erzieherinnen und Erzieher in der Stadtgemeinde vorzunehmen,

#### (Beifall DIE LINKE)

und zwar eine Höhergruppierung in 8b. Das war nicht nur ein Instrument, um die Mehrbedarfe und die komplexen sozialen Lagen und die Herausforderungen für die pädagogische Arbeit in Bremen anzuerkennen, sondern auch, um Fachkräfte zu gewinnen. Ich glaube, das hätte geholfen. Damals hat die CDU nein gesagt, die Koalition hat im September auch nein gesagt.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Ich habe gesagt, wir wollen einen Bericht an die Deputation!)

Sie haben nein gesagt, ich habe noch einmal ins Protokoll geschaut!

Im September 2018, also drei Monate später, wurde dann die Bremer Erklärung "Gute Arbeit in Kitas" vom Senat und von ver.di unterzeichnet. Dort haben Sie neben weiteren Maßnahmen die teilweise Höhergruppierung mit ver.di vereinbart. Fünf Monate später ist immer noch nichts passiert. Inzwischen hat Frau Senatorin Dr. Bogedan zwar in der Presse angekündigt, dass bald einige Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden können. Seit unserem Antrag ist aber ein Dreivierteljahr

vergangen, und das ist wertvolle Zeit, die hier verstreicht. Das ist wertvolle Zeit, in der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, in den Krippen fehlen und Kinder keinen Betreuungsplatz haben. Diese Zeit haben Sie vielleicht, diese Zeit haben die Kinder aber nicht, diese Zeit haben die Eltern nicht, und die Zeit haben die übrigen Beschäftigten nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

#### (Beifall DIE LINKE)

Hören Sie deshalb auf mit Ankündigungen, kommen Sie zur Sache! Niemand außer Ihnen hat die Zeit, denn was wir brauchen, ist entschiedeneres Handeln. Es gab ganz konkrete Vorschläge. Wir haben auf den Fachkräftemangel hingewiesen. Wir haben vorgeschlagen, wie es geht, zum Beispiel mit der Eingruppierung nach 8b.

Jetzt frage ich mich so ein bisschen: Was will eigentlich die CDU?

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das frage ich mich auch!)

Sie weisen ja richtigerweise auf ein Problem hin. Sie meckern auch an den richtigen Stellen, sage ich einmal. Ich habe aber heute nicht begriffen, was Sie eigentlich für konkrete Lösungen wollen.

#### (Beifall DIE LINKE)

Wir waren uns nicht zu schade, auch konkrete Vorschläge zu machen. Man kann natürlich eine Aktuelle Stunde beantragen und den Status quo bemängeln, das tun wir auch.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Ich habe doch eben eine ganze Menge Maßnahmen aufgeführt!)

Ja, PiA ausweiten und so weiter, das hilft doch auch nicht sofort! Was ich dann aber verlange, ist, dass man auch konkrete Lösungen anbietet. Ich habe heute nichts gehört, und zwar von keiner Seite bisher.

Wir waren uns nicht zu schade, ganz pragmatische Lösungen anzubieten. Wir haben im Unterausschuss und im Beirat Hemelingen vorgeschlagen, Kindertagespflegepersonen auszubilden, dass der Senat sie anstellt und sie mit einem Weiterbildungsvertrag verpflichtend zu Sozialassistentinnen und -assistenten und danach zu Erzieherinnen und Erziehern weiterbildet. Das würde aus unserer Sicht den akuten Platzmangel und den akuten Fachkräftemangel ganz kurzfristig bekämpfen.

Das ist von uns ein sehr weit gehendes Kompromissangebot. Wir sind eigentlich für weniger Kindertagespflege als für mehr, wir sind uns aber nicht zu schade, auf die konkreten Probleme der Kinder, der Eltern und der Beschäftigten in dieser Stadt einzugehen. Das hätte ich mir auch von Ihnen allen gewünscht, dass man sich wirklich Gedanken darüber macht, welche Maßnahmen ganz kurzfristig greifen. Das habe ich hier bisher von keiner Seite gehört, und das finde ich schade, liebe Kolleginnen und Kollegen!

#### (Beifall DIE LINKE)

Vielleicht kommt das ja noch, wir haben ja noch ein paar Redebeiträge. Ich bin sehr gespannt, was Sie noch an ganz konkreten Lösungen beizutragen haben. Im Moment sind 562 Kinder unversorgt. Das nächste Jahr lässt nichts Besseres erahnen, und deswegen wollen wir, dass Sie für die Kinder, für die Eltern und für die Beschäftigten auch kurzfristige Lösungen anbieten und dass Sie nicht weiter die Kinder und die Eltern auf die lange Bank vertrösten. – Danke schön!

#### (Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Remkes.

Abgeordneter Remkes (BIW)': Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Besucher! Im letzten Frühjahr gab es wegen einer Krankheitswelle in den Kitas wieder Notdienste. Ein Jahr später, also heute, ist die Lage nun wieder so angespannt, sagt auch der zentrale Elternverband. Krankheitsbedingte Ausfälle sorgen auch in diesem Winter wieder für den Ärger in den Kitas. Es gibt wieder Notdienste, auch in mehreren Stadtteilen Gruppenschließungen. Nicht nur, dass die Erzieher am Limit sind, sondern vor allem auch berufstätige Eltern. Manche hätten Probleme, den vorübergehenden Betreuungsnotstand mit ihrem Job zu vereinbaren, und das ist kein Wunder. Ebenso gilt unsere Sorge den pädagogischen Fachkräften, die sich tagtäglich mit hohem Engagement den Herausforderungen stellen und unter unzureichenden Bedingungen ihren Auftrag erfüllen, Bedingungen, die es schwer machen, gesund zu bleiben, die Arbeitsfreude zu erhalten und sich ein Arbeiten bis ins hohe Alter vorstellen zu können.

Die Bildungsbehörde hat immer alles im Griff, so ihre Aussage. Die jetzt im Beruf stehenden pädagogischen Fachkräfte sind durch die mittlerweile permanente personelle Unterdeckung verstärkt extremen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Eine Arbeitszufriedenheit erleben die wenigsten, ein Gesundbleiben und Älterwerden im Beruf scheint sich so nicht positiv gestalten zu lassen. Politiker der Koalition haben auf die Forderungen der Eltern immer mit Verständnis reagiert, aber verbessert haben sie nichts. Seit Jahren wird das Problem nicht gelöst, einfach beschämend!

Zahlreiche Eltern konnten ihre Kinder mehrere Tage und sogar Wochen nicht in die Kitas bringen, ein Zustand, der für die Eltern inakzeptabel ist. Liebe Koalition, so geht das nicht! Was haben Sie in dem letzten Jahr dagegen getan? Sagen Sie es uns bitte, sonst hätten wir das Problem nicht schon wieder!

Der Notdienst umfasst drei Stufen, wie Sie alle hier im Hause wissen. Die erste ist die Einschränkung der pädagogischen Arbeit, die zweite eine Verkürzung der Betreuungszeit, die dritte und schlimmste ist, eine Gruppe schließen zu müssen. Eigentlich gibt es in vielen Kitas nur Notdienste, denn die pädagogische Arbeit musste schon ohne Notdienste vielerorts leider eingeschränkt werden. Die Traurigen sind unsere Kinder. Kitas sollen keine Verwahrstellen sein. Den Kita-Mitarbeiterinnen und mitarbeitern ist dabei kein Vorwurf zu machen, vielmehr ist der Personalmangel in vielen Einrichtungen das zentrale Problem. Wie sollen Kinder unter ungünstigen Bedingungen ihre sozialen, kognitiven, emotionalen und ihre Lern- und Sachkompetenzen ausbilden? Wie sollten sie sich auf ihre Spiele, die Arbeit des Kindes, konzentrieren?

Einige Kitas melden keine Notdienste, und da fängt eine Struktur an, eine gute Struktur: Erstens, Sie müssen es so organisieren, dass Sie immer die notwendigen Meldungen bekommen, sodass Sie agieren können und nicht nur reagieren müssen. Zweitens, Sie sollten mehr Personal einstellen, denn die Kinder werden nicht weniger, sondern in den nächsten Jahren mehr.

Drittens: Den Personalschlüssel aber bitte dann auch zugunsten der Kinder ändern, sonst haben wir nur jeweils eine Verwahrstelle anstatt einer pädagogisch wertvollen Einrichtung! Viertens, eine statistische Erhebung sollte von allen Kitas erstellt werden, auch von den privaten Trägern, um solche Situationen nie wieder entstehen zu lassen, um nur einmal vier wichtige Punkte zu nennen.

Sicherlich sind manche Kitas dabei, die das aushalten wollen, aber das ist und bleibt falsch gedacht,

denn diese Probleme müssen zentral gesteuert werden, und dies muss aus Ihrem Hause kommen, sonst sind das nur wieder halbe Sachen. Sie sollten vielleicht einmal langfristig planen, doch das wird sich ja in diesem Jahr eventuell ändern. Erzieher sind dadurch auch oft der Prellbock der Eltern und werden dann auch noch durch den verschärften Personalmangel bei solchen Krankheitsfällen von ihrem Bildungsauftrag abgehalten. So kann eine reibungslose Betreuung leider nicht funktionieren.

Ich verstehe nicht, dass Sie das Quereinsteigermodell für die Hilfserzieher nicht weitergeführt haben und im Dezember 2018 haben auslaufen lassen. Es lief ja gut, aber es hatte anscheinend Ihre Statistik geschönt, und das wollten Sie nicht, so hatte ich es gehört, obwohl genügend Gelder dafür vorhanden waren, also unverständlich, einmal wieder nur vom grünen Tisch aus geplant.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher grüne Tisch?)

Auch der Landessprecher der Bildungsgewerkschaft GEW findet die Situation sehr besorgniserregend, ich zitiere ihn: "Damit bestätigen sich alle Befürchtungen, die wir hatten. Sowohl der Platzausbau als auch die Erziehungsakquise gehen zu langsam voran." Das werde auf dem Rücken der Eltern und der Kita-Mitarbeiter ausgetragen. Viele Kitas seien jetzt schon an ihrer Handlungsgrenze angekommen. "Der Notdienst ist die letzte Möglichkeit, wenn sie nicht mehr können."

Die Bildungsbehörde kennt die Notlage der Eltern. "Es ist sehr bedauerlich. Wir hätten es auch gern anders." Gerade in der Grippezeit werde es oft knapp in den Kitas, das habe aber mit dem Fachkräftemangel und nicht mit dem Mangel an entsprechenden Erziehern zu tun. So hört man es aus der Behörde. Dann tun Sie etwas bitte dagegen, wenn Sie das schon wissen, zum Beispiel übergangsweise die Quereinsteiger wieder als Hilfskräfte einzustellen, das wäre einmal ein Anfang! Geld ist ja angeblich da, das war aus Ihrem Hause so zu hören. Stellen im Vertretungspool gibt es, diese bleiben aber durch den Fachkräftemangel oft unbesetzt, so sagt auch die Behörde. Dann stellen Sie bitte Personal ein, das wäre auch ein Lösungsansatz!

Dass die Lage so ernst sei, wie die Eltern beschreiben, glaubt die Behörde nicht. Es hat angeblich im Dezember nur in drei Kitas Notdienste von KiTa Bremen gegeben. Der städtische Träger ist auch

der einzige, der direkt an die Bildungsbehörde berichtet. 84 der 400 Kitas in Bremen gehören dazu. Dabei werden die Notbetreuungen und auch Gruppenschließungen gemeldet. Bei den Einrichtungen anderer Träger wird ein Notdienst nur gemeldet, wenn eine verkürzte Betreuung gar nicht mehr anders möglich ist. So geht das natürlich auch nicht, aber das sagte ich schon. Ihre Behörde sei nur über zwei solcher Gruppenschließungen in den vergangen Monaten informiert worden. Sie müssen auch Eigeninitiative dazu entwickeln und vielleicht auch einmal regelmäßig nachfragen!

Angeblich bemüht sich die Behörde ja, den Fachkräftemangel zu beheben, was ich Ihnen auch glaube, beispielsweise indem man mehr sozialpädagogische Fachkräfte in den Kitas einsetzen will. Auch die berufsbegleitende Erziehungsausbildung mit dem Programm PiA gehört dazu, wir hörten es heute schon. Es liegt nicht am Willen, sagt die Behörde, aber es brauche nun einmal seine Zeit, bis die Maßnahmen wirkten, wir müssten einen Weg zurücklegen. Traurig, dass diese Erkenntnis erst nach einem Jahr einmal wieder zutage kommt! Erzählen Sie uns bitte nicht hier im Hohen Hause, wie lange Sie dazu noch benötigen! Wo bleiben da nur die ganzheitliche Bildung unserer Kinder und die Lust auf lebenslanges Lernen? Wo kann sich ein demokratisches Selbstverständnis entwickeln? Wo entwickelt sich die Gemeinschaftsfähigkeit, wo entsteht die Idee, sich gesellschaftlich zu engagieren?

Bürger in Wut fordern eine Politik aus der Sicht des Kindes. Wir wünschen eine nachhaltige Politik, die auch die Gesundheit und die Arbeitsfreude der pädagogischen Fachkräfte im Blick hat. Deswegen handeln Sie endlich, auch wenn schon wieder ein Jahr vergangen ist! Das ist traurig genug. Oder werden Sie vor der Wahl nichts mehr machen, wahrscheinlich, außer alles wieder einmal nur schönzureden? Das Problem muss endlich jetzt und insgesamt gelöst werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Scheint die Bürger in Wut nicht sonderlich zu interessieren, die Debatte! – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Nein, sind auch nicht viele da gewesen!)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abgeordneter Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)': Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Senatorin, dass wir darauf noch nicht gekommen sind, dass man vielleicht einfach einmal jemanden einstellen sollte, um das Problem zu beheben,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

das ist wirklich doch jetzt endlich einmal ein Tipp, der uns richtig weiterbringt, denn das ist ja irgendwie einmal etwas Neues! So etwas ist toll.

Herr Remkes, Sie reden von der Kita wie vom Urwald in Borneo: In beiden waren Sie noch gar nicht,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

und so haben Sie sich heute hier hingestellt und haben über eine Kita geredet, die Sie einfach gar nicht kennen. Das bringt uns garantiert nicht weiter.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kollegin Sofia Leonidakis hat gesagt, es würde ein Bild von Friede, Freude, Eierkuchen gezeichnet.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: 2017 ja!)

Ich bin dessen unverdächtig, dass ich das bei diesem Thema tue, weil ich auch gleichzeitig betroffener Elternteil bin und die Situation in den Kitas im Unterschied zu Herrn Remkes gut kenne.

Sie haben etwas Zweites gesagt, was mir sehr viel besser gefällt. Sie haben gesagt "Sie tun jede Menge", und das ist erst einmal eine realistische Einschätzung dessen, was die rot-grüne Koalition hier macht, nämlich wirklich jede Menge. Ich finde, wir sollten das vielleicht einmal noch einmal durchgehen, was alles in den letzten Jahren erreicht worden ist.

Sie sagen, es reicht aber nicht aus, und das stimmt. Das ist eine Tatsache, die Sie da ansprechen, und sie hat einen demografischen Hintergrund, den man einmal noch in dieser Debatte auch aussprechen muss, und zwar nicht als Entschuldigung, weil es in der Politik gar keine Entschuldigung gibt, sondern einfach nur als ein Faktum. Wir hatten 2014/2015 zum selben Zeitpunkt eine plötzlich und dramatisch ansteigende Geburtenrate im Lande Bremen und eine dramatische Zuwanderung, wie

wir sie so in dem Umfang noch nie hatten. Gleichzeitig! Das erklärt natürlich den extrem gestiegenen Bedarf, und das erklärt dann so eine Situation, wie sie beschrieben worden ist, dass unglaublich viel gemacht worden ist – 3 300 neue Plätze sind in Bremen in so kurzer Zeit noch nie am Stück geschaffen worden –, es aber trotzdem nicht vollständig reicht. Ich finde, das ist ein realistisches und ein den Fakten nahes Bild dessen, was tatsächlich passiert ist. Es sind so viele Dinge zusammengekommen,

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Wovon Sie immer überrascht werden!)

und vielleicht gefällt Ihnen das, Herr Kollege vom Bruch,

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, das gefällt mir nicht!)

es ist noch etwas dazugekommen, und das räume ich immer gern ein, weil mir Friede, Freude, Eierkuchen so wenig passt: Um das Jahr 2015 herum, und sagen wir einmal, um den Wahltermin im Mai 2015 herum, und zwar legislaturperiodenübergreifend vorher und auch danach, gab es eine Phase, in der es ein Stocken in dem Ausbau der Kitaplätze gab, was dann dazu geführt hat, dass wir in den Jahren 2016, 2017 und 2018 immer ein Stück hinterhergelaufen sind. Das, finde ich, kann man getrost einräumen, weil auch das den Fakten entspricht, und das ist eine Situation, aus der wir sozusagen einen kleinen Rückstand haben, dem wir heute mit dem Platzausbau auch immer noch hinterherlaufen. Das hat etwas mit der Phase um diesen Wahltermin zu tun.

Das Grundproblem, das bewältigt werden musste, liegt aber in einer extremen Steigerung der Geburtenrate. Wir hatten bis zum Jahr 2012 eine dramatisch sinkende Geburtenrate in Bremen, ab dem Jahr 2013 ist sie dann erst langsam und ab 2014/2015 stark gestiegen, und wir hatten eben eine Zuwanderung, die auch sehr, sehr viele Kinder mit ins Land gebracht hat, eine Flüchtlingszuwanderung, Geflüchtete sind auch mit Familien gekommen. Es sind Menschen aus Bulgarien und aus Osteuropa gekommen, es sind, sehr, sehr viele Kinder einfach auch innerhalb eines kurzen Zeitraums noch einmal dazugekommen. Das heißt, dass dieser Ausbau und auch die Fachkräftegewinnung immer ein Stückchen hinter der demografischen Realität zurückgeblieben ist.

Ich will aber trotzdem noch einmal aufzählen, was wir zum Personal- und Fachkräftemangel gemacht haben, weil das einfach, wie ich finde, ein sehr vorzeigbares Ergebnis ist: Wir haben die regulären Plätze in den existierenden Fachschulen mehrfach erhöht, Quereinsteiger aus anderen Berufen zugelassen, ausländische Qualifikationen anerkannt. Praxisintegrierte Ausbildung, PiA, ist schon genannt worden.

Die Tarifsteigerungen der letzten Jahre haben ein erheblich verbessertes Tarifniveau für die Erzieherinnen und Erzieher gebracht. Das ist keine politische Leistung, sondern eine Leistung der Tarifpartner, man darf sie aber politisch erwähnen, dass sie im Tarifrecht erstritten worden ist und dass sie da ist, das Einkommen ist gestiegen. Alle Erzieherinnen und Erzieher können in Vollzeit arbeiten, wenn sie das wollen. Das heißt, es gibt keine Teilzeit und keine Befristungen mehr. Es gibt Entlastungskräfte mit Minijobs, es gibt Kampagnen im Umland und in der Nordwestregion, um Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen. Es gibt zusätzliche halbe Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Brennpunkt-Kitas.

Es gibt die vorher angesprochene tarifliche Einigung mit ver.di über eine Erhöhung des Gehalts der Erzieherinnen und Erzieher in Kitas in einem schwierigen Umfeld. Es gibt Teilzeitausbildung, berufsbegleitende Ausbildung, und es gibt mehr Plätze für Anerkennungspraktikantinnen und praktikanten. Das zusammenzufassen mit dem Ergebnis, dass diese Regierung das Thema Fachkräftemangel nicht behandelt hat, ist wirklich absolut neben all den Fakten, die man irgendwie in diesem Zusammenhang aufzählen kann. Ich finde, so, wie wir als Regierung Fehler einräumen müssen, gehört es sich auch, dass Sie als Opposition diese Dinge, die Sie ja alle kennen, auch zur Kenntnis nehmen und auch zur Kenntnis nehmen, dass das ein riesiges Programm ist, das hier realisiert worden ist.

#### (Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Das heißt, dass diese Beschreibung, da bleiben dann trotzdem noch Notdienste über, richtig ist, es ist allerdings meines Erachtens ein völlig falsches Bild. Wir hatten eine Notdienststatistik im Betriebsausschuss von KiTa Bremen, diejenigen, die darin sitzen, kennen sie, und wir haben einen Eindruck, wie auch bei anderen Trägern Notdienste behandelt werden. Es gibt ganz viele Kitas, die keine Notdienste haben,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

wo die Eltern nicht mit Notdiensten konfrontiert sind, wo der Betrieb normal läuft und wo die Eltern das Wort Notdienst oder diesen berühmten Zettel an der Tür, "Könnten Sie Ihre Kinder am besten gleich wieder mitnehmen oder spätestens um 12 Uhr abholen?", nicht kennen. Die Fälle gibt es auch, davon gibt es, wenn man sich die Statistik von KiTa Bremen ansieht, sogar sehr viel mehr als von denen, bei denen die Maßnahme Notdienste greifen musste. Es gibt auch die Normalität, und es ist nicht so, wie Sie pauschal sagen, die Eltern in Bremen seien jetzt vor die Wahl gestellt, ob sie noch ihren Beruf ausüben oder ob sie mit ihren Kindern zurechtkommen wollen. Es gibt es eben auch ganz viele Eltern, die in den letzten Monaten und letzten Jahren die Kinder ganz normal in die Kita schicken konnten. Ich kann das hier getrost von dieser Stelle aus sagen, weil meine Kinder in einer Kita sind, wo es aufgrund der Umstände auch Notdienste gab. Das heißt, es ist ein Bild, das sehr differenziert und sehr unterschiedlich ist, aber es gibt eben auch die Normalität, dass Eltern versorgt werden und dass die Träger ihre Kita aufmachen und die Kinder auch betreut werden.

Es ist auch eine Mär, dass es keine pädagogische Arbeit mehr gäbe, sondern nur noch Verwahrung. Ich meine, wer will das behaupten? Dann gehen Sie einmal in den Kitas herum und fragen die Erzieherinnen und Erzieher und sagen denen: Ihr lieben Erzieherinnen und Erzieher in Bremen, es gibt keine pädagogische und Bildungsarbeit mehr in den Kitas,

## (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

sondern ihr macht nur noch Verwahrung, sperrt die Kinder weg und lasst sie wieder abholen. Die werden Ihnen etwas erzählen, denn die haben einen ganz anderen Anspruch, und den setzen sie auch um!

Es ist ein in der Tat sehr differenziertes Bild. Es gibt Probleme, es gibt Schwierigkeiten, es gibt auch Schwierigkeiten, im nächsten Kindergartenjahr den Rechtsanspruch zu erfüllen. Wir werden dann wahrscheinlich wieder Kinder haben, die keinen Kita-Platz bekommen. Das ist schlecht, das muss verbessert werden, das ist ein ganz dringendes Problem. Wir haben Glück, dass der Rechtsanspruch bisher nicht zu Klagen geführt hat, denn er ist ja ein Rechtsanspruch und heißt so, weil er auch einklagbar wäre. Das heißt, Eltern haben Verständ-

nis gehabt, dass es eben auch solche Engpässe einmal geben kann, und haben andere Lösung gefunden.

Wir müssen diese Maßnahmen in dem Tempo, mit der Intensität und auch mit einer größeren Flexibilität als in der Vergangenheit fortsetzen und dann dafür sorgen, dass die Zahl der Eltern, die keinen Platz bekommen, minimiert wird und auch die Notdienste auf ein Mindestmaß bei Grippewellen oder in Ausnahmesituationen beschränkt werden. Das ist auf jeden Fall unser Auftrag. Ein ganzes Stück des Weges in diese Richtung haben wir dort schon erfüllt. Das ist, glaube ich, ein Bild, was man draußen in den Kitas dann auch nachvollziehen kann, wenn Sie hier aus der Politik dieses Bild nach draußen senden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Steiner.

**Abgeordnete Steiner (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist so, dass das Notdienstschild an den Eingängen zu den Kitas mittlerweile leider schon für einige Eltern zum Horrorszenario geworden ist – –.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Da hinten wird schon wieder laut gestöhnt! Es ist schön, dass die Statistik so ist, dass es eben nicht allzu oft vorkommt. Trotz allem ist es aber eben doch ein Bereich, der sehr sensibel ist, und Eltern sehen sich massiv mit großen Problemen konfrontiert, wenn sie ihre Kinder früher abholen müssen, und da müssen wir auf die Sorgen und Nöte der Eltern auch irgendwo einmal eingehen.

Das Horrorszenario ist eben leider auch in diesem Winter wieder häufig Realität für Eltern und Erzieher bei KiTa Bremen geworden, und wir haben uns auch bei uns in der Fraktion schon gefragt, ob Sie eigentlich genau wissen, was in den Kitas los ist. Erfahren Sie wirklich von jedem Notdienst? Wird wirklich alles genau gemeldet, oder ist es eben doch wie im vergangenen Monat bei der ausfallenden Kita-Reinigung, auf die die Behörde erst durch eine mündliche Anfrage aufmerksam wurde? Das haben wir uns schon gefragt.

Wenn Kita-Plätze nur auf dem Papier existieren, ist von Chancengleichheit und verlässlicher Kinderbetreuung eben keine Rede. Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Bremen sind gleichermaßen darauf angewiesen, dass das Ressort für Kinder und Bildung es schafft, eine verlässliche Betreuung zur Verfügung zu stellen, und das gilt eben auch für die Notdienstzeiten. Wie soll denn sonst bitte der Stahlarbeiter bei ArcelorMittal oder eine Krankenschwester ihre Schicht oder auch eine Managerin bei A-AB InBev ihr Meeting um 13.30 Uhr beenden, nur damit sie ihr Kindergartenkind nicht allein zu Hause lassen muss oder sogar das Kindergartenkind noch vor der Tür steht? Wie soll das funktionieren? Bei uns in der Fraktion – -

(Zuruf Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie bitte, Frau Dr. Schaefer?

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: ArcelorMittal ist familienfreundlich zertifiziert, und ich kann Ihnen sagen, dass das da funktioniert!)

ArcelorMittal hat im Zweifel auch eine eigene Betriebs-Kita, dazu komme ich aber gleich gern noch einmal, denn dann ist wieder die Verantwortung bei den Firmen. Es gibt familienfreundliche Betriebe, ja, aber es gibt eben auch Betriebe, die familienfreundlich sind, die jedoch das, was dann in dem Fall von ihnen erwartet wird, nicht leisten können. Bei uns in der Fraktion musste auch ein Kollege seine Tochter in der vergangenen Woche um 14.00 Uhr aus der Kita abholen, und das kam nicht nur einmal vor, sondern mehrfach.

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Bei uns ist das überhaupt kein Problem, denn auch wir sind eine familienfreundliche Fraktion, die übrigens ebenfalls zertifiziert ist. Das ist überhaupt nicht schlimm, und wir versuchen immer, alles möglich zu machen. Das kann ich Ihnen, die dazwischenrufen, übrigens gern raten, Sie können sich auch gern als familienfreundlich zertifizieren lassen! Das ist total super.

(Beifall FDP)

Bei uns ist es jedenfalls möglich, regelmäßig Homeoffice zu machen. Allerdings lässt sich das leider nicht überall und in jeder Branche realisieren und auch nicht überall in den Arbeitsablauf integrieren. Das geht oft eben weder im Krankenhaus noch am Band bei Daimler, und das geht eben auch nicht bei vielen kleinen Unternehmen, wo es schwierig ist, einmal eben so eine Vertretung zu organisieren. Da stehen dann die Eltern und die Arbeitgeber vor einem wirklichen Problem, und es ist nicht hinnehmbar, wenn solche Probleme zur Selbstverständlichkeit werden, weil in der Kita der Notdienst angesagt ist.

Das bedroht übrigens auf Dauer tatsächlich auch Jobs, wenn nämlich Eltern immer wieder auf der Arbeit fehlen, denn auch das ist eine Frage, wie sie das schaffen, dass sie in dem Falle immer wieder krank sind, und das ist manchmal eben nicht witzig, auch für den Betrieb nicht. Wer die dringend benötigten Fachkräfte nach der Elternzeit wieder in den Arbeitsmarkt bringen will – und das sollten wir alle, denn wir brauchen sie! –, der muss eben ein verlässliches Betreuungssystem für alle Kinder gewährleisten, und das auch bitte zu Grippezeiten.

#### (Beifall FDP)

Wenn Eltern gebeten werden, ihre Kinder selbst zu betreuen, statt sie in die Kita zu bringen, dann ist es mit keinem Ziel der Gleichberechtigungs-, Teilhabe- oder Arbeitsmarktpolitik zu vereinbaren.

Wir müssen sogar weiter denken, wir haben es selbst auch von Betroffenen gehört: Weil Kinder von nicht berufstätigen Eltern nämlich als Erstes nach Hause geschickt werden, gibt es einzelne Gruppen, in denen die Notdienste zu sozialer Diskriminierung der Kinder untereinander geführt haben. Das kann man sich kaum vorstellen, aber tatsächlich passiert das nach dem Motto "Du warst ja gestern nicht da, weil deine Kinder keinen Job haben!".

## (Zurufe: Deine Eltern!)

Das ist eine soziale Entmischung, und die ist hausgemacht. Das darf nicht passieren. Kinder können sehr, sehr grausam sein, und gerade eine solche Diskriminierung auf diese Art ist auch für die betroffenen Kinder wirklich schlimm.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Was haben die nur für Eltern?)

Neben Arbeitgebern, Eltern und Kindern belastet die bisherige Praxis aber auch Erzieher, sozialpädagogische Assistenzen und Tagespflegekräfte im Betreuungssystem über Gebühr. Es wird deshalb auch Zeit, jetzt die Augen zu öffnen, denn welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen dem Fachkräftemangel und dem Kita-Notdienst? Die katastrophale Situation in den Kitas ist jedenfalls ein weiterer Beweis dafür, dass es der Bildungsbehörde an

vorausschauender Planung und Ideen fehlt. Auch die Kinder, die jetzt in den Kitas sind, entstehen nicht eben über Nacht.

(Beifall FDP – Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was tun Sie denn für die Fachkräfte, die hier jetzt übrigens auch die letzte Bastion sind? Wie wird sichergestellt, dass jene, die zu Notdienstzeiten eingesetzt waren und Mehrarbeit geleistet haben, für die natürlich auch eine erhöhte Arbeitsbelastung entstanden ist, einen Ausgleich erhalten? Was machen Sie, um sie zu entschädigen? Oder müssen es diese Fachkräfte ausbaden, wenn die Planung hier versagt? Wer gesund bleibt, hat die Mehrbelastung zu tragen, bis er selbst umfällt? Ich glaube, ein attraktiver Arbeitgeber sieht anders aus, und das sollte auf keinen Fall passieren.

Der Fachkräftemangel entstand eben nicht von heute auf morgen, und seine Beseitigung ist mit den bisherigen Anstrengungen offensichtlich nicht möglich. Wir erkennen auch an, Herr Dr. Güldner, was alles gemacht wird. Wir finden es auch toll, dass jetzt PiA gemacht wird, also die praxisintegrierte Ausbildung. Mit 50 Plätzen ist es sicherlich ein guter Start, und es ist schön. Wir glauben trotzdem, dass es notwendig ist, das auch auszuweiten, und wir hätten uns gewünscht, dass es schneller kommt, denn da gebe ich Frau Ahrens recht: Wir haben ja öfter und viel, viel früher darüber gesprochen. Es ist schade, dass es jetzt erst, kurz vor Ende der Legislaturperiode, umgesetzt wird. Das hätte man eben früher machen können.

#### (Beifall FDP)

Trotz allem, wir fordern mehr! Mehr Plätze für PiA, mehr Plätze an den Schulen für sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten und Erzieherinnen und Erzieher und mehr Quereinsteigerprogramme! Wir fordern Sie auch auf, jetzt über schnelle Lösungen nachzudenken. Wir würden uns wünschen, dass Sie einen Pool von Feuerwehrkräften schaffen, so nenne ich es einmal, um Spitzen abzufedern. Es ist logisch, dass Springerstellen bei den stark begehrten Erzieherinnen und Erziehern im Moment nicht so beliebt sind, das ist natürlich klar. Warum aber wird nicht noch zusätzlich nach anderen Lösungen gesucht? Die gibt es, einige liegen schon auf dem Tisch.

Wenn wir uns weitere ansehen, die Pflegekinder in Bremen machen es uns ja vor: Um Notdienste zu verhindern, hat man hier einen Pool von Frührentnern ausgebildet. Diese kommen einmal pro Woche in den Gruppen zum Einsatz und können in Notdienstzeiten auch stärker eingebunden werden. Das ist doch eigentlich eine ganz gute Idee.

In Oldenburg werden Kindertagespflegekräfte als zusätzliche Kräfte in Kitas eingesetzt. Auch daran könnten wir uns in Notdienstzeiten orientieren. Wir könnten uns vorstellen, einen Pool eben aus diesen Feuerwehrkräften in Kooperation auch mit der Hochschule zu schaffen. Warum nicht die Studierenden, die Soziale Arbeit studieren, im Rahmen eines Seminars an der Hochschule zur Tagespflegekraft nach den Regeln der PiB ausbilden? Das könnte man machen, denn dadurch entstünden qualifizierte Studenten, die dann eben auch einen Feuerwehrkräftepool bilden könnten, und sie erhielten zudem noch eine Zusatzqualifikation, die darüber hinaus mit Praxiserfahrung verbunden wäre. Auch das wäre noch eine schöne Idee, ein Gewinn für alle.

# (Beifall FDP – Zurufe SPD)

Wissen Sie, wenn Sie immer dazwischenrufen, wenn man Ideen liefert! Sie sagen immer, die Opposition würde keine Ideen liefern. Sowohl Frau Ahrens als auch Frau Leonidakis als auch wir nennen immer wieder Ideen. Sie müssten nur einmal zuhören, dann wären wir alle irgendwie besser bedient!

# (Beifall FDP, CDU)

In dem Zusammenhang wäre es auch wünschenswert, wenn wir noch eine unterstützende Förderung von Betriebs-Kitas hätten. Es ist unsagbar schwierig für Unternehmen, eigene Betriebs-Kitas einzurichten, und es wäre schön, wenn man denen auch da nicht die Steine in den Weg legt, sondern lieber unterstützt, weil natürlich auch Betriebs-Kitas ein zusätzlicher Faktor wären, um noch Kinder aufzunehmen und gegebenenfalls mit einzuspringen.

Was mich wirklich schockiert, ist: Wir sprechen hier von Betreuungszeiten, auf die jedes Kind in unserem Land einen Rechtsanspruch hat. Nicht einmal bei dieser Minimalversorgung funktioniert das System. Was sollen wir den Eltern sagen, die aus beruflichen Gründen mehr als diese Minimalversorgung brauchen? Wenn Sie so weitermachen, Frau Bogedan, dann sehe ich frühestens für meine Urenkel eine Chance auf verlässliche Randzeitenbetreuung.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Dafür brauchen Sie erst einmal Kinder!)

Die aktuelle Praxis ignoriert komplett die Ansprüche unserer Arbeitswelt, denn Eltern werden durch Ihr Handeln geradezu dazu genötigt, sich zwischen Kind und Karriere zu entscheiden. Schade eigentlich, ich dachte, das Kapitel hätten wir mittlerweile endlich hinter uns!

# (Beifall FDP)

Nun ist es an der Zeit, kreative und zeitnahe Lösungen zu finden, um für Eltern und Kinder die verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten. Einige Ideen haben wir Ihnen hier mit auf den Weg gegeben, und wir hoffen, dass jetzt eine schnelle Lösung des Problems erfolgt, denn im Endeffekt müssen wir dafür sorgen, dass sich vor allem zwei wohlfühlen, nämlich die Eltern und die Kinder! – Danke sehr!

#### (Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU)': Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz ehrlich, lieber Herr Dr. Güldner: Die DJI-Studie hat bereits Ihrer Sozialsenatorin – 2013/2014 waren es zwei Studien – dezidiert bis auf die einzelnen Stadtteile genau gesagt, wo die tatsächlichen Bedarfe liegen. Da gab es noch gar nicht eine zusätzlich steigende Zuwanderung oder Ähnliches, da hatten Sie schon mehr als 1 000 Plätze zu wenig,

(Zuruf Abgeordneter Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

weil man schon damals wusste, dass wir 60 Prozent Inanspruchnahme im Bereich der Krippen haben werden, Herr Kollege, und das ist der Ursprungsfehler gewesen!

Dann geht es weiter – das haben Sie ja selbst, glaube ich, sogar als "Büchse der Pandora" bezeichnet – mit den Viertes-Quartal-Kindern, die Sie in die Kita geschickt haben, damit Sie überhaupt den Rechtsanspruch 2013 erreichen. Das hat dazu geführt, dass uns jetzt auch die Kita-Plätze ganz massiv fehlen. Auch das können Sie übrigens nachlesen, oder ansonsten kann ich Ihnen das zeigen, das hat der Personalrat von KiTa Bremen wunderbar herausgearbeitet, das ist das eigentliche Ur-

sprungsproblem. Mit Vernebelungskerzen in dieser Hinsicht zu werfen, das würde an der Zuwanderung liegen und dass jetzt auf einmal ein drittes Kind bei vielen Familien da ist: Das ist es definitiv nicht!

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Woher kommen sie denn? – Abgeordneter Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo kommen sie denn her?)

Das habe ich doch gerade erklärt! Es ist eine höhere Inanspruchnahme der tatsächlichen Quoten als das, was Sie politisch beschlossen haben!

Dann noch einmal, um das auch ganz deutlich zu sagen, lieber Herr Güngör: Ein Springerpool von 50 Personen kann derzeit offene 65 Stellen bei KiTa Bremen nicht ersetzen. Das sind nämlich minus 15 Stellen nach meinen und auch allgemeingültigen Rechenkenntnissen. Insofern haben wir ein Minus von 15 Erzieherinnen und Erziehern zu verkraften und nicht irgendetwas Positives, wie Sie es dargestellt haben. 18 Quereinsteiger helfen da auch nicht weiter, denn die sind in den minus 15 schon voll mit eingerechnet.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Vorhin haben Sie noch so getan, als gäbe es gar keine Quereinsteiger!)

Dann kann man an der Stelle auch nur feststellen, lieber Herr Kollege, dass wir hier extrem betroffene Häuser haben, und einzelne Häuser sind besonders betroffen. Einige Namen können Sie übrigens googeln, da tritt dieses Problem immer wieder, über mehrere Jahre hinweg, auf, weil wir hier keine Lösungen für diese betroffenen Personen finden konnten.

Zum Bereich der Inklusion, das möchte ich auch noch einmal deutlich sagen: Wir haben 1 500 Kinder, die einen festgestellten Inklusionsbedarf haben, festgestellt durch das Gesundheitsamt. 943 davon bezahlen Sie. Das heißt, wir haben ein Delta einer strukturellen Unterfinanzierung in Höhe von sechs Millionen Euro, die aus den sogenannten sozialen Brennpunkten in Form von Zweitkräften herausgezogen werden.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

22 Prozent der tatsächlichen Mittel, die Sie ihnen theoretisch versprochen haben, kommen noch im Kinderhafen Tenever an. Das hat der Arbeitskreis Tenever damals festgestellt.

(Glocke)

Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal! – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abgeordneter Schäfer (LKR): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Liebe Frau Steiner, ich fand interessant, dass Sie eine Feuerwehr vorgeschlagen haben, um den Brand zu löschen, aber mit etwas mehr Zeit im Hintergrund würde ich eigentlich lieber einmal schauen, woher das Feuer eigentlich kommt, denn es gibt ja Gründe, warum das Feuer entsteht. Einen Brand zu löschen ist immer richtig, aber hilft uns nicht weiter, wenn er an der nächsten Stelle gleich wieder auflodert.

Hier ist eben eine Zahl genannt worden, die jeden von uns, der privatwirtschaftliche Hintergründe hat, mit Schaudern erfüllen und erschrecken lassen muss, und das war ein Krankenstand von über zehn Prozent. Das sind 22 Tage im Jahr. Wir kennen das aus der Privatwirtschaft, wenn wir da über zehn bis zwölf Tage Krankenstand pro Jahr reden, erkennen wir als Unternehmer, dass wir ein Problem haben, und zwar ein Problem mit der Identifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unserem Unternehmen, ein Problem mit der Unternehmenskultur.

Es gibt eine Untersuchung der AOK aus dem Jahr 2016, die besagt, dass Mitarbeitende, die die Unternehmenskultur ihres Unternehmens für schlecht halten, dreimal so häufig gesundheitliche Probleme haben wie Mitarbeiter, die das nicht tun, und doppelt so hohe Fehlzeiten. Natürlich kann man sagen, in einer Kindertagesstätte gibt es ähnlich wie einer Schule Sonderfaktoren wie Infektionskrankheiten zu bestimmten Jahreszeiten, die einfach damit zu tun haben, dass man mit Menschen arbeitet, das will ich nicht verneinen, aber wir reden hier von einem Problem, das der öffentliche Dienst im Allgemeinen und insbesondere der öffentliche Dienst in Bremen ganz stark hat. Das ist natürlich ein Problem, das mit Überlastung zu tun hat.

Natürlich kann man sagen, der Mangel nährt den Mangel. Wenn ich mehr Leute einstelle, habe ich weniger Überlastung, und ich habe auch einen weniger hohen Krankenstand. Ich glaube aber, dass es darüber hinausgeht, dass es etwas mit einer mangelnden Identifikation mit den Arbeitgebern, mit einer schlechten Unternehmenskultur, mit einer generellen Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeit zu tun hat. Das zu beheben, ist nicht nur aus ökonomischen Gründen geboten, weil wir im Prinzip auf einen Schlag fünf Prozent mehr Kapazitäten in allen Bereichen hätten, wenn wir den Krankenstand auf den Durchschnitt, den wir aus der Privatwirtschaft kennen, senken könnten, es ist auch gegenüber unseren Kunden im öffentlichen Dienst geboten. Es ist auch unseren Mitarbeitern gegenüber geboten, denn unglückliche Mitarbeiter sind unglückliche Menschen, und das kann ja niemand wollen.

Ich kann hier keine Sofortmaßnahme à la Feuerwehr nahelegen, weil ich überhaupt nicht aus einer Analyse weiß, was an welcher Stelle misslingt, aber wenn ich das aus unternehmerischer Sicht betrachte, würde ich sagen, wir müssen das Thema analysieren. Wir müssen es mit den Mitarbeitenden aus den einzelnen Abteilungen analysieren, wir müssen es mit den zuständigen Gewerkschaften analysieren, wir müssen es mit den Abteilungsleitenden analysieren, und wir müssen verstehen, warum offensichtlich eine solche innerliche Distanz zwischen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dem Arbeitgeber entstanden ist und wie wir sie beheben können. Wenn uns das gelingt, heben wir ökonomische Potenziale, wir schaffen es, eine bessere Arbeit zu leisten, und wir schaffen es, für unsere Mitarbeitenden eine bessere Lebensqualität zu erzielen. Ich glaube, daran sollten wir vorrangig arbeiten. - Vielen Dank!

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abgeordneter Güngör (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, weil Frau Leonidakis vorhin aus der Debatte im Jahr 2017 berichtet hat. Ich habe mir das Protokoll noch einmal genau angeschaut, und Frau Leonidakis: Frau Krümpfer hat hier eine Rechnung angestellt, und so ist es auch in der Antwort des Senats. Darin steht nicht mehr, als dass in der Zeit berechnet wurde, dass 780 Fachkräfte bis 2020 benötigt werden und bisher nach aktuellen Berechnungen bis zu 2 000 Personen in der Ausbildung sind und sie bis dahin beenden.

Sie müssen dann aber auch weiterlesen! Sie können ja nicht einfach aufhören und dann den Inhalt völlig verdreht darstellen, denn Frau Krümpfer sagte in der gleichen Debatte nämlich auch, dass unsere Zahlen, die wir von den Trägern haben,

nicht hergeben, was zum Beispiel den altersbedingten Aspekt betrifft, also wie viele eigentlich in Rente gehen. Das geben die Zahlen nicht her, und dann hat sie auch eine Rechnung vorgenommen, dass es vermutlich circa 944 sind, aber nur die Hälfte der Träger hat bei der Frage geantwortet, also geht sie da von der doppelten Zahl aus und sagt auch noch einmal, dass möglicherweise 1 888 Fachkräfte fehlen. Was ist daran jetzt nicht zu verstehen?

Frau Senatorin Dr. Bogedan hat auch schon in der Debatte gesagt, ich zitiere einmal aus dem Plenarprotokoll: "Die Misinterpretationen, die hier vorgenommen wurden, sind für mich doch sehr verstörend gewesen." Ich glaube, das bezieht sich wieder auf Sie, Frau Leonidakis. Das ist nicht in Ordnung. Sie sagt auch weiterhin: "Dessen ungeachtet steht die Notwendigkeit der Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften im großen Umfang in diesem Bereich außer Frage." Liebe Frau Kollegin, wir können hier viel diskutieren, aber zitieren Sie hier bitte nichts falsch, und verdrehen sie nicht die Wahrheit! – Vielen Dank!

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan (SPD)': Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsächlich ist es so, dass jeder Notdienst in Form von Einschränkungen der Betreuungsdauer oder gar von Schließungen die Eltern vor große Herausforderungen stellt, da sie meist kurzfristig und ungeplant ihre Betreuungsarrangements verändern müssen.

Notdienste – das haben wir eben schon gehört – umfassen aber eben nicht nur Schließungen, wie es hier permanent suggeriert wird, über die wir gerade sprechen, sondern sie umfassen ein ganzes Paket an Maßnahmen, und Schließungen sind erst als letzte notwendige Maßnahme vorgesehen. Vorher wird natürlich dafür gesorgt, dass die Kinder betreut werden können, und es werden bestimmte Einschränkungen beim Bildungsangebot in Kauf genommen.

Der kommunale Träger versucht, dadurch mit Krankheitsausfällen oder krankheitsbedingten Ausfällen umzugehen, dass er einen Vertretungspool bereithält. Wir haben tatsächlich eine Erfahrung aus dem vorletzten Jahr gewonnen, indem wir diesen Vertretungspool zur Besetzung der unbesetzten Stellen, von denen wir ja eben auch schon gehört haben, sehr stark gemindert haben. Von

dieser Maßnahme haben wir in diesem Jahr mit Erfolg Abstand genommen, mit Erfolg deshalb, weil es eben gelungen ist, in der Hochphase von Grippeerkrankungen, von Infektionskrankheiten in den Wintermonaten die Lage der Ausfälle der Notdienste sehr deutlich zu reduzieren. Betrug also im Januar 2018 die Quote der Notdienste bei KiTa Bremen noch drei Prozent, so waren es in diesem Januar 1,5 Prozent. Deshalb von einer dramatischen Verschlechterung der Lage zu sprechen, fällt mir tatsächlich sehr schwer nachzuvollziehen. Ich habe es jetzt nicht ganz ausrechnen können, aber irgendwie hat sich für mich das Problem halbiert.

Ich glaube aber, wahr ist das, was Herr Güldner auch gesagt hat, viel wichtiger ist, auch noch einmal zu schauen, wie sich denn die Notdienste verteilen. Dann wird sehr deutlich, dass die Mehrheit der Einrichtungen zumindest bei KiTa Bremen überhaupt nicht von Notdiensten betroffen ist. Von den 78 Häusern sind es lediglich neun Einrichtungen, die im größeren Ausmaß, also an zwei Tagen, von Notdiensten betroffen waren, also hat womöglich an zwei Tagen im Monat ein Ausflug nicht stattgefunden und gab es womöglich an einem anderen Tag die Aufforderung an Eltern, ihr Kind um 14.00 Uhr abzuholen. Das betraf neun Einrichtungen. Von einer Betroffenheit aller Eltern hier in der Stadt zu sprechen oder gar eine Gefährdung von Arbeitsplätzen an die Wand zu malen: Es tut mir leid, ich kann das nicht nachvollziehen!

# (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, es ist so, wir sind mit unseren Ausbauanstrengungen und mit unseren Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung noch nicht da, wo wir sein wollen, aber, sehr geehrte Damen und Herren, es bedarf ehrlich gesagt keiner Aufforderung, weder der CDU noch der LINKEN noch der FDP, dass wir hier kreative Lösungen suchen. Das haben wir wahrlich in den letzten Monaten immer wieder bewiesen, dass wir das können und dass wir das auch machen.

# (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

70 Entlasterkräfte, Pensionäre, sind bei KiTa Bremen mittlerweile unterwegs, und Bufdis unterstützen die Arbeit, um genau das zu tun, was eben gesagt worden ist, da, wo Belastungsspitzen sind, Entlastung zu geben, damit eben belastete Arbeitskräfte nicht auch noch häufiger krank werden. Wir haben Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben, über ein Programm mit der Bundesagentur für Arbeit arbeiten im Moment fünf Spanierinnen bei

KiTa Bremen. 18 Erzieherinnen – wir haben es eben gehört – sind aus Quereinsteigerprogrammen bei KiTa Bremen gelandet. Natürlich werden wir diese Maßnahmen weiterverfolgen und auch stärker ausweiten, es ist doch logisch, dass wir damit jetzt nicht aufhören!

Wenn wir über die Bekämpfung des Fachkräftemangels reden, braucht es also nicht irgendwelche Arbeitsgruppen, die gebildet werden müssen, sondern es braucht das Anpacken, und zwar das Anpacken, das wir den letzten Monaten gezeigt haben, das pragmatische Umsetzen in Werbekampagnen, in der Ausnutzung von Ermessensspielräumen, in der Schaffung von mehr schulischen Plätzen, in der Schaffung von Möglichkeiten zur berufsbegleitenden Ausbildung bei KiTa Bremen, in Initiativen, wie wir - Frau Senatorin Scheeres aus Berlin und ich - sie auf der Bundesebene ergriffen haben. Schon vor übrigens mehr als einem Jahr, liebe Frau Ahrens, haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Bundesagentur für Arbeit den Beruf der Erzieherinnen und Erzieherin als Mangelberuf anerkennt.

Die Eingruppierung nach 8b – wir haben es eben gehört – wird kommen. Es ist eine Verabredung, die im Übrigen schon aus dem Jahr 2017 stammt, als die Senatorin für Finanzen, Frau Linnert, der Bürgermeister und ich im Rathaus mit vielen Personalvertretungskräften und Eltern zusammengekommen waren, um über die Kita-Situation zu sprechen.

Wir stellen natürlich mittlerweile auch bei PiB ein und haben sogenannte zentrale Betreuungsstellen geschaffen. Wir haben die Arbeitsbedingungen verbessert. Im letzten Jahr haben wir zum Ende des Jahres ein Lärmschutzprogramm ermöglicht. Das alles soll dazu beitragen, die Bedingung für Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern, damit der Beruf attraktiv sein kann und damit wir eben mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen, denn das ist die oberste Maßgabe, daran rührt gar niemand. Dass wir das bislang getan haben und weiter tun werden, glaube ich, kann auch niemand in Abrede stellen.

Dann werden fehlende Kita-Plätze in den Stadtteilen reklamiert. Ja, das kann ich nicht leugnen, das ist so. Wir haben die Situation, dass die Versorgung in den Stadtteilen immer noch nicht auskömmlich ist. Wenn wir uns aber einmal ansehen, wie sich die Anmeldelage verändert hat, dann, glaube ich, ist es ein großes Verdienst – und da bin ich auch einmal so eigennützig und sage, auch von meiner Person,

weil ich immer wieder dafür geworben habe –, dass Eltern, auch wenn immer wieder die Nachrichtenlage von Notständen verbreitet wird, sich nicht davon abhalten lassen, ihre Kinder für die Kindertagesbetreuung anzumelden, denn nur so haben wir eine Chance, sie eben auch zu vermitteln und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wir haben mittlerweile 2 000 Kinder mehr als noch vor zwei Jahren, die angemeldet werden. Das ist eben nicht nur ein Effekt, dass wir 2 000 Kinder mehr in der Stadt haben – das sind nämlich weitaus weniger, bei den unter Dreijährigen waren es in diesem Jahr sogar von der Anzahl der Geburten her weniger als in den Jahren davor –, sondern das hat natürlich etwas auch mit einer veränderten Inanspruchnahme der Eltern zu tun, und das ist doch eine gute Entwicklung, die wir doch alle unterstützen müssen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben auch nicht aussichtslos für diese Eltern, dass sie unterjährig einen Platz bekommen, denn die Rechnung, liebe Frau Ahrens, die Sie hier eben vorgenommen haben, stimmt natürlich überhaupt nicht!

Natürlich haben wir statistisch gesehen nicht 650, sondern 500 immer noch aktuell auf der Warteliste stehen. Das sind aber natürlich nicht die gleichen 500, die zu Beginn des Kindergartenjahres auf dieser Liste gestanden haben, sondern natürlich ist darin ganz viel Dynamik, weil natürlich Tag für Tag Eltern anrufen und neue Betreuungsbedarfe anmelden, weil die Situation auch so ist, dass Kinder oder Eltern früher die Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen.

Wenn also mein Kind an einem x-beliebigen Tag des Jahres geboren wird, dann ist es aber so, dass die Elternzeit in der Regel zwölf bis 14 Monate andauert. Das heißt, die endet auch in einem x-beliebigen Tag des Jahres. An diesem x-beliebigen Tag des Jahres brauchen die Eltern dann in der Regel eine Anschlussbetreuung.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Darf ich Ihnen dann den Einzelfall geben, damit das Kind die Betreuung bekommt nach über zwei Jahren?)

Deshalb brauchen wir eine Betreuung, die in der Lage ist, eben auch diese unterjährigen Bedarfe aufzufangen. Wir haben es gezeigt, dass wir gegenüber diesen Kindern, die Sie anmahnen, 1 000 Kinder auch unterjährig vermittelt haben. Im Jahr

davor waren es 1 200 Kinder. Das heißt, ein System zu haben, mit dem wir als Behörde zentral in der Lage sind, diesen Kindern und ihren Eltern zu ihrem Recht zu verhelfen, das hat mich in den Jahren 2015 und 2016 ehrlich gesagt ziemlich viel Kraft gekostet und eben auch ziemlich viel Streit und Auseinandersetzung gefordert, weil zunächst einmal völlig in Abrede gestellt worden ist, dass es das Recht gibt, diese Informationen an die Behörde weiterzuleiten und es auch eine Praxis hier in der Stadt gab, nach der das überhaupt nicht üblich war. Ich glaube, es ist ein großer Fortschritt, dass wir davon meilenweit weggekommen sind und nun dabei sind, ein wirklich modernes System aufzubauen, bei dem Eltern transparent und verlässlich wissen, wo sie Betreuung bekommen können. Die zentrale Anmeldung ist sozusagen auch auf den letzten Metern, und auch das wird, glaube ich, noch einmal ein großes Angebot sein, das Eltern zu verstehen hilft, wie sie ihre Rechte wahrnehmen können, und darum geht es am Ende des Tages.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will es auch nicht überstrapazieren, aber ich möchte auch noch einmal kurz loswerden: Bremen ist nicht eine der reichsten Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Was wir hier in den letzten zwei Jahren geschaffen haben, was wir uns geleistet haben, um die Kindern und ihre Eltern zu ihrem Recht kommen zu lassen, welche Riesenschritte wir gemacht haben und welche finanziellen Investitionen wir gestartet haben, ich würde gern einmal einen wirklichen Vergleich mit anderen Kommunen sehen! Ich habe das gestern einmal kursorisch gemacht.

Wer sich bei Google einmal ein bisschen umtreibt, ich habe in meiner Heimatregion in Südhessen nachgeschaut, das ist eine Region, in der die Menschen sehr wohlhabend sind, in der es sehr viele sehr reiche Kommunen gibt. Wer sich das Drama dort ansieht, wo in Stadtverordnetenversammlungen praktisch zeitgleich mit uns hier Debatten über genau das gleiche Thema geführt werden, und sich dann ansieht, was dort aber in der Realität in den letzten Jahren passiert ist: Dann denke ich mir, da kann sich Bremen wirklich blicken lassen, da müssen wir uns nicht verstecken, was wir geschaffen haben! Wir können mit den Großen mithalten, und wir haben eben gezeigt, dass wir auch in der Lage sind, richtig Plätze zu schaffen, richtig Tempo zu machen und auch als Senat gut zusammenzuarbei(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

Ehrlich gesagt, während wir hier diskutieren, sitzen die Kolleginnen nämlich auch gerade dabei und sorgen dafür, dass wir in zweiten Planungskonferenzen weitere Betreuungsoptionen für das kommende Kindergartenjahr schaffen und weitere Kinder vermittelt werden. Eine andere Gruppe von Kolleginnen arbeitet gerade ganz intensiv daran, wie es uns gelingt, für das kommende Schuljahr all die zusätzlich geschaffenen Schulplätze für die Erzieherinnenausbildung auch tatsächlich mit jungen Menschen, mit Menschen mittleren Alters und mit älteren Menschen zu füllen, damit wir tatsächlich eben auch Erzieherinnen ausbilden, denn das will ich auch noch einmal sagen: Eine Dequalifizierungsstrategie ist mit mir nicht zu machen, denn sie passt nicht zu einer Strategie, bei der wir sagen, für unsere Kinder brauchen wir das Beste, wir brauchen die besten Betreuungsangebote. Deshalb brauchen wir vollwertige und gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher. Darauf wird unser ganzes Bestreben abzielen, und damit bin ich dann auch fertig. Meine Zeit ist noch nicht um, aber ich höre dann jetzt trotzdem auf. – Danke.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)': Sehr geehrter Herr Präsident! Die Fantasielosigkeit und auch die Kenntnislosigkeit, die sich streckenweise in dieser Debatte ergeben haben, haben mich doch ein bisschen schockiert, muss ich sagen. Ich werde deswegen bei Weitem nicht auf alles eingehen, denn es lohnt sich einfach nicht.

Ich möchte aber auf Herrn Dr. Güldner eingehen. Sie haben gesagt, dass wir hier anerkennen sollen, was getan wird. Ich glaube, ich habe das in meinem ersten Beitrag getan, mir ist sehr wohl bewusst, ich kenne auch die Berichte, was die Koalition in den letzten zwei Jahren zu mehr Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in die Wege geleitet hat. Ich habe aber ja auch gesagt, dass das nicht reicht. Herr Dr. Güldner, wenn man als Erklärung - ich bin immer für vollständige Wahrheiten! - nur anführt, dass es einen Geburtenanstieg gegeben hat und dass es eine erhöhte Zuwanderung gegeben hat, dann reicht das aus meiner Sicht nicht als Erklärung dafür, warum wir jetzt in dieser Situation sind, die wir ja alle miteinander kennen, entweder aus privaten oder aus politischen Kontexten. Insofern

möchte ich dann doch noch einmal zur Vollständigkeit beitragen.

Es wurde im Jahr 2007 mit dem KiföG der U3-Rechtsanspruch eingeführt, und seit dem Jahr 2007 bis zum Jahr 2013 hat die Koalition in keinem einzigen Jahr ihre Ausbauziele erreicht. Wir erinnern uns, die Maßnahme, die die meisten U3-Plätze geschaffen hat, war die Aufnahme der unter Dreijährigen, der Zweieinhalbjährigen in die Krippen. Das war eine Maßnahme, die damals 1 600 unter Dreijährige versorgt hat. Das haben wir damals schon als Mogelpackung bemängelt, und, Herr Kollege Dr. Güldner, im Nachhinein haben Sie uns ja recht gegeben, indem Sie gesagt haben, die unter Dreijährigen müssen wieder in die Krippen,

(Abgeordneter Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

denn das sind keine vollwertigen Krippenplätze, das war damals schon klar. Es war damals schon klar, es wird zu wenig gebaut, und wir haben damals schon gesagt, es braucht mehr Krippenplätze. Das hat die CDU auch getan, leider haben Sie nie gesagt, wie das finanziert werden soll oder wie das vereinbart werden soll mit der Schuldenbremse. Wir glauben, dass die Schuldenbremse sich an dieser Stelle unsozial ausgewirkt hat, für einen unsozialen Ausbau in den Stadtteilen gesorgt hat und jetzt ein Teil der Ursache des aktuellen Problems und also ein Teil des Problems ist. Ich glaube, das gehört zur Vollständigkeit dazu.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin auch dafür, Herr Kollege Güngör, dass man dann vollständig zitiert – ich danke Ihnen für die Ergänzung! –, dass dort noch gesagt wurde, dass im Jahr 2017 dann 1888 Fachkräfte fehlen würden, und vorher gesagt wurde, 1200 Fachkräfte gäbe es sozusagen über den Durst. Es wurde auch gesagt, dass die Datenlage nicht valide ist. Das steht so im Protokoll. Nun fragt man sich natürlich: Was denn nun? 1200 Erzieherinnen und Erzieher zu viel oder 1888 Erzieherinnen und Erzieher zu wenig?

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD])

Das habe ich gelesen. Herr Kollege Güngör, sagen Sie mir: Wie viele Erzieherinnen und Erzieher fehlen bis zum nächsten Jahr, bis zum Jahr 2020? Ich habe an dieser Stelle keine verlässliche Prognose oder Aussage dazu gelesen, wie hoch eigentlich der Fachkräftebedarf ist.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Dann brauchen Sie einen Personalentwicklungsplan für den Kita-Bereich!)

Das DJI ist in der Lage, bundesweite Fachkräfteanalysen herzustellen, dazu ist es schon seit Jahren in der Lage, und ich frage mich, warum die Koalition und die Behörde nicht in der Lage sind, verlässliche Fachkräfteprognosen zu erstellen. Sie sind diejenigen, die ausbilden! Deswegen müssen Sie wissen, wie viel Sie ausbilden müssen, damit Sie den Fachkräftebedarf decken.

#### (Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD]

Es wurde gesagt, die Datenlage ist nicht valide, und trotzdem sagt mir die Behörde, dass das die Datenlage ist, mit der sie arbeitet. Ist sie jetzt valide?

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Ja!)

Und wenn nicht, dann muss man eine neue Datenlage erstellen! Ich habe bis heute keine Aussage dazu gehört, wie hoch eigentlich der Fachkräftebedarf ist.

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD]

Herr Kollege Güngör, das macht mir Sorgen.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Wie gesagt, ich möchte überhaupt nicht kleinreden, was gemacht wird. Auch für PiA wird investiert, das sind ja einige Millionen Euro, die es kostet, ich glaube, zwei oder drei Millionen Euro, und das ist ja nur eine Maßnahme. Sie haben die Entlasterkräfte genannt, Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Ich muss aber schon sagen, dass Sie nicht alles tun, was Sie tun können. Wir haben hier 2018 die Höhergruppierung nach 8b vorgeschlagen. Dazu haben Sie nein gesagt. Wenn Sie jetzt sagen, dass die 8b eine Vereinbarung aus dem Jahr 2017 ist, dann frage ich mich, worauf Sie eigentlich seit 2017 warten. Warum warten Sie so lange, wenn Ihnen die Notlage, in der wir im Moment stecken, in der die Eltern und die Beschäftigten stecken, bekannt ist? Dann frage ich mich allen Ernstes, was ist eigentlich seit 2017 passiert, dass Sie nach wie vor immer noch nicht die 8b haben? Wir haben es Ihnen angeboten. Meinetwegen müssen Sie ja nicht unseren Anträgen zustimmen, aber dass Sie selbst in Bewegung geraten und nicht von 2017 bis jetzt, bis zum

Jahr 2019, zwei Jahre warten, um mit der Höhergruppierung eine Maßnahme zu ergreifen, die die Attraktivität der Beschäftigung als Erzieherinnen und Erzieher in Bremen steigert und die im Übrigen auch die soziale Lage einer Großstadt und die Leistung anerkennt, die mit der pädagogischen Arbeit zusammenhängt, da frage ich mich wirklich: Warum warten Sie zwei Jahre mit so einer Maßnahme? Das verstehe ich nicht, und da kann man mir nicht sagen, dass alles gemacht wird, was man tun kann.

(Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Ihr müsst klatschen! – Heiterkeit – Beifall DIE LINKE)

Am Ende werden wir alle nicht an den hehren Worten gemessen, die wir hier verteilen, sondern am Ende werden wir an den Taten gemessen, die wir erbringen. Bei der Höhergruppierung nach 8b, muss ich sagen, haben Sie nicht getan, was Sie tun konnten.

Ich werde Sie daran messen, ob Sie zum Beispiel die Fläche An der Höhpost ankaufen oder ob Sie weitere Jahre verstreichen lassen, um den Kitaplatz-Mangel in Huchting weiter eskalieren zu lassen. Daran werden wir Sie messen, und daran werden Sie die Eltern in den Stadtteilen messen, die nach wie vor keinen Kita-Platz haben.

Wir werden Sie auch daran messen, ob Sie auf die pragmatischen Vorschläge eingehen, die wir in den Unterausschuss eingespeist haben. Ich bin völlig bei Ihnen, Frau Senatorin Dr. Bogedan, dass wir keine Qualifikationsabsenkung wollen, da sind wir völlig beieinander. Trotzdem glaube ich, dass man in den aktuellen Zeiten von Hunderten fehlenden Kitaplätzen durchaus auch Kompromisse eingehen muss. Es gibt die Möglichkeit von Weiterbildungsverträgen, in denen verbindlich festgeschrieben wird, dass die eingestellten Kindertagespflegepersonen dann nach einer gewissen Zeit, zum Beispiel nach fünf Jahren, eine Ausbildung, eine Qualifikation erworben haben müssen und man sie bis zu der Zeit befristet einstellt. Es gibt Möglichkeiten und Wege. Wir machen konkrete Vorschläge, und wir werden Sie daran messen, was am Ende des Tages umgesetzt wird. - Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen zum ersten Themenbereich der Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Ich möchte auf unserer Besuchertribüne den ehemaligen Abgeordneten Herrn Oppermann begrüßen.

Herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall)

Wir kommen zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde:

# Sporthallenkrise im Bremer Westen – vom Grambke bis Gröpelingen sind Schul- und Vereinssport bedroht

Die Redezeiten sind zurzeit folgendermaßen: Die CDU hat noch 15 Minuten, die SPD hat noch 15 Minuten, die Grünen haben noch 22 Minuten, die FDP hat noch 21 Minuten, und DIE LINKE hat auch noch 15 Minuten Redezeit.

Als erste Rednerin zu dem zweiten Thema der Aktuellen Stunde hat jetzt das Wort die Abgeordnete Vogt.

**Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)**'): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp zwei Wochen hat die Senatorin für Kinder und Bildung über Mitarbeiter in der gemeinsamen Sitzung von Bau- und Bildungsausschüssen des Beirats Gröpelingen mitgeteilt, dass die mobile Sporthalle in Oslebshausen nicht zum kommenden Schuljahr aufgestellt wird. Das war für die Menschen vor Ort ein ziemlicher Schock. Ich habe gehört, dass die Mitglieder des Beirats erst einmal den Saal verlassen haben, um sich zu beraten. Noch im Januar hatten wir in der Bildungsdeputation und im Haushalts- und Finanzausschuss für diese mobile Sporthalle grünes Licht gegeben. Die mobile Sporthalle ist Teil des Sonderprogramms Mobilbau für Schulen II, und dieses Programm ist eindeutig für den Beginn des neuen Schuljahres im August beschlossen worden. Der Schulsport sollte so für Oslebshausen, Gröpelingen und auch Grambke abgesichert werden.

Warum ist diese Halle so wichtig? Die Sporthallensituation in den Ortsteilen Gröpelingen und Oslebshausen ist seit Jahren prekär. Es beschäftigt uns hier nicht zum ersten Mal. Auch die Bildungsdeputation hat sich oft damit befasst. Zwei Schulsporthallen stehen seit Jahren nicht zur Verfügung. Die Sanierung der Sporthalle an der Alwin-Lonke-Straße, die seit dem Jahr 2015 dem Schulsport nicht mehr zur Verfügung steht, zieht sich immer mehr

in die Länge, und die vor zweieinhalb Jahren abgebrannte Sporthalle an der Oberschule im Oslebshauser Park ist auch noch nicht ersetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, draußen ist im Rahmen der derzeitigen Ausstellung in der Bürgerschaft ein Plakat zu sehen, auf dem steht "Wir wollen drei Stunden Sport in der Woche". Das entspricht übrigens der Stundentafel. Die Realität sieht im äußersten Westen und im beginnenden Norden leider anders aus. Wir hatten als Fraktion zuletzt im Juni 2018 nachgefragt. Nur an der Gesamtschule West werden drei Stunden Sport erteilt, an allen anderen Schulen maximal zwei, und an der Alwin-Lonke-Straße wird seit Jahren nur noch Sport unterrichtet, wenn er absolut abiturrelevant ist.

Mit jedem Tag verfällt zudem auch noch die Halle des Sportvereins Grambke-Oslebshausen. Es ist völlig unklar, wie lange das da noch weitergeht. Zudem haben wir, ähnlich wie bei dem Kita-Thema, steigende Schülerzahlen. Das heißt, wir haben auch zusätzliche Klassen im Stadtteil, was den Druck weiter erhöht. Wir brauchen also ganz, ganz dringend eine Lösung für diese Situation.

Außerdem reißt neben dem Schulsport die prekäre Hallensituation die Sportvereine vor Ort in eine Abwärtsspirale. Es gibt seit Jahren fehlende Hallenzeiten, auch das hatten wir schon öfter abgefragt. Diese führen zu schwindenden Mitgliederzahlen, und diese wiederum führen dazu, dass auch für die verbliebenen Angebote keine Finanzmittel mehr vorhanden sind. In Gröpelingen, aber auch in Grambke droht damit die Gefahr, dass ganze Sportangebote wegbrechen, wenn nicht schnell gehandelt wird.

Das ist das Problem, denn genau das macht der Senat nicht! Im Gegenteil, diese Sporthalle, die als Ersatz für die abgebrannte Sporthalle vorgesehen war, ist nicht vorhanden. Wie gesagt, seit dem 22. November 2016, ich weiß es deswegen so genau, weil ich zufällig an dem Tag die Schule besucht habe, seit zweieinhalb Jahren haben wir das Problem, dass diese Halle nicht vorhanden ist.

Das Problem ist aber nicht das Geld, und es liegt nicht an fehlenden Beschlüssen. Das Geld ist vorhanden, es ist freigegeben von der Deputation und vom Haushalts- und Finanzausschuss. Das Grundstück ist vorhanden, es wird vom SVGO bereitgestellt, und es gibt eine Firma, die solche Hallen zur Verfügung stellt und nur auf den Auftrag wartet. Es

würde ab dem Tag der Auftragerteilung 24 Wochen dauern, bis diese Halle steht und man da Sport treiben kann. Das heißt, wenn der Auftrag jetzt wie beschlossen erteilt werden würde, stünde die Halle mit Beginn des Schuljahres.

Das Einzige, was fehlt, ist eigentlich ein Bildungsressort, das sich adäquat kümmert. Auf der erwähnten Ausschusssitzung in der letzten Woche haben die Mitarbeiter erklärt, dass dieses Projekt nachrangig behandelt wird. Zuerst werden die anderen Mobilbauten für Schulen errichtet, und dann wird man sich um die Sporthalle kümmern. Konkret bedeutet dies, vor August passiert nichts, und dann könne man anfangen, das in Betracht kommende Grundstück überhaupt in den Blick zu nehmen.

Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich war in zwei, drei Beiratssitzungen und habe irgendwie seit einem Dreivierteljahr dieses Dilemma begleitet. Ich kann die Beiräte nachvollziehen, wenn sie bei so einer Ansage tatsächlich fassungslos sind und den Saal verlassen,

# (Beifall DIE LINKE)

weil diese mobile Sporthalle tatsächlich definitiv diverse Male dort in Aussicht gestellt worden ist und wir diese Beschlüsse haben.

Ich frage mich auch, was für eine Prioritätensetzung denn die Senatorin für Kinder und Bildung beziehungsweise das Ressort hat. Es reicht ja nicht aus, dass wir einfach Mobilbauten für die Schulklassen haben. Man hat damit nicht seine Pflicht als Staat erfüllt, wie Schulen auszusehen haben. Es ist doch Quatsch, das Land Bremen hat eine Pflicht, ein Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen, das eben nicht nur Mathematikunterricht beinhaltet, sondern eben auch den Sportunterricht! Dieses Recht wird damit unterlaufen, wenn die Sporthallen den anderen Mobilbauten untergeordnet werden.

Die Frage ist doch an dieser Stelle, warum Sie überhaupt angefangen haben oder warum Sie anfangen müssen, Schulgebäude zu priorisieren. Die Antwort ist so schlicht wie einfach: Weil Sie nicht genügend Personal haben, um die Projekte zu betreuen! Die Schulbauabteilung in der Bildungsbehörde ist viel zu klein, um allen Aufgaben gerecht zu werden, und die wenigen Leute, die sie dort beschäftigen, sollen gleichzeitig Schulstandortplanung betreiben, die aktuell laufenden Bauprojekte betreuen,

die Sanierungsprojekte betreuen und das Sofortprogramm Mobilbau planen. Ehrlich gesagt, das kann einfach nicht funktionieren.

#### (Beifall DIE LINKE)

Das liegt mit Sicherheit nicht an der Fähigkeit oder Unfähigkeit der Mitarbeiter der Behörde – den zuständigen Referatsleiter halte ich für äußerst fähig –, aber es fehlt einfach an zusätzlichem Personal, denn er kann es allein auch nicht schaffen.

Außerdem fehlt es auch bei Immobilien Bremen an einer eigenen Schulbauabteilung. Auch dort ist man zu dünn aufgestellt, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist das Problem! Da rächt sich tatsächlich die Politik der letzten Jahre, die dafür gesorgt hat, dass in den Abteilungen einzelner Ressorts, einzelner Behörden oder eben auch einer Anstalt des öffentlichen Rechts wie Immobilien Bremen das Personal dort so ausgedünnt worden ist, dass man all die Mammutaufgaben, die man jetzt vor sich hat – und das Schulbauprogramm ist eine Mammutaufgabe! – tatsächlich kaum noch bewältigen kann.

Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen immer wieder angemahnt, dass Sie sich im Bereich Schulbau personell massiv anders aufstellen müssen. Wir haben das auch beantragt, Sie haben das immer abgelehnt, und es ist nichts weiter passiert. Jetzt können Sie nicht einmal beschlossene und finanzierte Projekte durchführen, und bei diesem Projekt, bei der mobilen Sporthalle, würde Ihnen durch diese Firma tatsächlich das meiste an Bau und Bürokratie extern abgenommen werden. Das finde ich, ehrlich gesagt, nur noch peinlich, dass Sie das nicht hinbekommen!

# (Beifall DIE LINKE)

Es ist aber, und damit komme ich zum Schluss, nicht nur peinlich, sondern für die Menschen vor Ort tatsächlich eine Katastrophe, denn ohne die Turnhallenkapazitäten kommen Sport- und Bewegungsangebote im Stadtteil zu kurz. Wer sich jetzt noch einmal die Studien durchgelesen hat, dass arme Menschen und vor allem arme Kinder nicht nur häufiger krank, sondern auch häufiger dick sind, der weiß, wie entscheidend es ist, dass man in dem ärmsten Stadtteil Bremens eben auch diese Sportangebote vorhält, und zwar über den Schulsport hinaus. Ich finde es, ehrlich gesagt, gerade wenn man diese Befunde kennt, umso katastrophaler, dass das der Stadtteil ist – und wir haben es regelmäßig abgefragt! –, in dem seit Jahren der

Sportunterricht nicht nach der Stundentafel erteilt wird.

Wenn man sich anschaut, in welchem Zusammenhang diese Entscheidung vor zwei Wochen gefallen ist, dann ist auch verständlich, warum wir diese Aktuelle Stunde beantragt haben, denn vor zwei Wochen wurde auch noch das Ende des Spielhauses an der Bexhöveder Straße beschlossen, das auch im Stadtteil liegt, und für den "Wilden Westen" und das Kinderatelier im "Roten Hahn" war es eine Hängepartie, ob es noch Gelder gibt. Wir haben das zwar im Jugendhilfeausschuss beantragt, aber zunächst sah es nicht so gut aus. Es ist jetzt gerettet, aber für die Menschen vor Ort war das wieder einmal ein klares Signal: Der Senat schwingt schöne Reden in Sachen Armutsbekämpfung und zur Stärkung der abgehängten Stadtteile, aber wenn es hart auf hart kommt, wenn es zum Schwur kommt und wenn die harten Entscheidungen getroffen werden, dann ist ein armer Stadtteil wie Gröpelingen doch wieder nicht so wichtig, und dann werden Freizeitangebote geschlossen, oder sie werden nur auf Druck aufrechterhalten, und auf die Eröffnung neuer und zusätzlicher kann man lange warten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, die Menschen in Gröpelingen und in Oslebshausen haben eine andere Wertschätzung verdient. In diesem Fall, in Sachen Schulsport oder überhaupt bei Sportangeboten, hat dieser Stadtteil, gerade wenn man sich diese Studie von vor zwei Wochen noch einmal vor Augen hält, dann auch tatsächlich höchste Priorität verdient, auch was den Ausbau oder den Bau der Sporthallen und die Einrichtung der mobilen Sporthalle für die Überbrückung angeht. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Zenner.

Abgeordneter Zenner (FDP)': Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine mobile Sporthalle kann nicht aufgestellt werden, die Wirkung sind fehlende Hallenzeiten, Sportunterricht kann nicht nach der Stundentafel erteilt werden, und dies alles in einem armen Stadtteil. Armer Stadtteil kann ich jetzt in diesem Zusammenhang nicht als kausal erkennen, sondern ich würde eher sagen, es geht um eine ärmliche Schul- und Sportpolitik des Senats in diesem Feld über eine Vielzahl von Jahren.

(Beifall FDP, CDU)

Die Entwicklung bis zu der heutigen Situation hätte so nicht passieren dürfen, auch nicht dadurch, dass eine Halle an der Oberschule im Park abgebrannt ist. Das kann schon einmal vorkommen, aber woran es gefehlt hat – und dafür kann Verständnis nicht aufgebracht werden –, ist das Fehlen einer sich fortschreibenden Bedarfsplanung von Hallen, von Schulen, von Schülerentwicklung und von Sanierung. Das hat über Jahre nicht funktioniert, und jetzt haben wir eine chaotische Situation vor Ort, die allenfalls noch mittelfristig gelöst werden kann. Wer leidet darunter? Unsere Schülerinnen und Schüler, und dies ist ein untragbarer Zustand!

(Beifall FDP)

Der Ist-Zustand stellt sich wie folgt dar, ich möchte ihn noch einmal beschreiben: Wir haben eine Oberschule Ohlenhof, die über keine Sporthalle verfügt. Der Bau ist für 2021/2022 vorgesehen. Wir habe an der Neuen Oberschule Gröpelingen nur eine Bewegungshalle, der Sportunterricht für diese Schule wird beim SVGO erteilt. Wir haben die Oberschule im Park – ich hatte es eben erwähnt –, die keine Sporthalle mehr hat, da der Brand im Jahr 2016 sie beschädigt hat. Bis heute - bis heute, seit über zwei Jahren! - ist kein Konzept vorhanden, keine Zeitplanung, keine Finanzierungsplanung, es ist unklar, wo die Halle errichtet werden soll. Das geht doch nicht, wir können doch nicht jedes Mal so viel Zeit ins Land gehen lassen! Hier muss einfach mehr Dynamik erzeugt werden.

(Beifall FDP)

Der Abriss der Turnhalle an der Grundschule an der Oslebshauser Heerstraße wird verschoben, vielleicht in drei, vier Jahren wird dort erneuert. Wir haben die Grundschule an der Grambker Heerstraße, die auch keine eigene Sporthalle hat, sondern nur eine Bewegungshalle im Stil der Fünfzigerjahre, auch hier ist erforderlich, dass nachgebessert wird, und wir haben, wie gesagt, die Schule an der Alwin-Lonke-Straße, die zurzeit auch keine eigene Sporthalle hat. Seit dem Jahr 2015 dümpelt das vor sich hin, das sind vier Jahre. Das geht doch gar nicht, wenn man seriöse Sportpolitik machen will!

(Beifall FDP)

Wir haben die vereinseigene Halle Föhrenbrok, die wir jetzt aber durch die Sportdeputation für über 300 000 Euro quasi entschuldet haben, und die Abrisskosten von über 100 000 Euro haben wir, wenn man so will, noch vor uns. Dort könnte ich mir vorstellen, dass man auch diese Halle vielleicht vorübergehend für den Schulsportunterricht ein bisschen herrichtet, soweit dies möglich ist. Wenn man eine mobile Halle errichten kann, wäre dies auch vielleicht eine mögliche Alternative.

Meine Damen und Herren, warum passiert das alles? Ich habe seit Jahrzehnten den Eindruck, dass der Sport in unserer Gesellschaft und auch in unserer pädagogischen Arbeit nicht den Stellenwert bekommen hat, den er eigentlich verdient.

# (Beifall FDP)

Das zieht sich über Jahrzehnte hindurch. Egal ob es Leistungssport ist oder Breitensport, wir brauchen gute Hallen, eine gute Infrastruktur, und wir brauchen gute Übungsleiter. Das ist auf jeder Sportkonferenz das A und O, und die Quintessenz haben wir heute hier auch wieder mit einem kleinen Scherbenhaufen vor uns.

Sportliche Aktivität – das wissen wir alle – trägt zur Steigerung des körperlichen und psychischen Wohlbefindens bei. Sowohl die motorische als auch die kognitive Leistung werden durch Bewegungsaktivitäten geschult und gefördert, was wiederum im Alltag das Aktivitätsspektrum, die Autonomie und die soziale Interaktion von Menschen verbessert. Wir brauchen den Sportunterricht rhythmisiert im gesamten Stundenplan, denn wer Sport treibt, lernt auch besser. Wir brauchen auch die dritte Sportstunde, und wir brauchen qualifizierte Lehrer, die diesen Sportunterricht erteilen können.

Weiter ist wichtig, Sport unter dem Gesichtspunkt von Integration und Inklusion zu sehen. Wir wollen Menschen unterschiedlicher Herkunft mit unterschiedlichen Anlagen, die bei Sport und Spiel zueinander finden können. Dabei fördern wir die herausragende Arbeit der Sportvereine und der Fachverbände.

Die Kooperation zwischen Schule und Sportverein ist zu stärken. Es ist hier ja hier auch schon richtig darauf hingewiesen worden, dass der Sportverein vor Ort, der SVGO, durch die miserablen Hallen und die Hallen, die nicht zur Verfügung stehen, Einbrüche in der Mitgliederentwicklung zu verzeichnen hat. Das kann sich fortsetzen und die Folge haben, dass diese Mitglieder, die aus dem Verein ausgetreten sind, vielleicht später den Weg in den Verein nicht wieder finden.

Es ist seit Jahrzehnten die Praxis, dass auch die Sportvereine die Infrastruktur der Schulen und der Schulturnhallen nutzen. Das ist ein stillschweigendes Agreement über viele Jahre, und deswegen ist es auch für den außerschulischen Sport wichtig, die Vereine durch entsprechend gut ausgestattete Hallen, auch Schulhallen, zu unterstützen.

#### (Beifall FDP)

Was wir brauchen – und darauf hat Frau Vogt richtigerweise hingewiesen –, ist diese mobile Turnhalle. Diese mobile Sporthalle muss einfach her! Sie muss einfach her, damit dort nicht ein Stau entsteht, der vielleicht über viele Jahre nicht kompensiert werden kann. Andernfalls werden Sie nur die Möglichkeit haben, quasi wie in den Fünfzigerjahren noch in irgendwelche Gastronomiesäle auszuweichen. So habe ich früher auch einmal am Barren oder am Reck geturnt.

Sie können sich auch überlegen, ob Sie nicht das Sommerhalbjahr für die Außensportanlagen stärker betonen und dort mehr Stunden geben. Da kann man Leichtathletik machen, da kann man Turnspiele machen, da kann man Rasenspiele machen und so weiter, das wäre auch eine Überlegung.

Sie müssen vor allem, was die Oberschule im Park und gleichermaßen die Schule an der Alwin-Lonke-Straße betrifft, den Hallenbau zügig umsetzen. Dann haben Sie vielleicht mittelfristig die Möglichkeit, diese miserable Entwicklung aufzuhalten. Was die Halle am Föhrenbrok hergibt, weiß ich nicht, ich könne mir das vorstellen, aber das Ziel muss sein: Diese mobile Sporthalle muss errichtet werden, um größere Einbrüche einfach zu verhindern. – Danke schön!

#### (Beifall FDP)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Rosenkötter.

Abgeordnete Rosenkötter (SPD)': Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Zenner, da können wir beide uns ja zumindest erst einmal an die eigene Nase fassen, ob wir auch in unserer Präsidentenzeit an der Stelle etwas versäumt haben, das nur als kleine Vorbemerkung oder Randbemerkung.

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Ja, Frau Vogt, die derzeitige Turnhallen- und Sporthallensituation ist nicht schönzureden. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Sie haben auch davon gesprochen, dass das eine Mammutaufgabe ist. In der Tat, es geht ja um Turnhallen, es geht um Schulen, es geht um Kitas, es geht um vieles mehr, was zu tun ist. Es gibt gerade bei den Turn- und Sporthallen eine Reihe von auch zum Teil aufgeschobenen Sanierungsmaßnahmen, Grundsanierungen, ich glaube, auch darüber sind wir uns einig, damit müssen wir ehrlich umgehen, und das ist so

Der Bremer Westen, auch das ist ein Punkt, ist durch allerlei bekannte Ereignisse – der Brand hat hier schon mehrfach eine Rolle gespielt, aber auch die sich hinziehende Sanierung an der Alwin-Lonke-Straße oder der zustandsbedingte Wegfall der Halle am Föhrenbrok – natürlich besonders betroffen. Ja, das ist so.

Es hat gerade zu dem letzten Punkt Föhrenbrok dankenswerterweise auch mit dem Vorstand und der Geschäftsführung von SVGO eine ganze Reihe von Gesprächen gegeben, die Möglichkeiten schaffen sollten, eine Schließung der Halle am Föhrenbrok zu verhindern. Das Bildungsressort hat ja in den letzten Monaten - das können Sie sehen eine ganze Reihe von Anfragen, die auch hier von der LINKEN und von den Abgeordneten anderer Fraktionen gestellt worden sind, sehr umfassend beantwortet. Übrigens hat sich auch die Sportdeputation mit dem Thema Turnhallen und Sporthallen immer wieder und sehr umfassend auseinandergesetzt. Ich glaube aber auch – das gehört zur Wahrheit dazu -, dass wir unter anderem seit Beginn der Zurverfügungstellung der Konjunkturpakete, aber auch durch weitere Maßnahmen, die der Senat in die Wege geleitet hat, hier eine Reihe von Sanierungen sowohl im gesamten Stadtgebiet als auch im Bremer Westen haben voranbringen können. Ich denke daran, die Kollegin Frau Krümpfer war noch mit ihrem Verein betroffen, auch da hat es einen Brand in einer Turnhalle gegeben, ebenfalls in Gröpelingen, dessen Schäden relativ schnell wieder behoben worden sind.

Natürlich, eine Aktuelle Stunde ist immer eine Möglichkeit, noch einmal sehr deutlich auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Es ist zurzeit auch in Ihrem Beitrag ganz wesentlich – Herr Zenner hat sich da so ein bisschen um alles gekümmert –, aber in Ihrem Beitrag ganz wesentlich an die Bildungssenatorin adressiert.

Es gibt – davon hat Herr Zenner gesprochen, ja, das ist so - nicht nur ein Agreement, sondern es war politische Absicht, auch mit den Vertreterinnen und Vertretern im organisierten Sport in den Sechziger- und Siebzigerjahren Turnhallen zu bauen, die auf der einen Seite von Schulen und am Nachmittag und Abend sowie am Wochenende von Vereinen genutzt werden können. Ich glaube, diese vernünftige Regelung sollten wir auch nicht aufgeben. Gleichwohl haben sich die Gewichte verteilt. Das, was früher etwa, ich sage einmal, gut ein Drittel Nutzung durch die Schule war und zwei Drittel durch den Verein, hat sich umgekehrt in zwei Drittel Schule und ein Drittel Verein oder vielleicht halbe-halbe, wenn man die Wochenenden mit hinzuzählt. Insofern muss man, glaube ich, an der Stelle ganz deutlich sagen, das ist eine Gemeinschaftsaufgabe von mehreren Ressorts, die dort einzubeziehen sind.

Das gilt sowohl für den Bereich Bildung als auch für den Bereich Sport, aber natürlich insbesondere auch für den Bereich von IB, die immer wieder uns natürlich bei der Planung, bei der Umsetzung, bei der Finanzierung letztendlich helfen und unterstützen muss. Insofern kennen wir die hohe Belastung von IB Bremen und auch die notwendigen aufwendigen Verfahren, die dazu führen, zeitnahe Sanierungen zu planen und durchzuführen. Allerdings wie soll ich das vorsichtig ausdrücken? – gefällt es mir wenig, dass wir immer noch keine Übersicht von IB haben, wie es wirklich um den Zustand der Hallen, der Sporthallen und der Turnhallen, bestellt ist. Das ist eine schwierige Situation, wenn man etwas priorisieren will, wenn man sagen will und das müssen wir in der derzeitigen Situation -, wir müssen zuerst mit dem Dach beginnen, denn das ist das Notwendige, und dann können wir uns vielleicht um neue Duschköpfe in der Halle XY kümmern.

Das ist noch einmal meine ganz herzliche Bitte auch an die Finanzsenatorin, und nicht nur eine herzliche, sondern auch eine dringende Bitte, dass es hier zu Unterlagen kommen muss, denn es betrifft nicht nur den Sport mit seinen Hallen, sondern es geht eben auch um die Hallen, die an oder in Schulen sind, und da kommt es zu einem nächsten Problem. Natürlich haben wir als Fraktion der SPD das nicht nur so zur Kenntnis genommen, sondern wir versuchen, über Lösungen nachzudenken. Wir haben mit verschiedenen Personen geredet, wir haben auch überlegt, ob es möglich ist, Turnhallen, die an Schulen sind, in Vereinshand zu geben, um so eine schnellere Sanierung voranzubringen. Wir

haben ein Problem oder eine Herausforderung dabei, die eben nicht zu lösen ist, nämlich an der Stelle, wo diese Turnhallen integraler Bestandteil der Schulgebäude sind. Da kann man nicht einfach die Turnhalle herauslösen und sagen, wir machen das jetzt einmal irgendwie anders.

Dann will ich zum Schluss gern noch einmal über diese Mobilhalle reden, die uns ja häufig umtreibt. Ja, das Geld ist, meines Wissens zwei Millionen Euro, dafür zur Verfügung gestellt worden.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Den Beschluss gibt es!)

Den Beschluss gibt es, das ist übrigens ein Senatsbeschluss, nicht ein Beschluss der Deputation oder etwas anderes, sondern es gibt diesen Beschluss dazu, und das bedeutet, es geht da jetzt um die Umsetzung, aber es ist manchmal der Teufel im Detail. Ähnlich wie wir mit der Standortfrage an der Oberschule im Park noch nicht am Ende sind, weil es auch dort ganz unterschiedliche Ansätze gibt – wo soll die Halle hin, soll sie nah heran, soll sie in das Wäldchen, soll sie hierhin, soll sie dahin, es gibt unterschiedliche Bodenbeschaffenheiten, die zu berücksichtigen sind, es gibt Anwohnerinteressen, all das spielt doch eine Rolle! –, ist es mit dem Mobilbau auf dem Gelände der SVGO.

Wenn wir über den Mobilbau auf dem Gelände der SVGO reden, dann ist das, wie ich es wahrgenommen habe, auch nicht einmal eben so umzusetzen. Für den ganzen Umkleide- und Sanitärtrakt kann nicht der Bereich genutzt werden - das ist mein Kenntnisstand -, der dort an der Halle in der Sperberstraße ist, weil er nicht ausreichen würde, und es gibt auch das Thema der Versorgung mit Strom, Wasser, und was weiß ich, was für diese Halle notwendig ist. All diese Dinge spielen doch eine Rolle, wenn es um den Standort geht, und es spielt natürlich auch eine Rolle, dass die Firma sagen muss, dass sie das in Kürze macht. Das Geld ist in der Tat da, also sollten wir uns darüber verständigen, und ich hoffe, dass alle, die daran zu beteiligen sind, auch genauso wie wir den Mut und die Kraft haben, dies schnell zu tun. Ich würde mir das sehr wünschen. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk. Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)': Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde ja schon einiges gesagt, der Zustand im Bremer Westen ist eigentlich unhaltbar und inakzeptabel, sowohl politisch als auch sportlich. Sehr viele Schülerinnen und Schüler, sehr viele Sportvereine nutzen dort diese Sporthallen, und sie haben diesen Zugang momentan nicht. Wir alle wissen, was das für den Alltag bedeutet, was für eine Herausforderung das ist, und wenn der Schulsportunterricht entsprechend auf absehbare Zeit nicht stattfinden kann, müsste es eigentlich einen richtigen Aufschrei geben. Das ist politisch nicht haltbar und nicht akzeptabel.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will es auch an der Stelle verkürzen: Für uns Grüne steht das völlig außer Frage. Wir haben die Forderung, dass noch in diesem Schuljahr der Mobilbau kommen muss. Daran führt kein Weg vorbei, das Geld ist bereitgestellt. Es ist nicht immer alles so einfach, aber das ist die Forderung. Ob man das in der Tat so umsetzen kann – das gehört zur Wahrheit dazu, dem muss man sich stellen -, das bezweifle ich. Wie gesagt, das eine kann man genauso fordern, und bei dem anderen muss man immer schauen, ob das überhaupt in dieser Kürze der Zeit leistbar ist. Aus einigen Beiträgen ist es ja hervorgegangen, wir sind da auch gar nicht weit auseinander. Das finde ich schon einmal ganz gut, dass wir bei dem Thema an einem Strang ziehen. Trotzdem ist völlig klar, dass man alle Möglichkeiten ausschöpfen muss und mit allen Beteiligten auch einmal ernsthaft und konsequent reden muss. Es gibt unterschiedliche Wünsche von unterschiedlichsten Beteiligten, wohin so eine Halle kommen darf und wohin sie nicht kommen soll.

Mein Ratschlag wäre, wir haben Experten dafür, diese Menschen sollten das entscheiden, um nicht nach Gusto und irgendeiner Gefühlslage zu sagen, dahin passt eine Halle und an anderer Stelle nicht. Es gibt Pläne, und diese Pläne sollte man an der Stelle weiter verfolgen. Wir haben diesen Handlungsbedarf, und wir müssen eine Lösung herbeiführen. Das ist völlig klar, und da müssen wir uns auch grundsätzlich den ganzen Problemen stellen.

Wir haben über 140 Turn- und Sporthallen – einige sind Bewegungsräume, dazu mag man gar nicht Turnhallen sagen – aus unterschiedlichsten Jahren, aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren, ein Großteil stammt aus den Siebziger- und Achtzigerjahren. Wir alle wissen, was das bedeutet. Ein Teil ist mit Sicherheit asbestbelastet, wenn man da also an

die Bausubstanz herangeht, um abzureißen und einen Neubau zu errichten, wissen wir, wie lange Zeit ins Land geht, und man kann das nicht einfach von heute auf morgen machen.

Meine Kollegin Frau Rosenkötter hat es ja eben angesprochen, uns fehlt die transparente Einsicht in den Zustand der einzelnen Schulsporthallen. Immobilien Bremen ist da in der Pflicht, entsprechend so weit nachzuliefern, dass man an der Stelle auch einmal in die politische Beratung gehen kann, und das kann man irgendwie auch immer nur geschlossen machen. Man muss es aus unterschiedlichen Perspektiven sehen und betrachten.

Hier den Schwarzen Peter der einen oder anderen Seite zuzuschieben, finde ich auch nicht angebracht. Das ist jetzt auch nicht so hundertprozentig angeklungen, aber ich würde es gern noch einmal erwähnen, zu sagen, dass nun das Ressort Bildung Schuld hat oder Immobilien Bremen, ist nicht so einfach. Das ist immer eine Frage der Perspektive. Wenn Immobilien Bremen eine Planung zur Hand hat, also den klaren Auftrag, braucht sie auch eine gewisse Zeit, bis sie da etwas bauen kann. Also, den einen oder anderen bei der Thematik in die Pfanne zu hauen, ist nicht richtig.

Bedauerlich ist, dass man, nachdem die Halle abgebrannt war, vielleicht auch die Planungszeit ein wenig unterschätzt hatte. Wir haben noch drei weitere Standorte im Bremer Westen, die dringend sanierungsbedürftig sind, und bei der einen oder anderen Halle muss man davon ausgehen, dass auch eine längerfristige Schließung ansteht, es wird also so oder so immer an Hallenkapazität fehlen. Da müssen wir uns grundsätzlich sportpolitisch, aber auch schulpolitisch der Frage stellen, wie wir Hallenkapazitäten auffangen können, wie wir neue Kapazitäten schaffen können und was es eigentlich für den Vereinssport im Bremer Westen bedeutet. Das ist in der Tat katastrophal.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Darüber reden wir aber wirklich schon lange, nicht?)

Ich weiß, ich rede auch nicht zum ersten Mal dazu, Frau Vogt, in der Tat, aber es ist ja nicht schlecht, immer wieder darüber zu sprechen. Wir sind da nicht alle auseinander. Den richtigen Weg zu finden, dort die Probleme zu lösen, ich glaube, das ist das, was uns fehlt. An Geld mangelt es nicht, wir haben den Senatsbeschluss von über zwei Millionen Euro. Woran es uns aber mangelt, sind die Fachunternehmen, die solche Hallen einmal

schnell – in Anführungszeichen – herrichten können. Das Gleiche gilt ja auch für den Mobilbau. Man kann fordern, dass das sofort kommt, aber ob das innerhalb von mehreren Wochen und Monaten machbar ist, ist die andere Frage.

Heute Morgen hat mich ein Vorschlag erreicht, der erst einmal auch charmant klingt, den will ich hier gern auch noch einmal einbringen. Wir haben ja, als die Flüchtlingskrise anstand, für Geflüchtete diese großen Zelte mit einem Holzboden gehabt, ob man nicht einmal vielleicht den Gedanken eruieren kann, kurzfristig an der einen oder anderen Stelle solche Zelte, die wir ja noch haben, die eingelagert sind, herzurichten, damit zumindest in einem geschlossenen Raum auch bei schlechtem Wetter ein Schulsportunterricht stattfinden kann. Vielleicht kann man sich noch einmal diesem Gedanken hingeben. Wir haben ja den einen oder anderen, der Mitglied in der Baudeputation ist, die kennen sich mit Baumaterial und Beschaffenheit deutlich besser aus, aber ich weiß, es gibt diese Zelte, und da sollte man einmal den Gedanken investieren, inwieweit man vielleicht noch einmal an der einen oder anderen Stelle zum Überbrücken solche Zelte herrichtet, damit dort der Schulsportunterricht stattfinden kann. Ich möchte jetzt auch keine sportpolitische Debatte daraus machen, sondern grundsätzlich geht es auch um den Schulsportunterricht.

Eines aber dürfen wir nicht vergessen: Wenn an einigen Standorten, wie gerade im Bremer Westen wir alle kennen die Sozialindikatoren, wir kennen die Erhebungen, das ist uns allen bekannt -, auch noch der Schulsport einbricht oder nicht so stattfinden kann, wie man das von einem Schulsportunterricht erwartet, dann haben wir ein ernsthaftes Problem. Wir müssen uns ganz anders dieser Debatte hingeben und nicht immer aus dieser emotionalen Perspektive schauen, sondern ernsthaft daran Interesse haben, hier auch gemeinsame Lösungen voranzubringen. Insofern ist die Aktuelle Stunde aus meiner Sicht natürlich angebracht, weil wir da einen akuten Handlungsbedarf haben. Den bekommen wir auch nur gemeinsam gelöst, wenn wir uns auch mit den Beteiligten vor Ort zusammensetzen und gewisse Standortfragen nicht so diskutieren, dass, wie gesagt, nur noch eine Lösung dabei herauskommen kann. Es sind mehrere Lösungen notwendig und auch erforderlich, insofern: Der Senat handelt, das Geld ist bereitgestellt. Jetzt müssen wir schauen, ob wir kurzfristig da etwas hinbekommen oder aber nicht. Ich bin da sehr zuversichtlich. – Danke schön!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Aktionsbündnisses Solidarische Stadt begrüßen.

Herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lübke.

Abgeordneter Lübke (CDU)': Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation der Sporthallen in Bremen und besonders im Bremer Westen ist eine einzige Katastrophe. Deswegen halten wir die Aktuelle Stunde, die beantragt worden ist, für völlig berechtigt.

#### (Beifall DIE LINKE)

Der "Weser-Kurier" hat in seiner Ausgabe vom 21. Februar 2019 einen sehr treffenden Bericht dazu verfasst. Darin heißt es, ich zitiere: "Kinder in Bremen sind häufiger krankhaft übergewichtig, leiden öfter an Asthma und Zahnkaries als ihre Altersgenossen im Bund. Diese Erkrankungen treffen vor allem Mädchen und Jungen aus sozial benachteiligten Familien." Meine Damen und Herren, aus Sicht der Fraktion der CDU gibt es hier einen ganz klaren Zusammenhang zwischen der Sporthallensituation im Westen, in einem Stadtteil, in dem es auch viele sozial benachteiligte Menschen gibt, und diesen Erkrankungen.

Jeder, der aus dem Sport kommt, weiß, es ist schon schwer genug, die Menschen und insbesondere die Kinder zum Sport zu bekommen, sie davon zu überzeugen, wie wichtig er ist. Das ist die eine Sache, aber die Kinder und Jugendlichen und die anderen Menschen im Bremer Westen haben, selbst wenn sie wollten, gar nicht mehr die Möglichkeit, Sport zu treiben, weil es aufgrund der fehlenden Sporthallen oft kaum noch Möglichkeiten gibt. Das ist doch der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren!

# (Beifall CDU)

Ich möchte noch einmal die drei wichtigsten Beispiele nennen, weswegen sich die Situation im Bremer Westen so zugespitzt hat, sie ist jetzt schließlich auch nicht vom Himmel gefallen. Erstens, die

Sporthalle an der Oberschule im Park ist durch ein Feuer zerstört worden, das ist eben auch schon angeklungen. Seitdem ist eigentlich nicht viel passiert. Das war im Jahr 2016. Natürlich gibt es da viele unterschiedliche Interessen, aber, meine Damen und Herren, ich finde, drei Jahre nach einem Standort zu suchen, ist aus meiner Sicht und aus der Sicht der Fraktion der CDU völlig inakzeptabel.

(Beifall CDU)

Jetzt ist ja die mobile Halle ins Spiel gekommen, die als Zwischenlösung infrage kommt, um überhaupt das Sportangebot einigermaßen aufrechtzuerhalten. Das wird jetzt von Immobilien Bremen geprüft. Ich finde, da muss nicht mehr geprüft werden, die Halle muss unbedingt her!

(Beifall CDU, DIE LINKE – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Der zweite große Punkt war die Sporthalle an der Alwin-Lonke-Straße, sie wurde ja als Notunterkunft für Flüchtlinge benutzt. Auch damals stand schon fest, dass nach der Nutzung die Sporthalle saniert werden soll, und diese Sanierung sollte im Sommer 2018 abgeschlossen werden. Aktuell ist noch völlig unklar, ob die Fertigstellung überhaupt im Sommer 2019 eingehalten werden kann.

Der dritte Punkt ist: Ich finde, die Sporthalle Föhrenbrok zeigt exemplarisch, wie es um den Zustand der Sporthallen in ganz Bremen bestellt ist.

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Diese Halle ist nach intensiven Sanierungsbemühungen mittlerweile reif für den Abrissbagger.

Meine Damen und Herren, auch dieser Punkt passt ja in diese Diskussion, das wurde eben auch schon angesprochen, wir fordern seit Jahren in der Sportdeputation ein Sporthallenkataster, in dem aufgelistet werden soll, in welchem baulichen Zustand sich alle Sporthallen in Bremen befinden und wie hoch der zu erwartende Sanierungsbedarf ist. Wir brauchen hier irgendwie eine Strategie - so kann es ja nicht weitergehen! -, sodass wir erst einmal eine Liste haben, wo man anfangen muss. Ich glaube mittlerweile, da ist so viel Zeit vergangen, und wir haben den Bericht immer noch nicht erhalten, der Sanierungsbedarf, der bei den Sporthallen ja auch allgemein sehr hoch ist, ist so exorbitant hoch, dass der Senat sich nicht zutraut, diesen zu veröffentlichen.

Ich möchte aber noch einen weiteren Punkt vor Augen führen, was die Situation der Sporthallen für den Bremer Sport bedeutet. Es geht nicht nur um den Sport an sich, es geht um die Gesunderhaltung unserer Kinder. Weniger Bewegung hat negative Auswirkungen auf die Grundmotorik. Wenn es wie im Bremer Westen kaum Sporthallen gibt, dann gibt es logischerweise auch weniger Angebote. Es geht um Integration. Es gibt den sozialen Aspekt, wir wollen, dass den Kindern Werte vermittelt werden, dass sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten und so weiter. Ich könnte es hier endlos fortsetzen. Ganz ehrlich, nach diesem Desaster ist mein Eindruck, dass Ihnen, lieber rot-grüner Senat, diese für unser gesellschaftliches Zusammenleben elementar wichtige Bereicherung, die der Sport mit sich bringt, nicht sonderlich viel wert ist.

Noch ein Punkt, der eben auch schon angesprochen wurde: Es geht natürlich nicht nur um den Schulsport, es geht auch um den Vereinssport, das wird leider in den Diskussionen vergessen, denn ein Großteil der Sportvereine in Bremen, natürlich auch im Bremer Westen, nutzt die Schulsporthallen für ihre Angebote. Da gibt es eine ganz einfache Formel: Je weniger Sportflächen es gibt, desto weniger Angebote kann es seitens des organisierten Sports geben. Die Konsequenz daraus ist natürlich auch eine ganz logische. Den Sportvereinen laufen die Mitglieder weg. Wer zahlt schon einen Vereinsbeitrag, wenn er dafür keine Gegenleistung im Sinne eines Sportangebots bekommt? Aus meiner Sicht eine völlig verständliche Reaktion! Dadurch bedingt kommt der Sportverein zwangsläufig mittelfristig in eine finanzielle Schieflage. Wir als Fraktion der CDU wollen nicht, dass sich in Zukunft so etwas wie beim HTSV wiederholt, der insolvent geworden ist.

# (Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man den organisierten Sport ernst nimmt und wertschätzt, dann ist es doch das Mindeste, dass man ausreichend Sportflächen zur Verfügung stellt. Das ist das Rückgrat und die Basis des organisierten Sports. Auch diese Wertschätzung kann ich hier leider seit Jahren nicht erkennen.

Die ganze Not wird noch dadurch dramatischer, dass in den nächsten fünf Jahren mit einem Anstieg der Schülerzahlen im Bremer Western um über 20 Prozent gerechnet wird. Der Bedarf ist also riesengroß. Die Not ist so groß, machen Sie endlich das Sporthallendesaster zu Ihrer Priorität! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan':** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange einmal vorn an.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das ist immer gut! – Abgeordneter Strohmann [CDU]: Da waren Sie noch gar nicht da! – Heiterkeit CDU)

Ich wollte jetzt eigentlich nicht so weit in der Geschichte zurückgehen, sondern es gibt ja einen konkreten Anlass, weshalb wir jetzt gerade hier stehen und uns über die Sporthallensituation austauschen, das ist die Situation um die abgebrannte Sporthalle der Oberschule im Park. Dieser Brand hat tatsächlich eine ohnehin schon angespannte Sporthallensituation in Gröpelingen und im Bremer Westen insgesamt noch einmal ganz stark strapaziert

Deshalb war es für uns auch eine gute Alternative, als wir davon hörten, dass es offensichtlich Beispiele gibt, wie man mit sogenannten Mobilsporthallen eben auch kurzfristig und schnell einen solchen Notstand überbrücken kann. Es gab einen findigen Geschäftsmann, der offensichtlich dann in den Beirat gegangen ist und dort sein Konzept vorgestellt hat, alle überzeugt hat und uns auch mit dieser Idee entsprechend angesteckt hat. Mein Ressort ist in den Austausch getreten, und diese Idee haben wir positiv aufgegriffen. Insofern kann nicht davon die Rede sein, dass wir uns da irgendwie verweigert hätten. Es ist auch nicht so, dass wir das nicht als prioritäre Maßnahme aufgegriffen hätten, sonst wäre es ja nicht in die Senatsvorlage vom 18. Dezember 2018 eingegangen, in der eben die kurzfristigen Schulraumkapazitäten und Sporthallenkapazitäten und deren Finanzierung im Hinblick auf das Schuljahr 2019/2020 Gegenstand waren.

(Beifall SPD)

Bereits am 5. November 2018 hatten wir Immobilien Bremen deshalb auch gebeten, eine Überprüfung einer Errichtung einer solchen temporären Halle auf dem Grundstück Sperberstraße – also sind Grundstücksfragen auch nicht offen gewesen – zu übernehmen. Es liegt eben auch nicht an fehlendem Personal oder was hier jetzt eben noch alles genannt wurde.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Ich habe nur aus der Beiratssitzung zitiert!)

Ja, aber es reicht doch vielleicht einfach, wenn man sich einmal die Fakten anschaut! Die Prüfung, die IB vorgenommen hat, hat allerdings eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, die eben diese erhoffte kurzfristige Umsetzung verhindern. Beispielsweise müssen eben Ausschreibungen notwendig werden, der Standort muss geprüft werden. Ich lese das einmal eben hier vor: "Ein derartiges Bauvorhaben wurde bisher wie auch in den meisten anderen Kommunen Deutschlands noch nicht zur Umsetzung gebracht. Welche Hersteller sind am Markt? Welche Ausstattungsqualität wird angeboten? Welche Fertigstellungszeiträume sind üblich? Welche Leistungen sind jeweils vom Vermieter beziehungsweise vom Bauherrn zu erbringen?" All diese Dinge müssen natürlich geklärt sein, bevor man eine Ausschreibung machen kann, damit dies eben auch möglich wird.

Seit dem 7. Februar 2019 liegt uns also die Erkenntnis vor, dass das, was da versprochen worden ist, man könne das irgendwie in sechs Monaten - das ist ja hier eben auch wieder genannt worden - einfach einmal so aus dem Boden stampfen, eben auch nicht geht, und es geht auch nicht, obwohl wir ja Beschlussfassungen darüber haben, dass diese prioritären Maßnahmen eben auch beschleunigten Bauverfahren unterliegen sollen. Seitdem befassen wir uns bei uns in der Behörde eben auch mit der Prüfung von Alternativen, aber ich werde natürlich einen Teufel tun, jetzt hier irgendwelche Dinge spekulativ in den Raum zu stellen, um sie mir dann nachher wieder vorwerfen zu lassen, also werden wir über solche Alternativen erst dann sprechen, wenn sie konkret sind!

# (Beifall SPD)

Gleichzeitig ist es so, dass die Errichtung der Mobilhalle bislang ja auch niemand in Zweifel gezogen hat, sondern sie eben für das kommende Schuljahr, nämlich das Schuljahr 2020/2021, weiterverfolgt wird.

Bildungspolitisch gibt es des Weiteren auch überhaupt gar keinen Zweifel, wie bedeutend Bewegung für den guten Bildungserfolg ist. Das haben wir hier eben gehört. Sonst würden wir uns nicht an vielen Stellen immer wieder darum bemühen und insbesondere ja auch mit den Schulen im Bremer Westen versuchen, seit Jahren Lösungen zu finden, wie wir es ermöglichen können, dort eben auch mehr Schulsport zu realisieren. Die Lage in

Gröpelingen und die Maßnahmen vor Ort haben ja auch dazu beigetragen, dass durchaus noch in umfänglichem Maße Sport erteilt wird, und wir kommen aus der Engpasssituation auch in absehbarer Zeit hinaus.

Die Sporthalle an der Alwin-Lonke-Straße wird im Sommer dieses Jahres fertig, ebenfalls die Halle an der Neuen Oberschule Gröpelingen, die Sporthalle der Grundschule an der Oslebshauser Heerstraße, die dort auf dem Gelände ist, wird im Anschluss saniert und bis etwa Ende des Jahres 2020 fertig sein. Der Ohlenhof wird im Frühjahr 2021 mit seiner Sporthalle fertig sein, sodass wir dann auch eben in einen Zustand kommen, in dem diese Engpässe Stück für Stück entsprechend abgebaut werden können.

# (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt erlauben Sie mir zum Schluss bitte noch ein persönliches Wort! Ausgerechnet mir vorzuwerfen, dass wir die Lage in Gröpelingen nicht ernst nehmen und es ein Stadtteil ist, der uns nicht interessiert, weil dort arme Menschen wohnen, ist wirklich eine derartige Verdrehung von Tatsachen, dass ich gar nicht weiß, wie man das noch höflich formulieren soll!

# (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Alle, wirklich alle Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren bildungspolitisch unternommen haben, dienten explizit der Tatsache, denjenigen Kindern und Jugendlichen zugutezukommen, die in dieser Stadt nicht auf der goldenen Seite leben, und das waren insbesondere eine Lex Gröpelingen und eine Lex Blumenthal.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Hier einen kausalen Zusammenhang herzustellen, liebe Frau Vogt, das ist wirklich unter aller Würde! – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU)': Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Senatorin, Frau Vogt jetzt vorzuwerfen, sie verdreht es nach Ihrem Wortbeitrag, das ist schon ziemlich abenteuerlich, was Sie da sagen!

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Verdrehen können Sie doch auch! Das machen Sie doch gerade!)

Frau Vogt hat im Prinzip für ihre Art sehr sachlich diesen Missstand dargelegt.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin, wenn Sie jetzt behaupten, mit der Mobilbauhalle wäre das alles so, dann ist es, wie schon gesagt: Ich weiß nicht, wo in Bremen Sie in den letzten drei, vier Jahren waren. Entschuldigen Sie bitte, die Hallensituation im Bremer Westen – und da zähle ich jetzt im weitesten Sinne Gröpelingen noch mit – ist schon im Jahr 2013 in einem katastrophalen Zustand gewesen! Das ging schon los mit dem Abgang der Föhrenbrok-Halle, als im Prinzip durch politisches Versagen das Geld für ein Sanierungskonzept nicht überwiesen wurde.

(Zuruf Abgeordnete Rosenkötter [SPD])

Somit stand die Halle vier Jahre lang leer, sie vergammelte und ist jetzt abgängig. Sie haben jetzt nicht nur keine Halle mehr, sondern Sie müssen die Entschuldung bezahlen, die Stadt muss dann auch noch den Abriss bezahlen, und mit den 100 000 Euro, lieber Herr Zenner: Wir wären glücklich, wenn es nur so viel kostet. Das ist die nächste Frage.

Dann geht es weiter mit dem Brand. Der Brand war im November 2016. Dann war bei der ersten Sitzung im Beirat allen klar – –.

(Abgeordnete Rosenkötter [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Jetzt bitte nicht, Frau Rosenkötter, Sie können gleich eine Kurzintervention machen, ich habe nicht so viel Zeit!

Ich kann das auch gern noch einmal genau chronologisch darstellen. Im Jahr 2016 war der Brand, und im Jahr 2017 war die erste Sitzung im Beirat. Da war schon ziemlich klar, dass wir Schwierigkeiten haben werden, im Park einen Standort für eine neue Sporthalle zu finden. Dann waren es auch nicht findige Geschäftsleute, sondern es war der Beirat, und es war der örtliche Sportverein, die Vorschläge gemacht haben, und der Sportverein hat daraufhin, weil keine Fläche zur Verfügung stand, dem Ressort einen Vorschlag im Sommer, im Juni, 2017 für eine Fläche auf der Sperberstraße gemacht, wo die Mobilbauhalle gebaut werden sollte. Nicht nur, dass die Bildungsbehörde das abgelehnt

hat – das hätte man ja machen können –, nein, sie hat es einfach ignoriert! Man hat gar keine Antwort bekommen. Dann wurde gesagt, na ja, das ist alles schwierig.

Dann wurde ein konkretes Angebot vom Sportverein gemacht, die Halle selbst zu bauen und langfristig an das Bildungsressort vermieten. Dann hätten wir nämlich schon in diesem Schuljahr 2017/2018 eine Zweifachsporthalle auf dem Gelände an der Sperberstraße für den Schulsport haben und dann in Ruhe im Park noch weitersuchen können. Auch dieses Angebot wurde von Ihrer Behörde ja noch nicht einmal beantwortet. Sie haben es einfach ignoriert. Ihr Staatsrat wusste bei einer Befragung doch gar nichts davon, dass es fünf Standortprüfungen gab, er redete immer von vier, als er darauf angesprochen wurde, also erzählen Sie mir doch jetzt nichts! Es war auch nicht der findige Geschäftsmann, nein, es war der Beirat in Gröpelingen, und es war der Sportverein in Oslebshausen!

(Beifall CDU, DIE LINKE, FDP)

Die sind auf die Suche gegangen, weil Sie dazu nicht in der Lage waren oder einfach ignorant waren, ich weiß nicht, was es ist, ich weiß nicht, was es war. Es ist einfach nur komplettes politisches Versagen!

Ich sage Ihnen, wir bemerken jetzt schon im Bremer Westen die aus der Sporthallenmisere heute resultierende Bewegungsarmut. Das führt zu Übergewicht, zu psychomotorischen Störungen, zu Stress, zu Krankheitsanfälligkeit, zu Konzentrationsschwächen und seelischen Erkrankungen, und Sie allein – Sie allein! –tragen dafür die politische Verantwortung!

(Beifall CDU - Unruhe SPD)

Sie haben jedes Angebot, das aus der Gesellschaft heraus kam, einfach ignoriert.

Ich habe noch ein bisschen Zeit, dann kann ich das mit der Föhrenbrok-Halle noch einmal erklären: Die Föhrenbrok-Halle war in einem miserablen Zustand, schon seit Jahren. Daraufhin hat es ein Sanierungskonzept des Sportvereins gegeben, das in großer Weisheit von der Sportdeputation genehmigt wurde. Wir entsinnen uns, das war Ende 2013/Anfang 2014, aber leider wurde das Geld mit irgendwelchen Verwaltungstricks nicht ausgezahlt!

# (Zurufe SPD)

Natürlich stimmt das! Erzählen Sie nichts, natürlich stimmt das! Dann sollte eine ganzheitliche Betrachtung gemacht werden mit Architekten und so weiter, was man machen kann, was noch einmal zusätzlich 150 000 Euro kosten sollte, aber das Geld war gar nicht da! Dann kam die Wahl 2015, dann kam dies, dann kam jenes, und jetzt ist die Halle in dem Zustand, in dem sie ist! Ganz einfach! Das sage ich Ihnen ganz ehrlich: Das ist rein politisches Versagen!

#### (Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Das hat nichts mit Geld zu tun, das hat nichts mit Situationen zu tun. Uns fehlte in Gröpelingen und Oslebshausen einfach der politische Wille, dass Leute sagen, wir machen das jetzt so, denn das machen wir für unsere Kinder, und das machen wir für unsere Jugendlichen, das machen wir! Das hätte ich von Ihnen erwartet, übrigens von Frau Stahmann auch, nicht mehr und nicht weniger!

# (Beifall CDU)

Sie haben nicht das Recht, sich hier hinzustellen und zu sagen, dass das Ihr Schwerpunkt ist. Soll ich das den Kindern heute erzählen, die jetzt draußen herumhüpfen müssen, weil sie keine Sporthalle haben? Soll ich ihnen sagen, dass das Ihr Schwerpunkt ist? Na, vielen Dank!

# (Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Vogt.

Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)'): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, wenn Sie zugehört haben, ich habe abschließend gesagt, man muss betrachten, in welchen Zusammenhang diese Entscheidung fällt, dass die mobile Sporthalle nicht zum 1. August kommt, am 13. Februar 2019 wurde sie ja verkündet: Der Beirat Gröpelingen sah sich gezwungen, drei Projekte, die überhaupt nicht in Ihrem Verantwortungsbereich liegen, davon unter anderem eines in Oslebshausen, nicht mehr weiter fortzuführen, weil 40 000 Euro fehlten. Wir haben daraufhin im Jugendhilfeausschuss einen Antrag gestellt. Ich bin gebeten worden, da auch irgendwie ein bisschen höher heranzugehen, das habe ich gemacht, und es wurde jetzt für diese drei Projekte Abhilfe geschaffen, aber in diesem Zusammenhang steht die von Heiko Strohmann eben beschriebene Situation mit den Sporthallen.

Ich habe eben, nachdem Sie sich den Schuh angezogen haben - -. Ganz ehrlich, wir waren in der letzten Woche in Gröpelingen in dieser Veranstaltung, da haben mir die Veranstalter hinterher noch erzählt, Sie haben die Leute gebeten, nichts zur Sporthallensituation zu sagen, weil Sie sie nicht noch mehr zusätzlich belasten wollten. Sie haben ja gesagt, heißer Stuhl für die Senatorin, aber so viel dazu! Wir haben alle nichts dazu gesagt, aber Heiko Strohmann hat es aufgezählt. Wir wissen ganz genau, wir haben wer weiß, wie viele Berichtsbitten gestellt. Ich habe eben noch einmal versucht nachzuschauen, was wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben. Allein in dieser habe ich, glaube ich, drei- oder viermal die Fragestunde bemüht, ich habe diverse Berichtsbitten gestellt, ich habe den Leiter des Sportamts zur Schulstandortplanung im November mit in die Deputation eingeladen. Ich habe gesagt, die Sporthallenplanung muss genauso prioritär behandelt werden, weil mich das schon bei der Schulstandortplanung im Frühjahr bei den Regionalkonferenzen gestört hat, dass es da immer hieß, das machen wir, dann wurde uns bei den Regionalkonferenzen gesagt, die Sporthallenplanung fangen wir im September an. Nichts ist bis heute passiert!

Jetzt kommen wir zurück auf Gröpelingen und Oslebshausen: Am 20. September 2018 haben der Bildungs- und der Bauausschuss des Beirats Gröpelingen getagt, und zwar in der besagten Oberschule, wo am 22. November 2016 die Halle abgebrannt ist. Da gab es natürlich eine große Diskussion um den endgültigen Standort der neuen Halle. Darüber will ich gar nicht reden, aber es gab auch von Ihrem Haus immer wieder irgendwelche Vorschläge für Interimsstandorte, die damals schon so oft im Beirat gefallen sind und schon so oft ad absurdum geführt worden sind, wie etwa dieser Interimsstandort in einem Gewerbegebiet, der wahnsinnig teuer geworden wäre und Bremens Haushalt natürlich auch belastet hätte. Da haben alle Menschen vor Ort nicht nur ich als Abgeordnete! - gesagt, das kann man überhaupt nicht darstellen, weder in Bezug auf die Wege für die Schule noch überhaupt als Haushaltsgesetzgeber.

Dann ist am 20. September der Beschluss gefallen, dass diese Interimshalle, also diese mobile Halle, auf dem Gelände des SVGO in der Sperberstraße entstehen soll. Dann haben wir darüber im November in der Deputation, als der Leiter des Sportamts da war, geredet. Dann hat der Senat am 15. Dezember diesen Beschluss gefasst.

Die haushalterischen Beschlüsse haben wir, Frau Rosenkötter, allerdings tatsächlich am 16. Januar in der Bildungsdeputation und eine Woche später im Haushalts- und Finanzausschuss gefasst. Da hieß es in der Vorlage zum SoProSchul II, dass diese mobile Sporthalle zum 1. August 2018 da ist, damit da der Schulsport für die Oberschule im Park endlich wieder aufgenommen werden kann, und am 13. Februar – keinen Monat später! – gehen Ihre Vertreter Ihrer Behörde in die nächste Bildungs- und Bauausschusssitzung des Beirats Gröpelingen und erzählen, nein, das könne nicht realisiert werden. Ich habe das aus der Sitzung zitiert, da wurde gesagt, das könne personell im Ressort nicht dargestellt werden, weil im Moment die Errichtung der Mobilbauten für die Schulklassen Priorität habe. Sie müssen sich hier nicht wundern, wenn ich das zitiere, wenn es da gesagt wird, und wenn es dafür wieder einmal - zum xten Mal! - andere Gründe gibt, und wenn es wieder Fledermäuse sind oder was auch immer, dann, finde ich, gehört es auch zur Pflicht des Ressorts, den Beirat darüber richtig aufzuklären. Wenn da gesagt wird, wir können es nicht darstellen, weil uns die personellen Ressourcen im Ressort fehlen, dann nehme ich das erst einmal zur Kenntnis, und dann ist das für mich Anlass einer Aktuellen Stunde.

# (Beifall DIE LINKE)

Seit 2013 wird in diesem Stadtteil nicht mehr nach der Stundentafel Sport unterrichtet, und die Tatsache, wie viele Mitglieder der SVGO schon verloren hat, weil auch er diese Hallen nicht mehr nutzen kann, wurde hier auch schon mehrfach thematisiert. Ehrlich gesagt, ich finde, das ist keine hohe Priorisierung! Das ist keine hohe Priorisierung, das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen, genauso wenig wie bei der Alwin-Lonke-Straße. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Rosenkötter.

Abgeordnete Rosenkötter (SPD)': Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den Wert von Spiel, Sport und Bewegung brauchen wir, glaube ich, hier überhaupt nicht zu streiten. Übrigens, Spiel, Sport und Bewegung sind natürlich in der Halle wunderbar, aber es funktioniert auch bei besserem Wetter durchaus einmal draußen. Das nur als Vorbemerkung!

Ich will auch über die Standortfrage oder über die Standortsuche und die Hemmnisse, die da möglicherweise eine Rolle spielen – –. Vielleicht ist es eine Idee, liebe Frau Vogt, dass man auch einmal IB einlädt und mit den Vertretern dann konkret darüber spricht, welche Hemmnisse bestehen oder welche Voraussetzungen notwendig sind, um die Mobilhalle an der Sperberstraße errichten zu können. Ich glaube, es macht Sinn, wenn man sich dann mit den Fachleuten auseinandersetzt.

(Beifall DIE LINKE)

Was mich wirklich richtig ärgert, Herr Strohmann, ist das, was Sie hier erzählen. Ich mache das jetzt sehr persönlich.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja, bitte!)

Wir haben endlose Gespräche geführt, nämlich nach dem Zusammenschluss von Grambke und Ihrem Verein. Sozusagen das Brautgeschenk, man kann vielleicht auch sagen, das vergiftete Brautgeschenk war die Halle Föhrenbrok. Sie kannten sie, Sie haben sie mit dem Verein bekommen.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja!)

Um das noch einmal ganz klarzumachen, Sie hatten eine Idee, für einen bestimmten Betrag, der sich auf etwa eine halbe Million Euro belief, diese Halle zu sanieren.

(Zurufe CDU – Zuruf SPD: Doch! – Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Ich zeige Ihnen die Unterlagen, die Sie mir damals gegeben haben.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: 338 000 Euro! Das war der Bescheid von der Sportdeputation 2014!)

Sie haben etwas aufgemacht, was eine Gesamtsumme von 450 000 Euro hatte, um das einmal ganz klar zu sagen! Wir haben sehr viel darüber geredet. Wir haben auch darüber geredet, ob man eine Teeküche und so weiter braucht und alles andere. Auf dieser Halle lagen/liegen 300 000 Euro und noch ein bisschen Bürgschaft aus der Errichtung. Ich bin bei Ihnen in einer Mitgliederversammlung gewesen, da waren 300 Leute, die alle ziemlich aufgeregt waren, und ich habe gesagt, ich setze mich dafür nachdrücklich ein, dass Sie diese etwa 300 000 Euro erlassen bekommen. Dank an die Finanzsenatorin, Dank an die Sportsenatorin,

aber vor allem Dank an den Haushaltsgesetzgeber: Das ist passiert!

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Vielleicht darf ich jetzt zu Ende reden! Dann hat es noch unter der Leitung eines anderen im Sportamt eine Zusage gegeben und einen Beschluss, dass Sie 260 000 Euro – ich weiß es nicht mehr genau – bekommen sollten für bestimmte Maßnahmen.

(Zuruf SPD: Genau!)

Dieses Geld ist an Ihren Standort für einen Sportplatz, für einen Fußballplatz geflossen,

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Das ist ja wohl eine Frechheit!)

also reden Sie doch hier nicht darüber, dass alles nicht passiert ist!

Noch einmal, um das klarzumachen, uns geht es sehr wohl darum, die Vereine zu schützen, die Vereine zu unterstützen. Dazu gehört natürlich auch der SVGO, aber ich finde es nicht redlich, hier Dinge auf den Tisch zu legen, die so nicht gewesen sind, und darum bitte ich Sie! – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dogan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

# Konsensliste Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. Februar 2019

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Bremen soll eine Solidarity City werden! Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. Januar 2019 (Drucksache 19/909 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Fries.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)<sup>1</sup>: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Sie sehen, wir sind vielseitig. Vorhin in der Kita-Debatte haben Sie ja unsere sehr pragmatische Seite gesehen. Jetzt sehen Sie unsere radikale Seite, wie dieser Antrag zeigt, jedenfalls ist er es, wenn es radikal ist, allen Menschen soziale Grundrechte zu gewähren, unabhängig von ihrem Pass. Der Antrag ist radikal, wenn es radikal ist, alle Kinder in Kitas aufzunehmen. Er ist es, wenn es radikal ist, alle Menschen zu behandeln, wenn sie krank sind, denn das ist der Grundsatz einer solidarischen Stadt: allen Menschen, die in ihr wohnen, die gleichberechtigte Teilhabe und Existenzsicherheit zu gewährleisten!

(Beifall DIE LINKE)

Weltweit gibt es über 250 Städte, die sich zu solidarischen oder Zufluchtsstädten erklärt haben. Es gibt eine lange Tradition dieser Städte. Bereits in den Siebzigerjahren bildeten sich in den USA sogenannte Sanctuary Cities, also Zufluchtsstädte, die sich der Abschiebepolitik der Zentralregierung widersetzten. Dazu gehören Chicago, Los Angeles, Toronto oder New York, und die inakzeptable Politik Trumps von inhaftierten Kindern und Mauerbau zeigt, wie nötig es ist, dass die Kommunen Schutzzonen für die Prekärsten der Gesellschaft errichten.

(Beifall DIE LINKE)

Heute hat zum Beispiel New York einen Stadtausweis, der von allen städtischen Behörden und einigen Privatunternehmen akzeptiert ist. Diese New York City-ID gewährleistet Zugang zu den Sozial-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen der Stadt, sie kann zum Eröffnen eines Kontos, zum Anmieten einer Wohnung oder für die Bewerbung auf einen Arbeitsplatz benutzt werden.

In Europa haben sich viele Städte zu solidarischen Städten erklärt, darunter Athen, Barcelona, Zürich, Oxford oder Berlin. Die rebellischen Bürgermeister von Napoli, Palermo oder Riace opponieren gegen die menschenverachtende Politik der geschlossenen Häfen und des Bruchs des internationalen Seerechts durch den italienischen Innenminister Salvini. Die deutschen Stadtstaaten haben sich zu sicheren Häfen erklärt und stellen sich auch damit gegen die Abschottungspolitik des Innenministers Seehofer.

# (Beifall DIE LINKE)

All das ist richtig, und man möchte sagen, das einzig Richtige, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir von Subsidiarität sprechen, wenn die Kommunen diejenigen sind, die Sozialleistungsträger sind, die Geflüchtete aufnehmen, die Sozialwohnungen, Kitas und Schulen bereitstellen, dann ist es nur legitim, dass sie auch bestimmen, wer Zugang dazu erhalten soll und ob sie überhaupt jemanden davon ausschließen wollen. Nicht die Städte sind rebellisch, die das tun, sondern die Innenminister sind borniert, die es den Kommunen nicht erlauben, ihre demokratischen Beschlüsse umzusetzen.

# (Beifall DIE LINKE)

Während der wochenlangen menschenverachtenden Odysseen geretteter Geflüchteter im Mittelmeer – erst jetzt zu Weihnachten – erklärten sich viele Städte bereit, sie aufzunehmen; Düsseldorf, Köln, Bonn, Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Bielefeld, Potsdam, Offenbach, Osnabrück, Rostock, die Liste ließe sich fortsetzen. Die Liste der Städte ist lang, die bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen. Wir finden, Seehofer muss auf sie hören und nicht andersherum.

# (Beifall DIE LINKE)

Wir begrüßen deshalb, dass Bremen, Hamburg und Berlin sich am 26. September 2018 zu sicheren Häfen erklärt haben. Berlin ist inzwischen weiter gegangen und ist dem Solidarity-City-Netzwerk beigetreten. Wir schlagen Ihnen heute vor, dass Bremen das auch macht. Damit finden wir uns in guter Gesellschaft mit den grünen Abgeordneten, die schon im August einen Brief an den Senat geschrieben haben und ihn auffordern, Bremen zur solidarischen Stadt zu machen.

Wir glauben allerdings, dass es nicht reicht, die Aufnahmebereitschaft zu erklären und ein Schild "Sicherer Hafen" oder "Solidarische Stadt" vor den Stadteingang zu stellen, nein, es muss sich auch die Praxis in der Stadt verändern.

# (Beifall DIE LINKE)

Es bringt ja wenig, Schutzsuchende aufzunehmen, wenn sie hinterher in die aufenthaltsrechtliche Illegalität rutschen, ihnen der Ausschluss von Sozialleistungen oder Abschiebung drohen.

Handlungsbedarf haben offenbar auch die grünen Kolleginnen und Kollegen erkannt, denn sonst hätten sie ja den Senat nicht dazu aufgefordert. Wir haben uns die Mühe gemacht, in vielen Bereichen ausführlich zu definieren, was es eigentlich bedeutet, eine solidarische Stadt zu sein, denn wir glauben, dass zum Beispiel der Betrieb des Zeltcamps in der Gottlieb-Daimler-Straße bis zum Oktober 2018 bei gleichzeitig frei stehenden Festunterkünften zeigt, dass solidarisches Verwaltungshandeln eben keine Selbstverständlichkeit ist, auch nicht bei einer grünen Senatorin, und es gibt mehr Beispiele.

Wir wollen, dass Kinder von Papierlosen in die Kitas aufgenommen werden. Das ist im Moment überhaupt nicht vorgesehen, weder im Aufnahmeverfahren noch bei der Festsetzung der Beiträge. Wir wollen nicht, dass Kinder in Obhut genommen werden, nur weil ihre Eltern obdachlos sind, wie es Frau Senatorin Stahmann hier im Dezember in der Bürgerschaft zugegeben hat. Wir wollen, dass alle Schulpflichtigen auch in die Schule gehen, und zwar auch diejenigen, die in der ZASt leben, oder auch diejenigen, die sich nicht der Verteilung unterwerfen und zurück nach Bremen kommen. Im Moment werden sie erst beschult, wenn das Jugendamt bezahlt, in das sie verteilt wurden. Das kann Monate dauern, auch das haben wir in der Sozialdeputation besprochen.

Wir wollen also die radikale Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention, denn die Kinder sind diejenigen, die am wenigsten für ihre Situation können. Wir wollen, dass hier alle Rechte angewendet werden.

# (Glocke)

Ich werde Ihnen noch weitere Beispiele nennen, was getan werden muss – oder sie stehen im Antrag, wenn Sie ihn gelesen haben –, um Bremen zu einer solidarischen Stadt zu machen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grotheer.

Abgeordnete Grotheer (SPD)': Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Leonidakis, ich habe einmal gelernt, wenn man nicht überzeugen kann, dann soll man verwirren. Wunderbar, das haben Sie prima geschafft an dieser Stelle!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will kurz ausführen, wie ich dazu komme: Bremen ist jetzt bereits eine Solidarity City im besten Sinne. Solidarität gehört zu uns und ist Teil dessen, was Bremen auszeichnet. Bremen ist eine weltoffene und lebenswerte Stadt, dies zeigt auch ein Blick in die jüngste Geschichte. Die Solidarität der bremischen Zivilbevölkerung, der Vereine, der Organisationen und Initiativen während der angespannten Flüchtlingssituation der vergangenen Jahre war herausragend und fordert größten Respekt und Anerkennung!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie hat maßgeblich zum Gelingen im bremischen Umgang mit der Zuwanderung der letzten Jahre beigetragen.

Auch die Bremische Bürgerschaft hat sich in dieser Legislaturperiode in verschiedensten Debatten mit Flucht, Fluchtursachen und der ganzheitlichen Aufgabe der Integration befasst. Nur beispielhaft sei hier auch auf die koalitionären Initiativen zum europäischen Grundrechteschutz, zu den Bildungsund Beschäftigungsperspektiven junger Geflüchteter, zu der Qualitätssicherung von Sprachkursen oder sogar auf den gemeinsamen Antrag der LINKEN, der SPD und der Grünen zur Seenotrettung verwiesen. Passend dazu ist auch der Beschluss des Senats bezüglich des Beitritts Bremens zur Initiative Solidarity Cities zu verstehen.

Bereits am 11. Dezember 2018 wurde eine Teilnahme Bremens an diesem Bündnis, das sich für einen solidarischen und verantwortungsvollen Umgang mit der Flüchtlingssituation sowie die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern einsetzt, in die Wege geleitet. Beim Bündnis Solidarity Cities handelt es sich um ein Städtenetzwerk, das im Jahr

2016 auf Initiative des Bürgermeisters von Athen – und in diesem Netzwerk ist er Mitglied und ist auch Athen Mitglied! – unter dem Dach des europäischen Städteverbundes Eurocities gegründet wurde.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Es hebt die besondere Führungsrolle der Städte bei der Bewältigung der Herausforderungen rund um die Flüchtlingssituation hervor und fordert in seinem Grundsatzpapier, dass die Anstrengungen von Städten bei der Integration von Geflüchteten sowohl politisch als auch finanziell mehr Unterstützung erhalten sollen. Das Bündnis Solidarity Cities will in diesem Sinne Ressourcen bündeln, Kompetenzen teilen und sich politisch für die nachhaltige Integration von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene einsetzen. So weit sind wir ja vielleicht derselben Ansicht. Der für den Beitritt Bremens zu diesem Bündnis nötige Letter of Commitment wird derzeit, so habe ich gehört, durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Abstimmung mit der Senatskanzlei erarbeitet.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Januar hat nun DIE LINKE den Antrag "Bremen soll eine Solidarity City werden!" in die Bremische Bürgerschaft eingebracht, der heute diskutiert wird, und obwohl die Namen der Initiativen fast gleich klingen, bezieht sich dieser Antrag auf eine andere Initiative, nämlich auf eine zivilgesellschaftliche Bewegung - Sie haben es eben schon angesprochen -, die bereits seit den Siebzigerjahren besteht und nach dem Vorbild der Sanctuary Cities in den USA inzwischen über lokale Bündnisse in über 250 Städten weltweit verfügt. Die unter dem Namen Solidarity City agierenden lokalen Netzwerke bestehen oft aus antirassistischen Initiativen, Flüchtlingsräten, Wohnrauminitiativen und vielen Einzelpersonen, die sich gemeinsam für den Zugang zu Grundversorgung, Bildung, politischer Mitbestimmung und Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus einsetzen. Dabei hat insbesondere der Kampf gegen Abschiebung oft einen wichtigen Stellenwert.

Vielleicht auch der namentlichen Ähnlichkeit geschuldet – ich sage noch einmal, wer nicht überzeugen kann, verwirrt besser –, kommt es im Antrag mehrfach zu Verwechslungen der beiden Initiativen. So wird in der Fußnote die Webseite des europäischen Städtebundes Solidarity Cities zitiert, und

der Beschlusstext fordert, dem europäischen Städteverbund Solidarity Cities beizutreten, obwohl sich der Antrag in der Bremischen Bürgerschaft ansonsten klar auf das zivilgesellschaftliche Bündnis Solidarity City bezieht. Aufgrund dieser inhaltlichen Unsauberkeiten – Ziffer 1 zum Beispiel bezieht sich unserer Auffassung nach auf die aus unserer Sicht falsche Initiative, Ziffer 2 ist bereits Beschlusslage – und des beschriebenen, bereits bestehenden beziehungsweise in die Wege geleiteten bremischen Engagements werden wir den Antrag der LINKEN ablehnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ablehnen werden wir den Antrag der LINKEN darüber hinaus auch, weil wir den aus Maximalforderungen bestehenden Forderungskatalog in Ziffer 4 in vielen Bereichen nicht teilen.

(Glocke)

Letzter Satz: Hier versucht man, uns unter dem Deckmantel der Solidarität – gefühlt – ein halbes Wahlprogramm unterzuschieben, was wir in dieser Form weder mittragen wollen noch können. Ich darf Sie fragen – es gibt ja eine zweite Runde –, ob Sie mir sagen können, ob Thüringen, Brandenburg, Eisenach, Halberstadt, Borna und Frankfurt/Oder bereits Mitglied dieser Initiative sind, die Sie da fordern! – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, Frau Grotheer, dass Sie es schon gesagt haben, hier steht das Wahlprogramm der LIN-KEN verklausuliert in einem Antrag. Man kann ja gern darüber reden, wenn man Koalitionsverhandlungen führt, aber ich glaube, wir werden mit der LINKEN an dieser Position nicht auf einen Nenner kommen, denn diese Art von Solidarität haben wir nicht. Wir haben da ein gänzlich anderes Verständnis.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Das stimmt! – Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: So viel ist schon einmal sicher!)

Wir wollen, dass Menschen zu ihren Rechten kommen, und als Erstes ist nicht die Solidarität ihr Recht, sondern erst einmal sind es die Menschenrechte, sie sind universell und unteilbar, sie werden hier in Bremen gewährleistet und stehen allen zu.

(Beifall FDP)

Dazu gehört beispielsweise auch der Gesundheitsschutz. Tun Sie doch nicht so, als ob nicht jeder Mensch, der hier ist, gesundheitlich versorgt wird, wenn er einen Notfall hat!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben extra Sprechstunden im Gesundheitsamt und dafür gesorgt, dass die Stellen besetzt wurden, als sie wenig besetzt waren, damit die Menschen in akuten Fällen versorgt werden. Dass Menschen, die einen besonderen Aufenthaltsstatus haben, nicht alle Leistungen unseres Gesundheitssystems in Anspruch nehmen und nehmen können, steht auf einem anderen Blatt. Das ist schlichtweg so, weil unser Gesundheitssystem natürlich darauf ausgelegt ist, dass die Menschen langfristig hier sind, und bei einigen wird dieser Aufenthaltsstatus noch geklärt. Das verstehen wir aber auch, und das können wir nachvollziehen.

Wir sind auch mit langen Asylverfahren und ungeklärten Zuständen unzufrieden, wir wünschen uns ein Einwanderungsrecht, und wir wünschen uns eine klare Regelung, dass nicht so viele Leute, die hierher aus wirtschaftlichen Gründen kommen, den Bypass über das Asylrecht nehmen müssen und am Ende keinen Spurwechsel machen können. Da wünschen wir uns eine Änderung, aber das heißt doch nicht, dass wir hier in Bremen eine Stadt sind, wie Sie sie gezeichnet haben. Selbst wir Freien Demokraten können doch nicht behaupten, und wir würden es auch nie behaupten, dass hier Flüchtlinge nicht aufgenommen worden sind. Bremen ist damit vorbildlich umgegangen,

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

hat hier eine besondere Leistung gebracht, und insofern, kann ich nur sagen, malen Sie ein Bild einer Stadt, die ich nicht wiedererkenne, in der ich nicht lebe, und ich bin hier ziemlich häufig.

(Heiterkeit)

Insofern wundere ich mich, wo Sie denn leben und welche Wahrheiten Sie da aufnehmen.

Natürlich ist es so, dass wir Teil der Bundesrepublik Deutschland sind, das muss man auch noch einmal ganz klar sagen.

(Beifall CDU – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Finde ich qut!)

Was Sie fordern, ist schlichtweg, dass wir einen Teil des Rechts der Bundesrepublik Deutschland ignorieren sollen. Wir sollen eigene Pässe ausgeben, da sind Sie ja nahe an den Reichsbürgern. Insofern müssen wir uns doch in der Tat die Frage stellen – –.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Was ist denn das für ein Vergleich?)

Ja, die Reichsbürger machen auch eigene Pässe, erklären Teile des Bundesrechts für Unrecht und halten sich nicht daran!

(Unruhe DIE LINKE)

Ich will natürlich nicht sagen, dass Sie in eine rechte Ecke gehören, sondern sich nur in diesem Punkt verhalten wie Reichsbürger, und dazu stehe ich auch!

(Abgeordnete Strunge [DIE LINKE]: Also ist New York genauso wie die Reichsbürger, oder was soll dieser Quatsch?)

Ach, ich glaube, Sie wollen den Vergleich nicht verstehen! Ich weiß ja, dass jeder Vergleich hinkt, aber ich glaube, das, was ich sagen wollte, ist bei Ihnen sehr gut angekommen. Sie wollen, dass wir hier eigene Pässe ausgeben und uns an manchen Stellen außerhalb des Rechts der Bundesrepublik Deutschland stellen, und das wollen wir nicht! Wir haben damit natürlich auch eine Verpflichtung. Wir haben kein eigenes Asylrecht. Wir sind an die deutschen Regelungen und an die Regelungen im Schengen-Raum gebunden, klar, aber weil wir gern Mitglied der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union sind, machen wir das mit, weil es auch richtig ist, das zu tun, und deswegen machen wir auch kein eigenes Bremer Einwanderungsrecht und kein eigenes Bremer Zuwanderungsrecht.

Wenn Sie dann aber einmal genau hinsehen, welche Länder bei Abschiebungen wie agieren, dann können Sie doch wahrlich nicht behaupten – wir kritisieren, dass der Senat da zu wenig tut, ja! –, Bremen sei an der Stelle eine unsolidarische Stadt

und müsste einem Bündnis beitreten, das Sie hier für Ihre Wahlkampfzwecke gut nutzen.

Insofern noch eines: Bremen ist eine Stadt, die sehr besonders ist. Eines aber dürfen Sie nicht tun, und das tun Sie von der LINKEN: Sie überfordern die Menschen, die das System hier finanzieren und tragen. Sie überfordern mit Ihren Forderungen die Mitte der Gesellschaft, und diesen Sozialismus können sich die Bremer Bürger nicht leisten. Sie werden ihn sich auch nicht leisten, und sie werden Sie da auch nicht in der Menge unterstützen, denn sie wissen, wenn sie Sie wählen, dass ihnen dann das Geld ausgeht. Das geht nämlich immer so, wenn man die Linken wählt.

(Heiterkeit, Beifall FDP, BIW)

Irgendwann ist das Geld der anderen Leute alle, und man hat Probleme. – Danke sehr!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lübke.

Abgeordneter Lübke (CDU)': Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es schon bemerkenswert, dass meine beiden Vorredner dasselbe wie ich dachten, als sie diesen Antrag gelesen haben. Ich habe gedacht, das ist das Wahlprogramm der LINKEN oder tatsächlich eine Initiative.

Wie auch immer, bei einem solchen Antrag, der viele Ressorts betrifft und unzählige Forderungen aufstellt, ist ja die Gefahr immer groß, dass man sich dahinter nicht versammeln kann, deswegen wird es Sie nicht wundern, dass wir diesen Antrag ablehnen.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Ach, das habe ich vergessen zu sagen! – Heiterkeit – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Das ist bei Ihrer Rede auch offengeblieben! – Heiterkeit)

Ich glaube, Herr Kollege Dr. Buhlert, das ist deutlich geworden! Ich möchte noch einmal auf ein paar Beispiele eingehen und das begründen. Das sind ja über 30 Punkte, alle werde ich nicht schaffen.

Ich möchte nur eines ganz deutlich festhalten und sagen: Wir als Bundesland haben, aber auch auf Bundesebene haben wir in den letzten Jahren alles Menschenmögliche versucht, um Geflüchtete in einer Notsituation aufzunehmen und hier zu integrieren.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: Nein, haben wir nicht!)

Darum möchte ich auch noch einmal ganz deutlich sagen: Die Entscheidung von Angela Merkel im Jahr 2015, geflüchtete Menschen in Not aufzunehmen, war eine menschliche Entscheidung und absolut richtig!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Es ist richtig, dass in einzelnen Bundesländern in großen Teilen Ermessungsspielräume über Abschiebungen gelassen werden, das zeigt sich auch in Bremen, in den letzten Jahren wurden so gut wie keine Abschiebungen durchgeführt. Die Integration mittels Sprachförderung, Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt sowie sonstiger Unterstützungen sind der richtige Weg für die geflüchteten Menschen, die auf lange Sicht bei uns bleiben. Aber: Können und sollen wir das wirklich für alle machen? Für jeden kriminellen Flüchtling oder Gefährder, für jeden, der sein Land aus wirtschaftlichen Erwägungen verlässt, weil er denkt, in Deutschland habe er es besser? Diese Ausuferung oder sozusagen auch der Missbrauch von Hilfsbereitschaft und Solidarität kommen für uns als CDU nicht infrage.

# (Beifall CDU)

Dann schreiben Sie etwas von Ankerzentren. Meines Wissens sind keine geplant, und ich glaube, unsere Landesaufnahmestelle funktioniert. Daher ist ein Bekenntnis dazu völlig überflüssig.

Sie fordern – das wurde eben auch schon gesagt –, an einem Stichtag alle in Bremen wohnhaften papierlosen Personen zu legalisieren. Zum einen ergibt sich aus meiner Sicht aus dieser Forderung gar nicht, ob es sich dabei um einen einmaligen Vorgang handeln soll, was natürlich die Frage aufwirft, was mit neu Hinzugezogenen passiert. Zum anderen würde es aber auch bedeuten, dass jeder Illegale, egal ob er straffällig, rückkehrwillig oder auch bereits als Asylantragsteller abgelehnt und ausreisepflichtig ist, eingebürgert werden würde. Das, meine Damen und Herren, werden wir als CDU auf keinen Fall unterstützen.

Familiennachzug für alle in Bremen zu ermöglichen, ist auch eine ausufernde Forderung, der wir nicht zustimmen werden. Man hat sich auf Bundesebene sehr dafür eingesetzt, dass ein geregelter Familiennachzug stattfinden kann, um auch die gebotenen Integrationsmaßnahmen – das ist doch eigentlich das Entscheidende! – durchführen zu können

Dann kommen wir zu meinem Lieblingsthema, meine Damen und Herren, Racial Profiling! Sie von der LINKEN machen das ja immer irgendwie zum Problem. Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Bei der Bremer Polizei gibt es keine Kontrollen nur wegen der Hautfarbe und der Herkunft, auch wenn Sie das die Menschen immer glauben machen wollen!

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, vielleicht passt es nicht in Ihr Weltbild, das ist aber die Realität! Nicht das Aussehen einer Person, sondern ihr Verhalten und die Erfahrung veranlassen die Beamten zu einer Kontrolle, das können Sie mir aus Berufserfahrung glauben.

(Widerspruch Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Tuncel [DIE LINKE]: Da haben wir andere Erfahrungen!)

Ja, dann können Sie die Erfahrungen ja haben.

(Abgeordneter Pirooznia [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, haben wir leider!)

Meine Damen und Herren, Sie fordern keine Sanktionen im Rahmen der Leistungsgewährung. Wenn es keine Sanktionsmöglichkeiten mehr gäbe, würde man für Missbrauch Tür und Tor öffnen. Es gäbe keine Handhabung mehr, wenn sich Leistungsbezieher nicht mehr bei den zuständigen Sachbearbeitern melden, Unterlagen nicht vorlegen oder in betrügerischer Weise Geld einfordern. Wir finden, generell sind Sanktionen notwendig, da die Sozialleistungen von der Gesamtgesellschaft getragen werden und man für die finanzielle Unterstützung auch eine Gegenleistung erwarten kann.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: Die werden nicht von der Gesamtgesellschaft getragen, die werden von den Reichen und Vermögenden schon lange nicht mehr getragen!)

Das ist auch das Mindeste, was man von den Leistungsempfängern erwarten kann.

Im Ergebnis stelle ich fest: Sie würden gern jedem alles ohne Gegenleistung bezahlen. Da schließt sich natürlich die Frage an: Wie wollen Sie das eigentlich alles bezahlen? Ihre Forderungen sind aus meiner Sicht vollkommen utopisch und ohne Bezug zu irgendeinem Haushalt. Selbst der Haushalt zusammen mit den zusätzlichen 400 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich würde nicht im Ansatz für alle Ihre ideologischen Ideen und Vorhaben ausreichen. Ich könnte noch ewig so weitermachen, beschränke mich jetzt aber aus Zeitgründen darauf, dass wir den Antrag natürlich aus den soeben genannten Gründen ablehnen.

# (Beifall CDU)

Auch das ist eben schon benannt worden, wir halten ein Konzept wie das der Solidarity City schon aus inhaltlichen Gründen für völlig überflüssig. Wir sind ein soziales Bundesland, wir sind eine weltoffene Stadt, und ehrlicherweise finde ich, Bremen ist nicht so, wie Sie es hier darstellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Müller.

#### Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Leonidakis, es stimmt, wir lernen Ihre radikale Seite kennen. Das ist ein radikaler Antrag und auch die Forderung der Solidarity-City-Bewegung ist eine radikale Forderung. Lächerlich ist sie aber nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich bin sehr froh, dass jetzt in den letzten Minuten zumindest die Debatte von der Lächerlichkeit wieder etwas weggekommen ist.

Ich will es gleich vorweg sagen, auch die Fraktion der Grünen lehnt den Antrag ab, weil wir glauben, dass es für Bremen eben keinen Sinn macht, einer zivilgesellschaftlichen Bewegung wie der der Solidarity City beizutreten und weil wir die Grundannahme dieser Bewegung aus ganz grundsätzlichen Erwägungen nicht teilen. Dazu sage ich aber später noch einmal etwas.

Ich will lieber zunächst betonen, der Brief der grünen Abgeordneten, der ganzen Fraktion im Übrigen, aus dem letzten Jahr an den Senat – Sie haben ihn ja erwähnt – bezog sich auf die europäische Initiative Solidarity Cities, und da sind wir inzwischen ja, Gott sei Dank, auch Mitglied, darüber sind wir sehr froh. Welche hohe Bedeutung diese Initiative für europäische Städte hat, das will ich gleich noch ein bisschen erläutern.

Ich finde, dass die Bewegung Solidarity City, wie wir sie aus den USA kennen, nicht lächerlich ist, sondern in der Situation, in der viele amerikanische Städte unter der Trump-Regierung sind, von hoher Bedeutung. Das sind ehrenwerte Initiativen, ehrenwerte Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Vereinigten Staaten für die Rechte von Migranten und Geflüchteten einsetzen. In der Situation – und ich hoffe wirklich nicht, dass Sie das vergleichen wollen! – sind wir in Bremen aber bei Weitem noch nie gewesen und werden wir auch nie sein!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Deswegen, glaube ich, ist es wirklich fatal und gefährlich – nicht nur bei den einzelnen Beschlusspunkten, die Sie da alle auflisten, die suggerieren, in Bremen würde es Massenunterkünfte geben –, so zu tun, als hätten wir es nötig, Teil dieser Bewegung zu werden. Wir gehen in sehr vielen Punkten weit über die Forderungen dieser Initiative hinaus, und deswegen ist allein die ganze Auflistung des Wahlprogramms, wenn man so will, und der Beschlusspunkte für uns nicht tragbar. Deswegen lehnen wir den Antrag dann eben auch ab.

(Beifall SPD)

Wenn Sie in Beschlusspunkt eins tatsächlich die europäische Initiative European Solidarity Cities meinten, würden wir dem sogar zustimmen, aber man kann ja nicht sicher sein, dass Sie wirklich die europäische Initiative meinen. Das ist leider wirklich ein Manko dieses Antrags, denn die Bedeutung dieser Initiative ist nicht zu gering zu schätzen.

Wir wissen, dass es auch in anderen europäischen Ländern andere Einstellungen zu Geflüchteten gibt, als wir sie in Bremen pflegen. Wir denken an Warschau, wir denken an italienische Städte, an ungarische Städte. Frau Merkel hat die Grenzen nicht geschlossen, weil die Situation in Budapest ja so untragbar war. Wir sind ihr heute noch als grüne Fraktion dankbar dafür, dass sie sich damals dort eingemischt hat.

Viele europäische Städte sind eben Teil dieser europäischen Initiative geworden, weil sie gesagt haben, wir wollen uns für Geflüchtete einsetzen, wir haben Kapazitäten, wir sind willens, und wir bilden ein Netzwerk, um in einem europäischen Dialog dafür zu sorgen, dass die Haltung sich auch in anderen Ländern positiver ausgestaltet. Darüber hinaus – und das ist tatsächlich so eine Art Emanzipationsbewegung – erwarten Kommunen und Städte, dass sie auch selbst womöglich zukünftig entscheiden können, wie viele Geflüchtete sie aufnehmen wollen und können.

(Abgeordneter Schäfer [LKR]: Dann sollen Sie es auch selbst bezahlen!)

Ja, dann müssen Sie es auch selbst bezahlen. Das ist Teil des Dialogs dieser Städte, in der Tat! Die Frage ist aber: Bekommen wir so einen europäischen Dialog und so ein europäisches Netzwerk eigentlich hin? Da empfehle ich in der Tat, die Debatten im Ausschuss der Regionen anzuschauen, wo sich sehr viele dieser Städte und Kommunen regelmäßig mit dieser Thematik auseinandersetzen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

auch Bremen mit den beiden Vertreterinnen im Ausschuss der Regionen, und beraten, inwieweit sich die Integration von Geflüchteten in Städten nachhaltig organisieren und auch besser verknüpfen lässt. All die Städte, die ganz oft fälschlicherweise auf den Seiten der Solidarity-City-Bewegung aufgelistet werden und angeblich deren Teil sind, sind real Teil der europäischen Initiative und nicht der, die aus Nordamerika stammt.

Einen letzten Punkt, warum wir, obwohl wir Solidarity City, also die amerikanische Bewegung, ehrenwert finden, sie aber für die ganze Thematik von Rundumschutz von Geflüchteten für gefährlich halten, will ich auch noch erwähnen.

(Glocke)

Ich erwähne es trotzdem.

(Heiterkeit)

Ich spare mir auch die zweite Runde.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Okay! – Heiterkeit) Das ist ein Deal, nicht? Die Initiative pflegt ein Weltbild, das man als utopisch, wie es die CDU angesprochen hat, beschreiben kann, nämlich von einer Welt, in der wir keinerlei nationale Grenzen mehr haben, in der kein Mensch illegal ist und sich eben jeder Mensch allein und frei entscheiden kann, wo er oder sie leben möchte. Das mag man eine Utopie oder eine radikale Zukunftsvision nennen. Ich finde es ehrenwert, denn die Welt ist doch schön, wenn sich jeder Mensch selbst entscheiden kann, wo er oder sie lebt. Da leben wir jetzt noch nicht, aber als Utopie und als Abendveranstaltung, wie Sie das ja heute Abend auch machen, finde ich, kann man darüber trefflich diskutieren und philosophieren.

Für eine Übertragung in einen realpolitischen Raum, wie es ein Parlament ist, als Auftrag an eine Regierung, finde ich es dann aber doch relativ fragwürdig, weil dieses Konzept auch mit sich bringt, dass wir kein Asylrecht mehr haben werden, denn bei diesem Konzept braucht man kein Asylrecht. Wenn man also diese Debatte jetzt eröffnet, und zwar in Zeiten, in denen das Asylrecht von anderer Seite massiv unter Druck gerät, dann entscheide ich mich dafür, für das Asylrecht zu kämpfen und von einer Utopie der offenen Grenzen für alle erst einmal Abstand zu nehmen, und das sieht meine Fraktion ganz genauso. Natürlich wollen wir aber darin zum Beispiel Schutzrechte ausweiten, also Klimaflüchtlinge als Klimaflüchtlinge behandeln und nicht als illegale Flüchtlinge.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Jetzt ist die zweite Redezeit auch schon abgelaufen!)

Daher lehnen wir den Antrag ab, eine ehrenwerte Utopie, in der realen Politik können wir damit nichts anfangen. Wir sind sehr froh und werden uns weiter sehr aktiv in dem europäischen Netzwerk Solidarity Cities engagieren. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)<sup>1</sup>: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es ja so, wenn man nicht so viele inhaltliche Argumente hat, dann benutzt man Formalia. Ich hatte ein bisschen das Gefühl, dass das jetzt hier absichtlich so gemacht wurde,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Bei uns ist das nicht so! – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei uns auch nicht!)

dass uns unterstellt wurde, wir würden das zivilgesellschaftliche Solidarity-City-Bündnis mit dem Städteverbund der Solidarity beziehungsweise European Cities verwechseln. Das ist mitnichten der Fall.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht doch immer hin und her in dem Antrag! – Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie unseren Antrag gründlich gelesen hätten und dem Link gefolgt wären, der eingefügt ist: Da kommt man auf die Eurocities-Webseite,

(Zuruf Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

und unter Punkt eins, wenn ich das noch einmal vorlesen darf, falls Sie es nicht gelesen haben,

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]; Haben wir ganz genau gelesen!)

steht: "Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, dem europäischen Städteverbund Solidarity Cities beizutreten." Ich glaube, daran ist nicht so viel misszuverstehen.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordnete Grotheer [SPD]: Dem sind wir schon beigetreten, Frau Leonidakis! – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem sind wir doch im letzten Jahr beigetreten! – Abgeordnete Grotheer [SPD]: Dem sind wir doch letztes Jahr beigetreten! – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

**Vizepräsident Imhoff:** Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Dr. Müller zulassen?

**Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE):** Nein, ich möchte ausreden!

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Wie soll man denn etwas beitreten, wo man schon Mitglied ist?)

Nun habe ich heute erfahren, dass Bremen offensichtlich im Dezember den Beitritt beschlossen hat und im Moment einen Letter of Commitment – –.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Heute erfahren? Einen Senatsbeschluss aus dem letzten Jahr?)

Ja! Ich weiß, dass wir sichere Häfen sein sollen, aber ich habe – – .

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Bitte zeigen Sie mir die Pressemitteilung aus der Senatspressestelle, dass Bremen dort beigetreten ist! Bisher wusste das noch niemand in dieser Stadt.

(Widerspruch Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist schön, dass das so ist. Dann frage ich mich –

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind keine – –. Senatsbeschlüsse werden ja nicht veröffentlicht.

(Abgeordnete Grotheer [SPD]: Das ist die Vorlage für die Sitzung des Senats! Die Beschlüsse des Senats werden selbstverständlich veröffentlicht und sind im Informationsfreiheitsregister vorhanden!)

Dann fragen wir uns natürlich,

(Abgeordnete Grotheer [SPD]: Wir haben im Ausschuss darüber geredet! – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war sogar im Ausschuss!)

was das eigentlich in der Praxis bedeutet.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um ein bisschen Ruhe! Was bedeutet das denn in der Praxis? Wenn Sie den Senat tragen, dann können Sie uns vielleicht sagen, was der Beitritt zu den Solidarity City-Netzwerk eigentlich in der Praxis bedeutet. Wir haben nie gesagt – da haben Sie mich vielleicht auch absichtlich falsch verstanden –, dass Bremen nie etwas getan hätte. Sie sind ja unserem Antrag zur Erklärung der sicheren Häfen und zur Verurteilung der Kriminalisierung der Seenotrettung gefolgt. Wir wissen um die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die viel tun, die Geflüchtete, Präkarisierte, Illegalisierte bei sich zu Hause aufnehmen, die dafür Spenden sammeln et cetera. Um all diese Initiativen wissen wir,

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

aber ich möchte gern von Ihnen wissen: Was bedeutet der Beitritt zum Solidarity-Cities-Städteverbund eigentlich in der Praxis? Da muss ich doch schon sagen – ich habe einige Beispiele genannt! – , zum Beispiel sollten wir noch einmal darüber sprechen, was eigentlich mit dem anonymisierten Krankenschein ist, den die Gesundheitssenatorin Quante-Brandt schon vor eineinhalb Jahren prüfen wollte! Bis heute haben wir nichts an dieser Stelle. Dann sollen Sie bitte sagen, ob es eine solidarische Praxis ist, wenn die BREBAU, eine inzwischen städ-Wohnungsgenossenschaft, Wohnungen räumt! Dann sollen Sie mir bitte sagen, ob es solidarisch ist, wenn Obdachlose von dem Bahnhofsvorplatz verdrängt werden! Dann sollen Sie mir sagen, ob es wirklich keine Massenunterkünfte in Bremen gibt!

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo denn?)

Ich meine, war das wirklich Ihr Ernst eben? Natürlich gibt es Massenunterkünfte, zum Beispiel in der Lindenstraße.

(Widerspruch Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, sicher, mit 700 Plätzen! Was ist das denn sonst, wenn da 700 Plätze sind, als eine Massenunter-kunft. bitte schön?

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind doch keine 700 Leute, und das wissen Sie ganz genau!)

Also, das ist eine Massenunterkunft, in der teilweise Menschen über Monate leben, in der Kinder keine Beschulung außer Haus bekommen.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ist es wirklich solidarische Praxis, wenn im Jahr 2018 548 freiwillige Ausreisen stattfinden, unter anderem sogenannte freiwillige Ausreisen nach Afghanistan oder Syrien? Kann man da wirklich von einer Freiwilligkeit ausgehen? Ich glaube nicht!

(Beifall DIE LINKE)

Und dass Herr Lübke sich hier hinstellt und sagt, in Bremen gibt es kein Racial Profiling, das ist wirklich eine Frechheit! Ich glaube, Herr Lübke, Sie können das nicht wissen, denn Sie sind kein schwarzer Mensch, der hier ständig kontrolliert wird! (Abgeordneter Hinners [CDU]: Sind Sie das denn?)

Ich glaube nicht, dass Ihre Aussage die Realität einfach beiseiteschieben kann.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Schlussendlich möchte ich noch einmal festhalten, hier geht es gar nicht so sehr darum, irgendjemandem etwas zu gewähren. Es geht natürlich um die Wahrung der universellen Menschenrechte, die Herr Buhlert auch benannt hat. In der Praxis heißt das aber dann leider auch relativ wenig.

(Zurufe CDU, Bündnis 90 /Die Grünen, FDP – Glocke)

Es geht auch darum, allen Menschen in Bremen ein besseres Leben zu gewähren, denn eine bessere Gesundheitsversorgung für einige ist ein besserer Epidemieschutz für alle, eine bessere soziale Sicherheit für einige heißt mehr innere Sicherheit für alle. Wir glauben, dass eine Praxis der solidarischen Stadt am Ende allen Bremerinnen und Bremern etwas bringt. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Grotheer.

Abgeordnete Grotheer (SPD)': Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt habe ich Frau Leonidakis die Senatsvorlage gegeben, deswegen stehe ich hier mit dem iPad, weil ich jetzt einmal nachschauen muss. Also, ich versuche es noch einmal: Es gibt zwei unterschiedliche Organisationen, Zusammenschlüsse, die sich Solidarity City nennen. Das eine ist das im europäischen Verbund auf Initiative Athens einmal entstandene Netzwerk, in dem Bremen im letzten Jahr Mitglied geworden ist.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Das weiß ich! – Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Offenbar nicht, weil Sie gerade gesagt haben, dass das genau das ist, was Sie wollen! Wenn es das ist, was Sie wollen, können wir sagen, Nummer eins Ihres Antrags ist erledigt.

Wenn man sich aber Ihren Antrag anschaut, dann ist es so, dass Sie selbst dann tatsächlich gar nicht mehr von der europäischen Initiative sprechen, sondern Bezug nehmen auf das Beispiel Sanctuary City aus den USA, das sich eben auf diese andere Bewegung bezieht.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Das war eine Aufführung!)

Was war das?

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Wir haben aufgeführt, was es alles gibt!)

Nein, dann kann man sagen, es ist genau das passiert, Sie haben es geschafft, alle anderen zu verwirren, weil Sie auf zwei unterschiedliche Punkte Bezug nehmen.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Wären Sie einfach dem Link gefolgt! – Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Das ist alte linke Strategie!)

Dem Link bin ich doch gefolgt, deswegen – –.

(Unruhe)

Es ist so schön, vielleicht sollten wir es wirklich quer über die Bänke machen, ich bin ja dem Link gefolgt, deswegen war ich doch so verwirrt, weil ich gar nicht verstanden habe, was Sie eigentlich wollen, Frau Leonidakis! Wenn Ihr Wunsch ist, dass Bremen Mitglied des europäischen Netzwerks wird, dann können wir sagen, super, sind wir sogar schon, Punkt eins erledigt!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie wollen, dass wir unsere Entschlossenheit bekräftigen, Menschen aus Seenot zu retten, können wir sagen, super, haben wir mehrfach beschlossen, teilen wir die Einschätzung sogar breiter in diesem Haus als nur hier und da. Daran können wir auch einen Haken machen, ist erledigt.

Seenotrettungsschiffe deutscher NGOs kostenfrei mit deutscher Flagge auszustatten: Ehrlich, ich glaube, das geht jetzt ein bisschen weit, das kann ich mir so gar nicht vorstellen, dazu haben mir meine entsprechenden Sprecher in der Fraktion gesagt: Vergiss es, machen wir nicht, ist auch nicht Bestandteil dieser europäischen Initiative!

Dann kommen wir zu dem, von dem Sie glauben, dass es Bestandteil dieser europäischen Initiative ist. Auch da darf ich Sie der Einfachheit halber auf die Senatsvorlage verweisen, die ich Ihnen eben gerade geben konnte, dann müssen Sie es nicht in fremden Materialien nachrecherchieren, Sie müssen auch nicht auf Unterlagen des Europaausschusses, dem Sie selbst angehören, Bezug nehmen. In der steht:

"Die Initiative will in ihrem Sinne Ressourcen bündeln, Kompetenzen teilen und sich politisch für die nachhaltige Integration von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene einsetzen. Sie baut auf vier Säulen auf." Das ist die inhaltliche Stoßrichtung dieser Initiative, der Bremen bereits beigetreten ist, und zwar Folgende: Informations- und Wissensaustausch zur Situation Geflüchteter in den Städten, Einsatz für mehr Mitsprache sowie direkte finanzielle Unterstützung für Städte bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, gegenseitige technische und finanzielle Unterstützung der Städte untereinander und Bereitschaft europäischer Städte zur Aufnahme von Asylsuchenden aus anderen EU-Mitgliedsstaaten unter dem Stichwort Relocation. Über all diese Punkte reden wir mindestens seit dem Jahr 2015 immer und immer wieder.

Wir haben mehrfach über die Frage geredet, was mit den Menschen aus Griechenland ist, bei denen die Bundesregierung entschieden hat, dass sie sie aufnehmen will. Wir haben mehrfach nachgefragt, warum sie noch nicht da sind und wo die Probleme liegen. Wir haben uns mehrfach Gedanken gemacht, wie wir Flüchtlinge schneller in Sprachkurse bekommen können, wie wir die Kinder einbeziehen können und wie wir Arbeitsperspektiven schaffen können, alles Bestandteile dieser Beschlusslage. Da tun wir mehr, als wir eigentlich könnten, das sagt uns manchmal diese Seite des Hauses, dass es vielleicht ein bisschen schnell ist, ein bisschen in die falsche Richtung geht. Zu behaupten, dass Bremen an der Stelle aber gar nichts tut, akzeptiere ich nicht! Ich glaube, ehrlich gesagt - ich darf es nicht sagen, weil es unparlamentarisch ist -, wir reißen uns Arme und Beine aus, und zwar in einer bewundernswerten Art und Weise, auch was die Zivilgesellschaft betrifft, wie wir versuchen, uns hier einzubringen. Da kann man mit diesem Teil, was Sie als Programm auswerfen, wirklich nicht mehr landen, weil das so einfach nicht geht! - Danke sehr!

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Müller.

Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Zwischenfrage ist ja nicht zugelassen worden, deswegen nutze ich die letzten zwei Minuten noch einmal.

Liebe Kollegin Leonidakis, ich konnte mir eigentlich nicht vorstellen, dass Sie die beiden Initiativen tatsächlich miteinander verwechseln, denn wenn man ein bisschen intensiver recherchiert - die Homepages mit den Titeln sind in der Tat verwirrend, genauso wie die Debatte heute -, aber wenn man sich ein kleines bisschen mit beiden Initiativen auseinandersetzt, dann erschließt sich eigentlich sehr schnell, dass die unter Fußnote eins angegebene Initiative eine europäische Initiative ist, die nichts, aber auch gar nichts mit diesem Forderungskatalog zu tun hat, den Sie hier aufgelistet haben! Der Forderungskatalog bezieht sich auf die nordamerikanische Bewegung, die auch Anhänger in Europa hat. Die europäische Initiative hat mit all dem nichts zu tun. Uns dann vorzuwerfen, wir würden hier mit formalen Argumenten argumentieren, Entschuldigung!

Ich hoffe, dass sich das Missverständnis über die Initiativen hat aufklären lassen, und ich hoffe nicht, dass es eine gezielte Irritation war, hier beide durcheinanderzubringen. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Fries.

Staatsrat Fries'): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, wir müssen bei dieser Debatte den Blick auf das richten, was wir hier tatsächlich leisten können und auch leisten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Rahmen dessen, was das Bundesrecht vorgibt – und ich glaube, man kann oder muss in einem Bundesstaat zur Kenntnis nehmen, dass es übergeordnetes Recht sowohl des Bundes als auch der Europäischen Union gibt, das wir zu respektieren haben –, in diesen Grenzen tun wir das, was machbar ist.

Zu dem Rahmen der bundespolitischen Grenzen: Da gibt es Recht, für das wir uns eingesetzt haben, wofür wir vielleicht auch von Ihnen kritisiert worden sind, wie die Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die wir in der Situation richtig fanden und auch unterstützt haben. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten in der Verschärfung des Aufenthaltsrechts, in der Frage der Verpflichtung zu längerem Aufenthalt in den Landesaufnahmeeinrichtungen, gegen die sich Bremen aktiv ausgesprochen hat. Auch hinsichtlich des ganzen Konstrukts des Asylbewerberleistungsgesetzes, das Geflüchtete systematisch schlechter behandelt als Menschen, die länger hier in Deutschland leben, haben wir an verschiedenen Punkten thematisiert, dass wir da das Bundesrecht gern ändern würden.

Trotzdem schauen wir, was hier machbar ist, so zum Beispiel im Bereich Aufenthaltsrecht, wo unser Migrationsamt alle Spielräume, die das Aufenthaltsrecht bietet, nutzt, um humanitäre Aufenthaltserlaubnisse zu ermöglichen, aber natürlich auch nur in dessen Grenzen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zu der Frage der Unterbringungsformen: Selbstverständlich ist die Landesaufnahmeeinrichtung eine relativ große Einrichtung, was auch von der Systematik so vorgeschrieben ist. Auch da gibt es Regularien, wie lange Menschen dort bleiben müssen, trotzdem schauen wir, wo immer wir die Möglichkeit haben, Menschen von da in das kommunale System zu überführen, wo es eine dezentrale Struktur gibt, wo wir den Menschen ermöglichen wollen, selbst zu kochen und vorher selbst einzukaufen. Auch da ist der nächste Schritt die Bemühung, dass wir durch eine weitreichende Wohnraumberatung schauen, dass die Menschen möglichst schnell in eigene Wohnungen kommen, was bei der jetzigen Wohnungsmarktlage schwierig ist, aber wir haben mit ungefähr 100 bis 110 Umzügen im Monat eine ziemlich gute Quote, Menschen im eigenen Wohnraum unterzubringen.

Dann gibt es eine Reihe von Punkten, an denen der Bund seine Leistungen vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht hat. Das betrifft zum Beispiel die unabhängige Asyl- und Sozialberatung. Hier haben wir mit Landes- beziehungsweise kommunalen Mitteln aufgestockt, um unabhängig vom Aufenthaltsstatus eine Beratung zu ermöglichen, das heißt, wir haben unsere Möglichkeiten genutzt, diesen falschen Zungenschlag des Bundes zu korrigieren. Gleiches gilt bei den Sprachkursen, bei denen der Bund auch die Förderung an die Aufenthaltsperspektive knüpft und wir unsere Politik daran orientieren, dass die Leute mutmaßlich alle länger hier bleiben und deswegen auch Sprache früh lernen müssen, sodass es in unserem Interesse ist, dass sie unabhängig von der Bleibeperspektive Deutsch lernen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag weist auch in der Tat auf Punkte hin, die wir sicher noch nicht optimal gelöst haben. Ein Beispiel ist die Dolmetscherproblematik im Gesundheitsdienst. Solange die Betroffenen in den ersten 15 Monaten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz behandelt werden, ist geregelt, dass dies eine Leistung ist, die übernommen wird. Wenn sie danach in die Analogleistung nach SGB II beziehungsweise SGB XII geraten, werden diese Leistungen nicht mehr übernommen, weil sie nicht mehr Teil der Leistungen nach dem SGB V sind, an dem wir uns orientieren. Da gibt es ein Problem, und unsere Möglichkeiten dagegenzuwirken sind begrenzt, das Gesundheitsressort tut viel, aber sicher haben wir da noch nicht die Lösung gefunden, mit der wir komplett zufrieden sind.

Als letzten Punkt: Auch im Umgang mit sogenannten Papierlosen im Gesundheitsbereich mag sicher noch Luft nach oben sein, aber mit der humanitären Sprechstunde haben wir sehr viel erreicht und eine medizinische Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus zur Verfügung gestellt. Ich glaube, dass das Beispiele sind, die zeigen, dass wir unseren Spielraum nutzen, um hier solidarisch unserer Verantwortung nachzukommen, und uns auch weder hinter Formalia noch hinter Bundesrecht verstecken, sondern eine humanitäre Flüchtlingspolitik machen. – Danke sehr!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer <u>19/909 S</u> seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordnete Wendland [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 23. Oktober 2018

(Drucksache <u>19/857 S</u>)

Wir verbinden hiermit:

Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives und smartes Warnsystem erhöhen – Einführung des Pilotprojektes Bike-Flash in Bremen Antrag der Fraktion der FDP vom 3. Dezember 2018 (Drucksache 19/883 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Lohse.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)': Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag zum Bike-Flash fügt sich in eine nicht enden wollende Reihe von unausgereiften bis absurden Anträgen

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Der Grünen?)

der FDP zu Verkehrsthemen ein.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Ach so!)

Der Antrag zum Bike-Flash kommt ja nicht von uns!

Die FDP ist unserer Ansicht nach in Verkehrsfragen in dieser Stadt nicht anschlussfähig.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wir sind dafür, die Digitalisierung und Innovationen im Verkehrsbereich zu forcieren, aber nicht als Hintertür für die ungebremste autogerechte Stadt.

Bike-Flash misst nur sehr ungenau und hat nur eine einzige Warnstufe. Das führt zu unnötigen Warnungen an vielen Stellen. Dort, wo relativ viel Fuß-

gänger- und Radfahrverkehr ist, wird es dazu führen, dass das Ding permanent blinkt, und es blinkt auch dann, wenn gar kein Lkw in der Nähe ist. Wir haben uns auch schon vor Ihnen erkundigt, ob es denn eine gute Idee ist, wir haben auch mit dem ADFC gesprochen, ich habe auch mit Speditionsvertretern gesprochen.

Der ADFC hat ganz eindeutig davor gewarnt, dieses Bike-Flash-System einzusetzen, und auch in Niedersachsen ist man nicht so begeistert von dieser ersten Anlage, die in Garbsen aufgebaut worden ist. Man darf solche Anlagen nicht einfach in den Straßenraum stellen, sagt die Ministeriumssprecherin. Dem schließt sich die Polizeidirektion Hannover an. Im Grunde steht in Garbsen eine rechtlich nicht zulässige Anlage, sagt der Polizeisprecher. Osnabrück hat auch zwei von diesen Dingern gekauft, die dort, nachdem man das wahrgenommen hatte, gleich wieder eingemottet wurden.

Bike-Flash ist bestimmt irgendwie gut gemeint, es gibt aber bei diesen Rechtsabbiegeunfällen nur ganz selten örtliche Unfallschwerpunkte. Diese Unfälle können sich an jeder Kreuzung, Einmündung oder Firmenzufahrt ereignen. Welche will man als Standorte für eine solche Warnanlage wählen? Das kann ja nur ein Standort sein, wo nicht zu viel Fußgänger- und Radverkehr ist, denn sonst blinkt sie ja dauernd. Dies spricht für Sicherheitssysteme am Fahrzeug, wie eben den Abbiegeassistenten.

Bremen setzt sowohl bei seinen Bundesratsinitiativen als auch mit dem vorliegenden Antrag die richtigen Akzente. Wir müssen mit unseren eigenen Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß schon, dass das nicht bei jedem unserer manchmal betagten Fahrzeuge möglich sein wird, aber wir sollten versuchen, da nachzurüsten, wo es möglich ist.

Ich möchte ganz deutlich sagen, die Toten bei Abbiegeunfällen sind inakzeptabel. Wir können in ganz Deutschland feststellen, die Unfallzahlen sinken, auch die Zahlen von Getöteten sinken, nur in diesem Bereich der Abbiegeunfälle ist das eben nicht der Fall, sondern die Zahl steigt sogar noch leicht. Das ist, glaube ich, vollkommen inakzeptabel, und da sind die Hersteller und auch die Speditionen meiner Ansicht nach gefordert.

Eine Initiative der Osnabrücker Spediteure zeigt, dass einige das schon längst begriffen haben. Auch sie wissen von den toten Radfahrerinnen und Radfahrer, und sie wissen ebenso, dass dazu noch die traumatisierten Lkw-Fahrinnen und Lkw-Fahrer in den Lkws zu zählen sind, die damit vermutlich noch ein Leben lang zu kämpfen haben werden. Sie gründeten eine Allianz für Sicherheit und wollen bei Fahrten in die Innenstadt nur noch Fahrzeuge mit Abbiegeassistenten einsetzen. Das, finde ich, ist eine tolle Initiative. Ich würde mir das, ehrlich gesagt, auch hier in Bremen wünschen. Da habe ich leider so etwas noch nicht gehört.

Auch wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen. Kreuzungen müssen sicher umgebaut werden, dafür haben wir ein Kreuzungsprogramm aufgelegt. Entscheidend ist die Sichtbarkeit durch Maßnahmen an der Infrastruktur wie auch durch getrennte Phasen bei den Ampelsteuerungen.

Sollte es mit diesen furchtbaren Unfällen, von denen ganz oft Kinder betroffen sind, aber nicht aufhören, müssen andere Maßnahmen erwogen werden. Die Osnabrücker Spediteure, von denen ich schon erzählt habe, schlagen ein Rechtsabbiegeverbot an gefährlichen Kreuzungen vor. Möglicherweise muss man auch für Fahrzeuge ohne Abbiegeassistenten einen Beifahrer fordern.

In Berlin gibt es ja einen rot-rot-grünen Senat, und die Verkehrssenatorin hat vorgeschlagen, dass man ein Verbot der Durchfahrt für Lkws ohne Abbiegeassistenten in Berlin erwägen sollte. Das, finde ich, muss man tun, denn jede und jeder von diesen Radfahrerinnen und Radfahrern, die auf so schreckliche Weise umkommen, ist ganz eindeutig eine beziehungsweise einer zu viel. Es kann für diese Unfälle wirklich nur eine Vision geben, und das ist die Vision Zero.

Es ist schon schwer genug, politisch ein Warnsystem durchzusetzen. Das sollte der Abbiegeassistent im Lkw sein, am besten auch im Pkw. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Und was machen wir, bis der kommt?)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sprehe.

**Abgeordnete Sprehe (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Gefahren des toten

Winkels, seine großen Dimensionen und die Notwendigkeit der Abbiegeassistenten bei Lkws haben wir in der Bürgerschaft schon im Mai 2017 debattiert. Die EU sieht nach derzeitigem Stand erst ab dem Jahr 2024 einen verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten vor, der zudem nur für Neufahrzeuge gelten soll.

Bereits jetzt hat der Bundesverkehrsminister zusätzlich ein Förderprogramm über fünf Millionen Euro jährlich für die freiwillige Aus- und Nachrüstung von Lkws und Bussen über 3,5 Tonnen mit Abbiegeassistenzsystemen aufgelegt. Ab dem 21. Januar 2019 konnten Anträge für eine Förderung beim Bundesamt für Güterverkehr gestellt werden, und – oh Wunder! – die Mittel waren schnell erschöpft. Hier fordere ich dringend eine Aufstockung dieser Mittel!

(Beifall SPD)

Jeder Abbiegeassistent hilft, Leben zu retten, ich denke, da sind wir uns hier im Parlament einig.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Ja!)

Bremen geht mit gutem Beispiel voran. Unser mit den Grünen zusammen eingebrachter Antrag datiert ja bereits vom Oktober 2018. Zum Beispiel hat jetzt die Bremer Stadtreinigung 122 neue Fahrzeuge gekauft, die unter anderem mit einem Abbiegeassistenten ausgestattet sind. Alte verwertbare Fahrzeuge werden nachgerüstet, was wiederum auch ungefähr 2 000 Euro kostet, aber es ist ganz klar: Auch im bremischen öffentlichen Dienst ist die Ansage angekommen, dass Abbiegeassistenten wichtig sind, und zumindest bei Neuanschaffungen wird dies auf jeden Fall tatsächlich auch beachtet.

Weiterhin müssen auch die Gespräche mit der Bremischen Speditionswirtschaft intensiviert werden. Ja, der Preisdruck im Speditionsgewerbe ist hoch, und jede Nachrüstung kostet, wie gesagt, Geld und schmälert dann logischerweise auch den Gewinn, aber wir müssen uns wirklich fragen, was ein Leben wert ist.

Nach einem erneuten tödlichen Fahrradunfall in Berlin lässt die dortige Verkehrssenatorin Regine Günther rechtlich prüfen, ob nach einer Übergangszeit von einem Jahr in Berlin nur noch Lkws mit Abbiegeassistenten fahren dürfen. Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis und werde dies nach positivem Ausgang wahrscheinlich auch für Bremen einfordern.

(Beifall SPD)

Jetzt komme ich zu diesem Antrag der FDP zum Bike-Flash: Wie mein Vorredner ja auch schon gesagt hat, das klingt toll, man hat einmal etwas aufgeschnappt, und dann macht man einen Antrag und will das auch für Bremen haben. Wenn man sich ein bisschen damit befasst hätte, wäre man eben zu einem anderen Ergebnis gekommen. Es ist ein teures stationäres System mit einer Wärmebildkamera. Eine erste Pilotanlage steht in Garbsen und kostet 34 000 Euro. Es blinken gelbe Warnleuchten, wenn sich ein Fahrradfahrer der Kreuzung nähert. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, wenn sich mehrere Fahrradfahrer nähern, blinkt es nur dauerhaft. Da ist natürlich wirklich die Frage, was für einen Sinn und Zweck dieses Gerät dann noch hat.

Dazu kommt erschwerend, dass das niedersächsische Verkehrsministerium rechtliche Bedenken gegen den Pilotversuch hat und ein Verbot erwägt, weil er gegen die Straßenverkehrsordnung verstoße. Das Blinklicht der Anlage könnte mit anderen Verkehrszeichen verwechselt werden, und andere Verkehrsteilnehmer werden irritiert.

Der Bund-Länder-Fachausschuss, ein Gremium der Verkehrsminister auf Bundes- und Länderebene, kommt zu dem Ergebnis, dass der Bike-Flash, ich zitiere, "mit Verkehrseinrichtungen nach der Straßenverkehrsordnung verwechselt werden kann und sich damit auf den Verkehr auswirkt". Das bedeutet, gelbe Warnblinklichter dürfen nicht willkürlich aufgestellt werden, weil sie Autofahrer irritieren können. Der Fachausschuss der Verkehrsminister hält den Einsatz eines solchen Systems daher für unzulässig. Weitere Kommunen, wie zum Beispiel Osnabrück, haben den Bike-Flash nach Prüfung ebenfalls nicht für sinnvoll erachtet und sich gegen eine Einführung ausgesprochen.

Letztlich wäre ein Bike-Flash, falls rechtlich doch irgendwann unumstritten, nur für gefahrenträchtige Einzelkreuzungen möglich. Die Wirklichkeit zeigt aber, dass jede Kreuzung bei abbiegenden Lkws ein Gefahrenort für Radfahrer und Fußgänger ist. Dies zeigt sich auch bei schweren Unfällen aus dem letzten Jahr in Bremen an der Brill-Kreuzung beziehungsweise in dem Bereich an der Obernstraße sowie in der Neustadt, und ganz aktuell ist auch ein Kollege von uns gestern in der Vahr haarscharf einem Lkw-Unfall dieser Art entronnen.

(Glocke)

Der Abbiegeassistent ist das Mittel der Prävention, immer und überall! Stellen Sie den Bike-Flash in den toten Winkel, lehnen Sie den FDP-Antrag ab, und stimmen Sie unserem Antrag für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Buchholz.

Abgeordneter Buchholz (FDP)': Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben ja schon unseren Antrag in Grund und Boden verdammen wollen,

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben es getan!)

ohne allerdings aus meiner Sicht die richtigen Prüfkriterien angelegt zu haben.

(Beifall FDP)

Ihr gemeinsamer Antrag zu dem Abbiegeassistenten ist überschrieben mit "Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen". Ja, das können auch wir Freien Demokraten unterstreichen. Wir haben auch nicht nur nichts gegen den Abbiegeassistenten, wir finden ihn hervorragend, das Problem ist nur, er wird nicht schnell genug und nicht flächendeckend eingeführt.

(Beifall FDP)

Selbst bei den neu zugelassenen Lkws gibt es lediglich eine 40-Prozent-Quote, das ist entschieden zu wenig, selbst wenn es Hoffnungsschimmer bei den städtischen Flotten gibt, diese nachzurüsten beziehungsweise es bei Neufahrzeugen sofort umzusetzen.

Wir sind der Ansicht, dass hier bei der Betrachtung der möglichen Unfallgefahren nicht allein die Lkws und Busse in den Blick zu nehmen sind, sondern auch Kleintransporter und Pkws. All diese Fahrzeuge sollten daraufhin überprüft werden, ob es nicht Möglichkeiten gibt, sie im Verkehrsfluss mit weniger Gefahren zu versehen, und da sind wir der Ansicht, dass das Bike-Flash-Warnsystem eine hervorragende Ergänzung wäre.

(Beifall FDP – Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind Sie dann der Einzige in Deutschland!)

Dieses System, das der Stadtrat in Garbsen bei Hannover übrigens parteiübergreifend als Pilotprojekt befürwortet hat, dieses System – –.

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Da wussten sie wohl noch nicht, dass es ein Pilotprojekt wird!)

Ja, ich weiß nicht, woher Sie so schlau sind, Frau Sprehe, aber – –.

(Zuruf Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Jawohl! Herr Saxe, Sie haben sich eben hier vorn schon disqualifiziert, Sie müssen das nicht noch fortsetzen!

(Beifall FDP – Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses System Bike-Flash ist insbesondere wichtig für die Klientel, für die Sie hier doch immer streiten, nämlich für die Radfahrer.

(Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, eben nicht!)

Ja, natürlich, denn dieses System verfügt über eine

(Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Und warum lehnt der ADFC es ab?)

jetzt bin ich an der Reihe! – Kamera an der Spitze des Mastes. Diese Kamera erfasst alle Radfahrenden in etwa 40 Meter Entfernung, selbst bei einer hohen Geschwindigkeit sind das immerhin fünf Sekunden, in denen ein Signal ausgesendet werden kann, und dieses Signal wird nur ausgesendet – nachdem Frau Sprehe das ja schon alles so wunderbar beschrieben hat, als ob sie selbst dabei gewesen wäre –, dieses System sendet nur Signale aus, solange ein Radfahrer oder eine Radfahrerin in Sichtweite ist.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Alle diese Informationen – damit Sie nicht noch ein weiteres Schlachtfeld eröffnen! – werden nicht gespeichert, sondern alle diese Informationen dienen einzig und allein dazu, den auf dem Rad sitzenden Fahrer oder die Fahrerin zu warnen, und zwar vor einem Gefahrenpunkt. Diese Gefahrenpunkte können sehr wohl mithilfe dieses Bike-Flash entschärft werden, denn 40 Prozent alle Unfälle – Herr Saxe, jetzt sollten Sie vielleicht zuhören! – mit Radfahrern

sind Abbiegeunfälle, und genau an solche Gefahrenstellen haben wir bei unserem Antrag gedacht. Wir wollen ja auch nicht, dass dies sofort flächendeckend eingeführt wird, sondern wir wollen einfach nur, dass man sich mit diesem Pilotprojekt beschäftigt und das an ausgewählten Stellen testet. Das Beispiel Brill-Kreuzung haben Sie genannt,

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Wo denn an der Brill-Kreuzung?)

aber unsere Beiräte wissen sicherlich noch sehr viel besser, wo es Unfallschwerpunkte gibt und wo man dies testen könnte. Schließlich spielt ja auch der Kostenfaktor eine Rolle. Sie haben dieses neue System in Bausch und Bogen verurteilt und gesagt, es wäre zu teuer. Die Wahrheit ist, diese 34 000 Euro, die da genannt worden sind, gelten für das Pilotprojekt,

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Für eine Kreuzung! – Abgeordnete Sprehe [SPD]: Für eine Seite! – Glocke)

aber diese Zahl ist gerade heute bei einem Pressetermin noch einmal präzisiert worden, es kostet 21 000 Euro,

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Für eine Kreuzung! – Zuruf Abgeordnete Sprehe [SPD])

und die Möglichkeit zu liefern besteht praktisch ab sofort.

Ich weiß wirklich nicht, warum Sie sich dagegen sperren, mehr Sicherheit auf die Straße zu bringen!

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist schade, das bedauern wir. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)': Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegen zwei Anträge vor, mit denen die Sicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrern im Straßenverkehr verbessert werden soll, insbesondere deswegen, weil jedes Jahr ungefähr 40 Menschen einen tödlichen Unfall erleiden, da sie von abbiegenden Lkws übersehen werden. Der sogenannte tote Winkel bei

Lkws macht seinem Namen alle Ehre und ist Ursache für tödliche Unfälle, und ich finde es vollständig berechtigt, alle Maßnahmen zu diskutieren, mit denen man die Zahl der tödlichen Unfälle senken kann, alle Maßnahmen zu diskutieren, mit deren Hilfe Radfahrerinnen und Radfahrer vor dieser Gefahr geschützt werden können und Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer ihren Lastwagen sicher durch den Straßenverkehr fahren können.

Ich finde es übrigens relativ unverständlich, dass überhaupt noch Fahrzeuge zugelassen werden, die eine derartige Schwachstelle haben. Es gibt heute technische Möglichkeiten, völlig einfach und im Verhältnis zu den Gesamtkosten eines Lkws preisgünstig zu realisieren, dass Fahrerinnen und Fahrer einfach dahin schauen, wohin zu schauen es früher, als es nur Spiegel oder nur einen Spiegel gab, nicht so richtig möglich war. Wir können heute mit Kameras operieren, wir können heute mit Radarsensoren operieren, es gibt verschiedene Möglichkeiten. Die Kosten dieser Systeme – ich habe gerade noch einmal im Internet geschaut - bewegen sich in einem Rahmen von 1 200 Euro bis 2 000 Euro, das ist weniger als ein Prozent der Kosten für die Neuanschaffung von großen Lkws. Es ist, finde ich, nicht mehr zulässig, diese Notwendigkeit auch nur infrage zu stellen.

Deswegen sagen wir, erstens, dass wir Neuanschaffungen in Bremen selbstverständlich mit diesen Abbiegeassistenten auswählen und dass 130 städtisch betriebene Lkws damit ausgerüstet werden sollten. Den Halbsatz des Antrags der Koalition oder den Absatz, in dem die Worte "soweit dies technisch und finanziell sinnvoll ist" stehen, habe ich nicht ganz verstanden, also was vielleicht technisch dagegenspricht, da gibt es vielleicht Ausnahmen.

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Wenn die Neuanschaffungen schon anstehen!)

Ja, und wenn es finanziell sinnvoll ist, jedenfalls finde ich, wir diskutieren über 130 Fahrzeuge, wenn man die Anzahl mit 2 000 Euro multipliziert, ist das eine Größenordnung von etwa 260 000 Euro. Wenn wir sagen würden, wir brauchen 130 neue PCs, um die Digitalisierung vorantreiben zu können, dann würde kaum jemand das infrage stellen. An dieser Stelle finde ich das auch nicht gerechtfertigt, eine solche Ausgabe muss sein.

(Beifall DIE LINKE)

Das heißt aber noch lange nicht, dass wir damit am Ende des Problems sind, denn es ist ja berechtigterweise gesagt worden ist, die Umsetzung der Einführung dieser Abbiegeassistenten dauert, und sie erfolgt nicht in der Geschwindigkeit, die man sich angesichts des Problems wünschen kann. Da sind erstens die Spediteure und die Speditionsfirmen deutlich in der Verantwortung, und Bremen ist auch in der Verantwortung, weil die BLG und andere bremische Unternehmen auf Lkws angewiesen sind, sie sind Logistikunternehmen, und da müssen wir auch einmal schauen, was man eigentlich tun kann, um die Abbiegeassistenten schneller einzuführen und gegebenenfalls nachzurüsten.

Zweitens, ich finde das völlig berechtigt, was die Kollegin Sprehe schon erwähnt hat. Ich fände es in absehbarer Zeit nach einer Übergangsphase richtig, und ich habe neulich einen Bericht gelesen, dass es möglich ist, dass man auch ein Fahrverbot in der Innenstadt und so weiter für Lkws aussprechen kann, die keinen Abbiegeassistenten haben. Also, wie gesagt, Spediteure ins Boot holen und auch ein Verbot prüfen!

Kommen wir zu dem Bike-Flash: Ich finde es etwas voreilig, dass jetzt schon so nach dem Motto abzutun, die Straßenverkehrsordnung spricht dagegen, es ist teuer und so weiter. Ich finde, das Problem gebietet uns, da noch einmal genauer hinzuschauen.

Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten. Wir sagen, es gibt einen Pilotversuch in Garbsen, wir können ihn sorgfältig auswerten, wir können an irgendeinem Punkt auch noch einmal sorgfältig prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, an besonders gefährdeten Kreuzungen, zum Beispiel an Einfahrten zu Betriebsgeländen von Speditionen und Ähnlichem, wo also die Gefahren möglicherweise höher sind als anderswo, dieses System dann vielleicht doch in irgendeiner Weise zu nehmen und an bestimmten Stellen zu postieren. Ja, es sind 21 000 Euro je Kreuzung, es ist relativ teuer, und ja, es gibt Kreuzungen, da passt das physikalisch gar nicht mehr hin,

# (Glocke)

aber trotzdem finde ich es persönlich verfrüht, einfach zu sagen, das brauchen wir alles überhaupt nicht, denn wir sind verpflichtet, beides zu tun: Wir brauchen Abbiegeassistenten an allen Lkws, und wir können einmal schauen, ob es außerdem noch Möglichkeiten gibt, die Sicherheit überdies zu verbessern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, FDP)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU)<sup>1</sup>: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier zwei Anträge vorliegen, ich finde den der Grünen sehr spannend und es sehr gut, dass er gekommen ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass wir das, was technisch geht – da sind wir uns, glaube ich, alle einig –, dann auch umsetzen wollen. Ich finde es auch gut, dass Sie den Hinweis geben, die bremischen Fahrzeuge dann umzurüsten, aber ich gebe auch Herrn Rupp insoweit recht, als das ein Schritt mit Vorbildwirkung ist, das ist, glaube ich, wichtig. Wir müssen das aber auch konsequent im Bundesrat und in ganz Deutschland weiterverfolgen, damit es umgesetzt wird.

Ich sage Ihnen ganz offen, auch weil ich selbst gelegentlich mit einem Lkw durch enge Gassen fahren muss, das ist auch eine Belastung für die Fahrerinnen und Fahrer, das muss man klar und deutlich sagen! Da muss man dann gegebenenfalls auch den einen oder anderen Spediteur oder den Autohersteller zwingen. Da bin ich also voll auf Ihrer Seite, denn ich kenne diese Diskussionen.

Über Sicherheit haben wir in Deutschland ja schon immer geredet, damals über den dritten Spiegel, über den Gurt und solche Dinge haben wir diskutiert. Erst als es dann Pflicht wurde, haben wir gemerkt, dass es vernünftig ist, dass es sicher ist. Ich glaube, es ist richtig, das als zweiten Schritt dann auch mit einer Initiative zu machen, denn nur so bekommen wir in die Entwicklung auch Geschwindigkeit hinein.

Wir haben heute alles voll mit Sensorik, wer sich heute in einen Lkw setzt, der braucht schon eine Einführung von ein paar Tagen, um das alles zu verstehen. Da kann ich mir ehrlicherweise nicht erklären, dass so ein Abbiegeassistent technisch nicht umsetzbar ist. Das ist auch keine Frage des Geldes mehr. Deswegen unterstützen wir das auch ganz deutlich.

Zu dem Antrag der FDP: Ich würde das auch nicht so sehr kritisch sehen, wie die Koalition es jetzt gesehen hat. Trotzdem werden wir diesen Antrag ablehnen, weil ich glaube, es ist der falsche Weg, denn so viel Geld, das wir ausgeben müssen, um das wirklich – –. Wenn man sich in einer Großstadt vorstellt, wir würden das überall, an all den Ecken,

die wir haben, installieren: Wir würden uns die Stadt mit diesen Geräten zustellen. Das mag vielleicht auf dem Land sinnvoll sein, auf Fernstraßen, wo weitere Strecken sind. Ich sage einmal, vom Kostenfaktor her glaube ich schon, dass wir dann mit diesem Geld andere Mechanismen nutzen können, mit denen man vielleicht Ampeln auch mit einer anderen Ampelschaltung entschäft, mit separaten Schaltungen für Fahrräder. Das ist ja das Gute, dass jetzt die Fahrradfahrer früher Grün bekommen als die Autofahrer und man das dann auch als Autofahrer besser sieht. Ich glaube, das ist der richtige Weg, deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen und den Antrag der Koalition unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die verpflichtende Einführung von Abbiegeassistenten wird ja nun schon seit einigen Jahren bundesweit diskutiert. Ich erinnere mich an einen tragischen Unfall. Wir waren im April letzten Jahres auf der Verkehrsministerkonferenz der Länder in Nürnberg, um dieses Thema auch auf Initiative Bremens dort zu diskutieren, und am Tag vorher ist in Hannover ein zehnjähriger Junge vor den Augen seiner Mutter durch einen abbiegenden Lkw zu Tode gekommen. Das war ungefähr 14 Tage, nachdem hier in Bremen eine junge Frau an der Brill-Kreuzung tödlich verunglückt ist, und das geht einem schon in die Knochen. Man stellt sich vor, dass eigene Angehörige oder nahestehende Menschen betroffen sind. Deswegen ist es wichtig, dass wir an diesem Thema wirklich sehr ernsthaft und sehr zügig arbeiten.

Bremen hat eine Reihe von entsprechenden Anträgen unterstützt. Der Bremer Senat hat im Frühjahr 2018, auch unter dem Eindruck dieses Unfalls, den wir hier am Brill hatten, schon einen Antrag Berlins zur Einführung eines Abbiegeassistenzsystems im Bundesrat unterstützt, den es kurz vorher gab. Wir hatten die Initiativen auf der Verkehrsministerkonferenz.

Es ist auch so, dass die Bundesregierung uns versichert hat, dass sie auch auf der EU-Ebene dafür wirbt. Das muss man im Blick behalten, diese Kraftfahrzeuge sind europaweit zugelassen, und es gibt sehr viele Lkws mit ausländischen Kennzeichen, die hier auch fahren. Das heißt, es braucht am Ende, um wirklich mehr Sicherheit zu schaffen,

auch eine europäische Lösung. Das ist einer der Gründe, warum das nicht ganz so schnell gegangen ist, wie man sich das wünschen könnte. Ich wünsche mir, und ich begrüße deswegen auch den Antrag der Koalition, dass wir hier in Bremen schneller vorankommen.

Ich habe auch das Programm des Bundesverkehrsministers begrüßt. Ich finde nun nicht alles toll, was er auf den Weg bringt, aber dass dieses Programm, das sich speziell auch an die Lieferanten von Supermarktketten und dergleichen gerichtet hat – und das sind die Lkws, die wirklich sehr viel im Stadtgebiet unterwegs sind –, aufgelegt wurde und die Mittel auch so schnell abgerufen wurden, zeigt, dass man da einen Nerv getroffen hat. Ich wünsche mir auch dringend, dass dieses Programm aufgestockt wird und dass es auch von weiteren Bremer Unternehmen genutzt wird.

Ich habe, weil die Frage hier mehrfach gestellt worden ist und ich damit auch gerechnet habe, für heute einmal recherchiert, wo wir eigentlich in Bremen mit den bremischen Flotten stehen. Frau Sprehe, Sie haben die Beschaffung bei der AöR angesprochen, die dies ja tatsächlich in vorbildlicher Weise bei der Neuausschreibung für die neuen Euro-6-Fahrzeuge, die übrigens in Bezug auf die Abgasreinigung auch sehr sauber sind, mit in die Ausschreibung aufgenommen hat. Bedauerlicherweise wird ein Teil der Fahrzeuge jetzt von der Belegschaft nicht genutzt, weil sich aus anderen Gründen darüber gestritten wird. Ich wünsche mir, dass wir das Problem dort sehr schnell gelöst bekommen, damit da Fahrzeuge mit Abbiegeassistenten unterwegs sind.

Das Amt und Straßen und Verkehr unterhält hier in Bremen keine Nutzfahrzeuge, die im städtischen Raum unterwegs sind, zumindest keine über 7,5 Tonnen. Die Fahrzeuge, die die haben, werden für die Autobahnen und Bundesstraßen eingesetzt. Dort haben wir nicht dieses Risiko, wie wir es bisher hatten, die Fahrzeuge werden dann auch in ein, zwei Jahren, wenn sie gegründet worden ist, an die Infrastrukturgesellschaft Autobahn überstellt, deswegen ist das ASV so ein bisschen außen vor.

Das Innenressort hat uns mitgeteilt, dass bei Feuerwehr und Polizei bisher keine Abbiegeassistenten eingerichtet sind, dass man das aber bei künftigen Ausschreibungen bei Neubeschaffungen berücksichtigen will. Ähnlich ist es bei der BSAG, die aber jetzt auch die Nachrüstung prüft, also jetzt auch schon herangeht und schaut, inwieweit die vorhandenen Busse nachgerüstet werden können. Da

wird mit den Herstellern gesprochen, zu welchen Konditionen das möglich ist. Das Gleiche gilt für den Umweltbetrieb Bremen, der fünf Lkws in Bremen hat und diese mit Abbiegeassistenten ausstatten will. Er hat Angebote von den Herstellern eingefordert und will dann auch Fördermittel beim Bundesamt für Güterverkehr beantragen. Ich hoffe, dass das Geld dann noch nicht vollständig abgerufen ist.

Es ist auch eine finanzielle Frage, wie schnell wir das realisiert bekommen, aber wir werden als Bremer Senat – das kann ich hier versichern –bei künftigen Beschaffungen und auch die vorhandene Flotte betreffend diese städtisch betriebenen Lkws so schnell wie möglich umrüsten. Herr Buhlert, das war auch Ihre Frage, was wir bis dahin machen. Wir treiben das seitens des Senats hier wirklich ernsthaft voran.

Was das Bike-Flash-System angeht: Da muss ich gestehen, das hat mich auch nicht so richtig überzeugt. Wir schauen uns an, was in Garbsen an Erfahrungen gesammelt wird.

Ich habe mich, Herr Buchholz, bei Ihrem Beitrag gefragt, ob das eigentlich in erster Linie dazu dient, dass der Radfahrer vor sich selbst gewarnt wird, damit er dann an der Kreuzung anhält und absteigt. Das kann eigentlich nicht das Ziel sein, da glaube ich schon, dass es weiterhin die Lkws und die abbiegenden Motorfahrzeuge sind, die auf die Radfahrer Rücksicht nehmen müssen.

An den stark befahrenen Kreuzungen, die wir haben, wo sehr viele Radfahrer verkehren, mag ich mir eigentlich nicht vorstellen, dass das Dauerblinken, das man da rund um die Uhr hätte, das Ziel sein kann. Deswegen glaube ich auch, dass eine fahrzeugseitige Ausstattung mit solchen Sicherheitssystemen notwendig und wichtig ist. Wir werden seitens des Senats alles tun, um das zügig voranzutreiben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 19/857 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer <u>19/883 S</u> seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

(Dafür FDP, Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BIW)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt noch die drei Tagesordnungspunkte ohne Debatte behandeln.

Flächennutzungsplan Bremen 8. Änderung Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf) Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019 (Drucksache <u>19/910 S</u>)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die 8. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 142 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büround Wohngebäuden in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, am Ludwig-Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und Hoerneckestraße Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019 (Drucksache 19/911 S)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 142 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BIW, Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Bebauungsplan 142 zu.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 35

vom 15. Februar 2019 (Drucksache 19/920 S)

Eine Aussprache hierzu ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 19/254 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(CDU, FDP, BIW, Abgeordneter Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen schönen Abend!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19.05 Uhr)

Die mit \*) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

# Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 26. Februar 2019

# Anfrage 12: Umgang mit der Dokumentation von MRE-Patienten

Ich frage den Senat:

- 1. Wieso wurde im Falle eines 2015 verstorbenen Patienten, im Jahre 2012 aufhältig im Klinikum Links der Weser, abweichend vom Standard der zur Regelung in § 9 Absatz I Satz 2 Brem HygInfVO Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen verfahren, worin der Landesgesetzgeber ausdrücklich klargestellt hat, dass die multiresistenten Erreger (MRE)-bezogenen Unterlagen der Aufnahmepflicht des § 630 f Absatz II Bürgerliches Gesetzbuch, BGB, unterliegen, und gab es weitere solcher Fälle?
- 2. Wie ist es zu erklären, dass abweichend von der Schilderung des Datenschutzbeauftragten der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) gegenüber der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit - dortiges Aktenzeichen 44-040-99.17#10 - und nun auch der senatorischen Behörde, in der Antwort vom Januar 2019 zur Frage in der Fragestunde, in dem Punkt 1 betreffenden, noch erstinstanzlich rechtsanhängigen Verfahren seitens der GeNo behauptet wird, die MRSA (Methicillin resistenter Staphylococcus aureus) Diagnostik und Therapie betreffenden Unterlagen seien "nicht Bestandteil der Patientenakte, sondern der Behandlungsdokumentation", insoweit bestünde eine "separate Dokumentationspflicht"?

3. Ist es vom Standpunkt des Senats mit § 9 Absatz I Satz 2 Brem HygInfV und den Paragrafen 630 f Absatz I Satz 2 und Absatz II sowie 630 g Absatz I BGB vereinbar, dass die GeNo mehrere Jahre nach Abschluss der letzten streitgegenständlichen Behandlung Ergänzungen der Patientenakte vornimmt?

Tassis (AfD)

#### **Antwort des Senats:**

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet. Eine Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht liegt nicht vor, deshalb können zu diesem Einzelfall keine Auskünfte gegenüber Dritten gegeben werden. Zudem handelt es sich hierbei um ein aktuell laufendes rechtliches Verfahren.

Laut Auskunft der GeNo sind die mikrobiologischen Befunde, wozu auch eventuell vorhandene Keimnachweise zählen, Bestandteil einer jeden Patientenakte, da sie für die Behandlung von entscheidender Bedeutung sind. Auch wenn zum Beispiel Sanierungs- und Isolierungsprotokolle auf einem separaten Bogen erfasst werden, so finden sie ebenfalls Eingang in die Gesamtdokumentation und sind somit integraler Bestandteil der umfassenden Patientenakte.

Zu Frage 3: Der Senat geht davon aus, dass alle einschlägigen gesetzlichen Regelungen bezüglich des Umgangs mit der Dokumentation bei MRE-Patientinnen und Patienten von den Krankenhäusern im Land Bremen eingehalten werden.

# Konsensliste

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
18.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 137 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2019 (Drucksache 19/900 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 137.
26.	Ortsgesetz über den Ausgleich für das Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019 (Drucksache 19/914 S)	Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.
27.	Bebauungsplan 1566 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen - dem Aumunder Friedhof, - der Straße Aumunder Wiesen und - der Beck Straße Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019 (Drucksache 19/915 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1566.
31.	Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019 (Drucksache <u>19/923 S</u> )	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Dogan Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft